Heft 7 Juli 1996 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- PDS: Rechte Partei neuen Typus?
- Metro: Leibstandarte Otto Beisheim
- Araber aller Länder: Israel hat sich verwählt
- Aufstand: Nieder mit dem Ladenschluß!
- Immendorf: Ein deutscher Pinsel
- Fülberth über Furet

Rechte Leute von links

in konkret Juli 1996

von konkret

an konkret

Rechte Leute von links von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Der Herr des Handels von Otto Köhler
»Er führte ein Leben ohne Pomp, die Fäden werden im Hintergrund gesponnen«, schwärmte die »Welt« über den Milliardär Otto Beisheim und seinen »stillen Triumph«: von der SS-Leibstandarte Adolf Hitler zum Besitzer von Europas größtem Handelskonzern

Die PDS wird Rep-tilisiert von Jürgen Elsässer
An ihrer kommunalen Basis entwickelt sich die PDS zu einer rechten Partei neuen Typs – »nach dem strategischen Vorbild der CSU«. Die Parteiführung schweigt und genießt

Gestern links, heute rechts von Pascal Beucker
Eine Auswahl deutscher Nach(bürgerkinder)kriegs-Karrieren und vielleicht der Beginn einer wundervollen KONKRET-Serie. Für entsprechende Hinweise ist die Redaktion dankbar

Hitler durch Bisky erlösen? von Oliver Geden
Die Umweltbewegung, von vielen für eine linke Erfindung gehalten, kam von dort, wo sie jetzt wieder steht: rechts. Einer ihrer früheren Gurus, Rudolf Bahro, gibt ein Beispiel

»German Problem« von Alexander Bogner
Während der nationalistische Parteivorstand der SPD im Londoner Exil an der Legende vom anderen Deutschland strickte, bewies das antideutsche Treiben der so geschmähten Vansittartisten schon vor 54 Jahren, daß radikale Kritik an den deutschen Zuständen oft niemanden härter trifft als deutsche Linke

Schulungsleiter der nationalen Intelligenz von Felix Krebs
Dr. Reinhold Oberlercher – die Karriere des selbsternannten »Fritz Teufel von Hamburg« zu einem der radikalsten Ideologen der Neonazis und aggressiven Antisemiten

Der Fisch stinkt vom Kopfe von Hersch Fischler
Wie in einem deutschen Nachrichtenmagazin 1996 ein Mann einen jüdischen Vornamen bekommt, den ihm Goebbels 1941 angehängt hat

So nicht, Juden! von Justus Wertmüller
Jetzt gehen auch die Antiimps in Bürgerpresse und Bundesregierung auf Distanz: Die Israelis haben falsch gewählt und sich den Entzug deutscher Sympathien selbst zuzuschreiben

»Schädlinge, Lohndrücker« von Gaby Hommel
Sie arbeiten für einen Hungerlohn, sind der Willkür von Chefs und dem Rassismus ihrer Kollegen ausgesetzt: Ausländische Vertragsarbeiter, Asylsuchende und illegalisierte Flüchtlinge

Zu Protokoll

»Nach rechts auf jeden Fall« – ein Beitrag des NDR-Fernsehmagazins Panorama (von Ulrich Rosenbaum und Volker Steinhoff) zeigt, wie der Kampf um den »Standort Deutschland« nicht nur in deutschen Proleten, sondern auch in ihren Gewerkschaften den Rassismus wachruft

Der Illusionist von Georg Fülberth

Nach Eric Hobsbawms »Zeitalter der Extreme« (KONKRET 12/1995) liegt nunmehr ein zweites Buch vor, das den Anspruch erhebt, eine Bilanz des Zwanzigsten Jahrhunderts zu ziehen: »Das Ende der Illusion« von Francois Furet

In diesem Sinne0:3 gegen Boris Nikolajewitsch von Werner Pirker

In diesem Sinne

Volker RüheEuropa muß sich einig sein!

In diesem SinneHätten Sie's gewußt? von Oliver Tolmein

Kunst & Gewerbe von Rayk Wieland, Heike Runge, Klaus Bittermann, René Martens, Fritz Tietz, Jürgen Roth

Verbrauchende Journalisten klagen an von Stefan Ripplinger

Der Polit-Biker von Marius Babias

Was Jörg Immendorff vom Antikommunisten Georg Baselitz und Seiner Magnifizenz Markus Lüpertz unterscheidet

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Buch & Deckel von Holm Friebe

Claudia Hart: Machiavelli für Kids. Edition Nautilus, Hamburg 1996, 48 Seiten, 14,80 Mark

Buch & Deckel von Peter Hetzler

Backslash, Hack-tic, Jansen & Jansen: Der kleine Abhörratgeber. Edition ID-Archiv, 140 Seiten, 18 Mark

Buch & Deckel von Dietrich Kuhlbrodt

Mathias Wedel: Erich währt am längsten. Edition Tiamat, Berlin 1996, 160 S., 26 Mark

Buch & Deckel von Georg Fülberth

B.K. Tragelehn: NÖSPL. Gedichte 1956-1991, Stroemfeld/Roter Stern, Basel/Frankfurt am Main 1996, 196 Seiten, 48 Mark

Buch & Deckel von Dietrich Kuhlbrodt

Peter Kern: Jeder kriegt sein Fett weg. Titan Verlag, München 1996, 221 Seiten, 19,80 Mark

Altes Glück, neues Elend von Georg Seeßlen

Konstruktionen des Deutschseins und innere Gefährdungen des Zuhauseplatzes: Deutsche TV-Serien und ihre Vorbilder aus den dreißiger und fünfziger Jahren. Schluß des zweiteiligen Beitrags über Kontinuitäten in der nationalen Film- und Fernsehunterhaltung

Standortfaktor Drogenszene von Günter Amendt

Eine Stadt, die keine Stadt mehr sein will: Zürich, ein Jahr nach Schließung der offenen Drogenszene am Bahnhof Letten

Guerilla neuen Typs von Rayk Wieland

Lesen und Zapatist werden: Die Botschaften des »Sub« Marcos liegen in deutscher Sprache vor

Melodie & Rhythmus von Carsten Otte

Thomas Demenga: Bach, Suite Nr. 2 in d-moll für Violoncello solo; Thomas Zehetmair: Zimmermann, Sonate für Violine solo; Christoph Schiller: Zimmmermann, Sonate für Viola solo; Thomas Demenga: Zimmermann, Sonate für Cello solo; 1996 ECM Records

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf

Barry Miles (Hg.): Frank Zappa in eigenen Worten. Deutsch von Kathrin Razum. Palmyra-Verlag, Heidelberg 1996, 144 Seiten, 29,80 Mark; Frank Zappa: Zonx. Texte 1977-1994. Deutsch von Carl Weissner. Zweitausendeins, Frankfurt 1996, 646 Seiten, 30 Mark

Melodie & Rhythmus von Kay Sokolowsky

Verschiedene: Taten statt warten – 25 Jahre Greenpeace – 5 Jahre Greenteams; Virgin

Aura des Tiefen von Uli Krug

Romantik, Rockmusik und »Nationale Identität«: Das Musikmagazin »Zillo« – »alternativ, individuell, independent« – predigt den deutschen Sonderweg

100 Jahre Olympia sind genug von Martin Krauß

In der Geschichte der Olympischen Spiele – die vornehmlich aristokratischen Zeitvertreib und Wehrertüchtigung, nationale Leistungsschau, Medienentwicklung und Kommerzialisierung beförderten – ist der Sport eine Randerscheinung

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt

Total Eclipse

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt

Das kleine Fressen

Film & Theater von René Martens

Mississippi Delta

Film & Theater von Jan Pehrke

Der Mann, der die Sterne macht

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 07/96, S. 4

von konkret

»FAZ«, 30. Mai 1996

Einer der führenden Köpfe der terroristischen »Roten Armee-Fraktion« (RAF), der in Schwalmstadt in Hessen einsitzende Häftling Pohl, hat das Vorgehen der RAF seit den achtziger Jahren heftig kritisiert und ein Ende der illegalen Organisation gefordert. In einem Gespräch mit der Zeitschrift KONKRET, das am Mittwoch veröffentlicht wurde, sagte Pohl: »Ich finde es auch nötig, daß die Illegalen ihre Auflösung als RAF erklären. Das wollen auch andere Gefangene ausdrücklich.« Namen nannte Pohl nicht.

Mit Blick auf interne Debatten über eine »neue Politik« der RAF äußerte Pohl, die zurückliegende »Selbstkritik« sei keine wirkliche Kritik sondern lediglich der Versuch gewesen, eine neue Variante im alten Schema zu finden. Pohl sagte: »So eine Abwandlung des alten Grundkonzepts reicht nicht hin.« Im Widerspruch zu Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden versicherte Pohl, daß seit einer Erklärung zum Hungerstreik der RAF im Jahr 1989 sein Drängen darauf hinausgelaufen sei, »daß die RAF die Einstellung der bewaffneten Aktionen erklärt«. Damals hatte er gefordert: »Jetzt gibt es aber nichts mehr als die Zusammenlegung.«

Noch im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1995, der in der vergangenen Woche vorgelegt wurde, wird Pohl neben Brigitte Mohnhaupt und Klar zu den RAF-Häftlingen gezählt, die »unverändert an der strategischen Bedeutung des bewaffneten Kampfes der Guerilla im revolutionären Prozeß« festhielten. Pohl war von den Sicherheitsbehörden als einer der »hardliner« der RAF dargestellt worden. Er hatte sich gegen die Linie der mittlerweile freigelassenen RAF-Häftlinge Dellwo, Taufer und Folkerts gewandt, die sich vor einigen Jahren von der RAF distanziert hatten. Die Analysen der Sicherheitsbehörden beruhten offenbar auf einer schriftlichen und veröffentlichten Erklärung Pohls aus dem Jahr 1993, in der er gesagt hatte, er werde »einen Teufel tun und den bewaffneten Kampf absagen«. Nun versicherte Pohl, es sei ein Fehler gewesen, daß er diese Erklärung »im Zorn so formuliert« habe. Er habe lediglich feststellen wollen, daß er sich nicht zur »Staatspropaganda« erpressen lassen wolle, die damals eine »deklaratorische Absage an Gewalt« verlangt habe.

Aus den Sicherheitsbehörden heißt es, bis zuletzt habe sich Pohl nicht von der RAF distanziert. Möglicherweise sage er nun, was er schon früher gedacht habe. Bei den Behörden ist von einem möglichen »Drahtseilakt« und auch dem taktischen Versuch Pohls die Rede, sich nun als geläuterten Inhaftierten darzustellen. Es sei denkbar, daß Pohl den »Schlußakkord« der RAF eingeleitet habe. Entscheidend sei nun, wie sich die RAF-Sympathisanten zu der Erklärung Pohls äußerten. Zuletzt war festgestellt worden, daß die RAF 1995 nicht mehr in Erscheinung getreten sei. Daraus wurde abgeleitet, die RAF sei organisatorisch »ausgebrannt«.

»FR«, 30. Mai 1996

Der inhaftierte Ex-Terrorist Helmut Pohl hat sich für eine Auflösung der Rote-Armee-Fraktion (RAF) ausgesprochen. Auch im Namen anderer Gefangener sagte er in einem Interview der Zeitschrift KONKRET (Juni-Ausgabe), »die Illegalen« sollten ihre Auflösung als RAF erklären. Schon die Aktionen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre seien »nur noch eine Aneinanderreihung von Erschießungen« und »grundsätzlich falsch« gewesen. Die RAF habe gewußt, daß die Gefangenen diese Aktionen ablehnten.

Der 52 Jahre alte Pohl aus der ersten Generation der RAF distanzierte sich von seiner »im Zorn formulierten« Erklärung aus dem Jahr 1993... In seiner selbstkritischen Analyse stellte er nun fest, »daß wir uns viel zu wenig in der Realität bewegt haben und viel zu sehr in der Ideologie«. In sich kreisende Betriebsamkeit und Aktionismus hätten die Entwicklung »politischer Strukturen« verhindert. Das sei ein Fehler vieler linker Gruppen gewesen.

»Taz«, 30. Mai 1996

Eigentlich wollte Helmut Pohl zur RAF gar nichts mehr sagen. Die Spaltung der Gefangenenmehrheit von den Illegalen im Untergrund vollzog sich öffentlich im Herbst 1993. Sie schien endgültig und wird es wohl auch bleiben. Pohl, der während des Hungerstreiks von 1989 RAF-Sprecher war, und seine Mitstreiter fühlten sich für das, was künftig außerhalb der Gefängnisse passieren würde, nicht mehr zuständig und sagten das auch.

Nun verlangt der Gefangene, der in den Medien abwechselnd als Protagonist eines neuen Denkens und Wortführer der »Hardliner« innerhalb der radikalen Linken gehandelt wurde, einen förmlichen Schlußstrich. Sozusagen die Abschlußerklärung unter 26 Jahre eines ebenso blutigen wie erfolglosen bewaffneten Kampfes. Weil Helmut Pohls Wort in der Szene noch etwas gilt, ist ihm das hoch anzurechnen. Tatsächlich können die Gefangenen um Pohl für sich in Anspruch

nehmen, die Unsinnigkeit der Anschläge früher erkannt zu haben als ihre GenossInnen im Untergrund. Spätestens seit dem letzten großen Hungerstreik des Jahres 1989 war das unter den RAF-Exegeten, und auch auf Seiten des Staatsschutzes, ein offenes Geheimnis.

In »Neues Deutschland«, deren Nachrichtenredakteur noch am Tag zuvor die Agenturmeldung korrekt wie alle andern übermittelt hatte, kommentiert ein Klaus Müller unterm Diktat des Chefredakteurs Oschmann, eines etwas größenwahnsinnigen Kleinbürgers, den Namen KONKRET nicht zu erwähnen:

»Jetzt finde ich es nötig, daß die Illegalen ihre Auflösung als RAF erklären.« Und der Zusatz, daß dies auch andere Gefangene von der Roten Armee Fraktion wollen, macht die Aufforderung von dem seit Juli 1984 inhaftierten RAF-Mitglied Helmut Pohl zu einem Politikum. In der Justizvollzugsanstalt Schwalmstadt beantwortete er kürzlich Journalistenfragen.

Die fragenden Journalisten waren einer: Oliver Tolmein. Aber wer verschweigen muß, kommt ums Lügen nicht herum.

Konkret 07/96, S. 6

an konkret

Alles klar

KONKRET 5/96 »Das grüne Band der Sympathie« von Justus Wertmüller

Ja, so sind die palästinensischen Kameltreiber: Zuerst ermorden sie über sechs Millionen Juden in Europa und dann widersetzen sie sich auch noch der Übernahme ihres Landes durch die Zionisten. Und anstatt sich zu Hause brav von Begins Todesschwadronen aufknüpfen zu lassen, setzt sich Husseini zu Hitler aufs Sofa.

Wer kann es nach all diesen Verbrechen noch wagen, vom palästinensischen Selbstbestimmungsrecht zu faseln? Nur Faschisten und islamische Fundis! Alles klar!

Karl Kramer

Krefeld

Ignoranz schlägt Reality

KONKRET 6/96 »Stein schlägt Schere« von Sönke Jahn

Da schaut man schon genauer hin, wenn sich ein Namensverwandter auf den glatten, konkreten Parkettboden begibt, vermutet man diesen Nachnamen doch eher im traditionell deutsch-nationalen Spektrum oder unter erfolgreichen Tierverwertern.

Aber was gibt der Artikel her, was eh nicht schon bekannt wäre? Antje V . hat ihren Titel nicht aus der Informatik, ergo auch nicht die Spur einer Ahnung. »Altair«, ein PC-Vorläufer, ist schon ziemlich alt, der PC wurde once upon a time »Mann des Jahres«, ach ja, und digitalisierte Softpornos soll's bereits auch geben.

Interessanter wird dann schon der letzte Teil des Artikels ab »Brief schlägt E-Mail, Buch schlägt CD-ROM, Bibliothek schlägt Internet« and so on. - Ignoranz schlägt Reality. Ist es nicht so, daß Computer Steuerungen heißen, wenn sie Fabrikhallen von Menschen leeren oder Bedienterminals, falls Banken ihre Bediensteten erledigen wollen? Der PC zuhause ist freilich auch ein Symbol von Status und männlicher Dominanz, dennoch werden seit Jahren per Computer ganze Berufsgruppen wegradiert und durch komplexe Software-Systeme ersetzt.

Digitalisierung und Automatisierung schlagen überall durch, und warum sollten ausgerechnet Bibliotheken oder die Print-Branche davon verschont bleiben?

Zeigt sich in der Sichtweise unseres Ghostwriters nicht das Unvermögen der Linken, auf diese Entwicklung angemessen zu reagieren oder überhaupt ihre Tragweite zu erkennen?

Wieso tummeln sich in den Netzen vorwiegend Rechte, wieso gibt es zwar rassistische, sexistische Computerspiele, selten aber schlaue und witzige PC-Games, die es einem erlauben, die Zeit bis zur Weltrevolution oder auch nur die Langeweile einer Arbeitslosigkeit irgendwie rumzukriegen? Eröffnen sich mit dem Siegeszug der digitalen Medien nicht auch neue Möglichkeiten der Subversion, der Werbung für linke Projekte und der Gesellschaftskritik?

Vielleicht ist unsere unterschiedliche Einschätzung auch nur ganz platt eine Generationenfrage .

Schließlich konnte auch Hans-Heinrich Pardey von der »FAZ« als Gastkommentator immer wieder die Leserschaft damit verblüffen, wie flüssig ihm für sein Alter Fachbegriffe wie »Notebook« oder »Soundkarte« aufs Papier tropften.

Stefan Jahn

München

Preßspan Liga

KONKRET 6/96 »Tomayers Tagebuch«

Gibt es denn diese Preßspan Liga wirklich, oder ist das mal wieder so ein Medienfake (Sie wissen schon)?

Als ich nämlich besagte Liga unter der von Ihnen aufgeführten Adresse zu erreichen suchte, da mußte ich feststellen, daß die Liga telefonisch nicht zu erreichen ist. Wie kann, fragte ich mich, eine so lustige Vereinigung von jungen Menschen ohne Telefon auskommen? !

Lieber Horst Tomayer, ich frage Sie, haben Sie Kontakt, wissen Sie die Nummer und wären Sie bereit, sie mir mitzuteilen?

Wolfgang Minder

Düsseldorf

Planetarisch

KONKRET 6/96 »Alles Banane« von Rene Martens

Erstaunlich, welch heftige Reaktionen ein Text von Josef von Westphalen noch auszulösen vermag. Nun ja - René Martens mag seine empörte Aufgeregtheit mit sich, seinem Handy und den »Menschen mit Geschmack und Verstand« ausmachen, deshalb schreibe ich kein Fax.

Sondern deshalb: Auch wenn für mich (als Chefredakteur des »Blatthaufens« und KONKRET-Abonnent) der Titel PI-KONKRETnet eine gewisse Schlüssigkeit besitzt - jenseits derart privatistischer Sinngebungen nennt sich das Heft »pl@net« oder, wenn's denn sein muß, »planet«.

Giesbert Damaschke

München

Absicht

KONKRET 6/96 »Kunst & Gewerbe«

Ihre Hamburger Anthologie ist eine Qual für jemanden, der zu seinem Vergnügen Gedichte liest, selber oder weiterschreibt, verbessert und zusammenstreicht. Aber vielleicht machen Sie das ja mit Absicht, um die kulturpessimistische Übereinkunft nicht zu gefährden, und haben einen ganzen Korb voll mit hervorragenden, unverlangten Einsendungen.

Drucken Sie doch mal die besten Gedichte, die Sie haben, dann wird man in dieser Sache weitersehen.

Markus Schmidt

Berlin

Wunschvorstellung

KONKRET 6/96 »Unreine Musik« von Carsten Otte

Einen Beitrag zu Henzes Gebutstag hätte ich in KONKRET - wenn überhaupt - in der Rubrik »Kunst & Gewerbe« erwartet. Die Redaktion scheint vom Wirken dieses Komponisten nur dessen (zeitweilige) Wunschvorstellungen zu kennen, sonst hätte sie nicht in der Bildlegende dem frühen Hans Werner Henze engen Kontakt zur Arbeiterklasse unterstellt. In Wirklichkeit hatte dieser (um Eislers Bezeichnung für Stefan Zweig abzuwandeln) Musikindustrielle in den 50er Jahren in den westdeutschen Opernhäusern seine besten Abnehmer: Gegenüber älteren Komponisten hatte er den Vorzug, nicht schon das 3. Reich beliefert zu haben; gegenüber den Kollegen seiner Generation, die damals wenigstens im Kopf lieber die Opernhäuser in die Luft gesprengt hätten, den einer sich dem Bürgertum mit Wohlklang anbiedernden Musiksprache. Gegen Ende der 60er Jahre entdeckte er dann den Markt der Ché-Guevara-Verehrer, die ja auch nicht primär der Arbeiterklasse angehörten. Ihr Haschischpfeifchen hätten die »Freunde der Revolution« allerdings ruhig weiterrauchen können, während sie das nach Carsten Ottes Meinung »hochkomplexe« Floß der Medusa konsumierten, denn Henzes Komplexität ist die eines Dickichts, durch das nicht einmal der Schöpfer selbst durchblickt. Umso mehr scheint sie Otte Eindruck zu machen, der seine Ignoranz hinlänglich beweist, indem er Zwölftonreihen für »Intermezzi«, Mahlers Sinfonien für »sinfonische Dichtung« und die »Gesangseinlage« (auch ein Intermezzo?) in Beethovens Neunter für einen »Zufall« hält. Er kennt nicht einmal die Orthographie des Namens des wahrscheinlich bedeutendsten Komponisten, der für die Arbeiterklasse geschrieben hat (und im Gegensatz zu Henze für die real existierende und nicht eine eingebildete), riskiert nichtsdestotrotz die Behauptung, Eisslers (sic!) Kompositionen hätten den Nachteil, das Proletariat politisch aufklären zu wollen, indem sie ihm musikalisch entgegenkommen, während Henze es genau umgekehrt gemacht hätte. Das hieße dann: Henzes Kompositionen würden das Proletariat musikalisch aufklären, indem sie ihm politisch entgegenkämen. Also etwa die »Bild«Zeitung in Zwölftonreihen? Nein, darüber ist unser Jubilar denn doch erhaben: Er, der von oben herab auf den »kleinen Pop-Sänger« blickt und sich selbst als großen Klassiker sieht, möchte zu seinem 70. mindestens mit Beethoven gleichziehen und schreibt als 9. Sinfonie ein laut Otte »gewaltiges Opus für gemischten Chor und Orchester«. Um wieviel

bescheidener (und auch klüger) war da der viel begabtere Schostakowitsch, der als 9. Sinfonie eine Folge von vier Scherzando-Sätzen komponierte! Diese neueste Schamlosigkeit Henzes hätte eher einen Abschnitt in Henscheids Aufsatz just auf der folgenden Seite verdient als die gönnerhafte Zustimmung in der Musikspalte.

Christoph Keller

Zürich

Konkret 07/96, S. 9

Hermann L. Gremliza

Rechte Leute von links

Spiegel: Herr Kunze, Sie plädieren für eine gesetzlich festgeschriebene Quote, um deutsche Rockmusik in Rundfunk und Fernsehen unterzubringen.

Kunze: Diese brachiale Forderung ist ein verzweifelter Versuch, gehört zu werden – sozusagen unser Aufruf zum Austritt aus der Nato... Ich habe den Eindruck, daß gerade in Deutschland und in Japan, in den Verliernationen des Zweiten Weltkriegs, die Flut von ausländischer Musik und eben auch ausländischem Schund besonders widerstandslos geschluckt wird.

Spiegel: Ihr Mitstreiter Ole Seelenmeyer vom Deutschen Rockmusikerverband hat gar von einem »Genozid an der deutschen Rockmusik« gesprochen.

Kunze: Das Wort ist sicher bewußt gewählt und will auch bewußt geschmacklos sein – so was wie verbaler Punk. Ich weiß, daß er es nicht böse meint.

Spiegel: Verstehen Sie die Skepsis vieler Deutscher gegen staatlich verordnete Deutschtümelei?

Kunze: Diese Skepsis halte ich nicht mehr für berechtigt, sondern für ziemlich krank. Martin Walser hat gesagt, wenn man sich überhaupt nicht mehr auf die eigene Identität besinne, überlasse man das Thema endgültig dem rechten Rand, und da treibt es erst recht gefähr-liche Blüten. Das stimmt. Aber wenn man so argumentiert, kriegt man dafür Ohrfeigen, genauso wie Botho Strauß, der für mich einer der wichtigsten Denker heutzutage ist.

Er war einer der beliebtesten Sänger der deutschen Friedensbewegung. Wie kommt es, daß der Heinz Rudolf Kunze heute daherredet wie ein Nazi? Vom Schund, mit dem die Besatzer die Besiegten überfluten, vom Genozid der Rockmusik (Jürgen Fuchs hätte gesagt: ein Auschwitz in den Hitlisten), von den kranken Verächtern der eigenen Nation, und daß man das alles nicht laut sagen darf?

Und was hat es zu bedeuten? Nichts, könnte einer einwenden, Kunze sei ein armer Irrer, der für niemanden spreche, und was von einem Mann, der, um sich als solcher zu fühlen, eine deutsche Dogge brauchte, die folgerichtig ein Kind totbiß, anderes zu erwarten gewesen sei, als daß er – verbaler Punk, nicht bös gemeint – nach Himmlers Brille und Himmlers Haarschnitt schließlich auch die dazugehörige Denkweise annähme. Wie aber kämen dann die Unterschriften der Herren Niedecken und Lindenberg, zweier weiterer deutscher Friedens- und Fortschrittssänger, unter den Aufruf, und warum kann Kunze sich zu Recht auf Zeugen berufen, von denen der eine ein Schüler Adornos war und der andere dem Herbert Mies ein Genosse?

Reporter des Fernsehmagazins »Panorama« haben gefilmt, wie gewerkschaftlich organisierte Bauarbeiter unter Anleitung ihrer Funktionäre eine der zu Friedensbewegungszeiten geübten Menschenketten um eine Baustelle gebildet haben, damit kein ausländischer Arbeiter der Polizeikontrolle entfliehen konnte (siehe: Zu Protokoll, Seite 34 in diesem Heft). Kunze und die Seinen tun das Ihre in ihrem Revier. Wie die Maurer, so die Kulturarbeiter, wie die IG Bau, so die IG Überbau. Beide galten als links, die Interessengemeinschaft der Kulturschaffenden etwas mehr, die Gewerkschaft etwas weniger, doch eine Jagd auf Ausländer war von dieser so wenig erwartet worden wie ein Boykottaufruf gegen Niggermusik von jener.

Daß Proleten, und deutsche zumal, in Zeiten mieser Konjunktur für die Priorität der Rasse statt für die Solidarität der Klasse kämpfen, ist spätestens seit 1933 bekannt. Damals, als die Nazis den Kulturschaffenden, die entweder Juden waren oder Kommunisten oder beides, keine Wahl ließen, entstand zugleich jener falsche Eindruck, für den der Betrieb bis heute Reklame läuft: Künstler und Intellektuelle seien durch Bildung des Kopfes und des Herzens geistig und moralisch widerstandsfähiger als der Rest der Gesellschaft.

Richtig ist so ziemlich das Gegenteil. Grob lassen sich die »Arbeiter der Stirn«, wie Goebbels sie nannte, in zwei Sorten von Opportunisten einteilen: die schlichten Mitläufer und die geschätzten Oppositionellen. Die erste Sorte hat jedes Regime. Die zweite ist der bürgerlichen Demokratie, die ihre Weihe eben durch die Duldung von Kritik einer bestimmten Art erfährt, in guten Zeiten nie zu teuer.

Vom Talent allein, das hat die Kulturindustrie sichergestellt, kann kein Kulturschaffender leben. Sie verweist ihn auf ein Dasein als Parasit und gewährt die nötige staatliche oder private Zuwendung nur, wenn er die Kunst versteht, zur richtigen Zeit auf die richtige Weise aufzufallen. In den Worten des Lehrers von Botho Strauß: »Was widersteht, darf überleben nur, indem es sich eingliedert. Einmal von der Kulturindustrie registriert, gehört es schon dazu wie der Bodenreformer zum Kapitalismus. Realitätsgerechte Empörung wird zur Warenmarke dessen, der dem Betrieb eine neue Idee zuzuführen hat.«

Wie die radikale Feministin und RAF-Sympathisantin Alice Schwarzer, die ihr Verlangen nach einer Wehrpflicht für Frauen damit begründete, daß ihr und ihren Schwestern andernfalls das Recht vorenthalten werde, den Kriegsdienst zu verweigern, woran die Klügeren schon damals die Bereitschaft abgelesen haben, im Falle der Not das Mutterland bis zum Erwerb des Bundesverdienstkreuzes mit der Waffe zu verteidigen.

Oder der Sänger Biermann. Keiner, der mutiger leidend allen Mächten widerstanden hätte. Keiner, der besser geahnt und erledigt hat, was die Mächtigen von ihm erwarteten. Solange er die SED für die im Osten Mächtige hielt, (und vielleicht war sie es ja noch ein paar Jahre über Stalins Tod hinaus), war er Mitglied dieser Partei, weinte, als sie ihn ausschloß, bis er entdeckte, daß die über einen wie ihn Mächtige gar nicht die SED war, sondern die CBS, in deren Auftrag die DDR Valuta-Konten hatte einrichten müssen, von denen Künstler aller Art ihre Westhonorare abheben konnten. Zur schlimmsten Zeit seiner Verfolgung bekam der Staatsfeind Biermann regelmäßig Kontoauszüge, auf denen DDR-Bankleute eingetragen hatten, von der GEMA seien für einen bestimmten Titel, etwa »für Stasi-Ballade«, die und die Honorare eingegangen.

Die Westmedien wiederum hatten an antikommunistischen Nullachtfuffzehn-Konvertiten wenig Interesse. Was im subtileren, im kulturindustriellen Systemkrieg gebraucht wurde, war der rote Idealist, der an die Sache des Kommunismus geglaubt hatte bis zuletzt und nun, schier verzweifelnd, nicht mehr konnte, der aber immer noch größte Distanz zu den hier Herrschenden hielt. Das verlangte Talent, Biermann hatte es: Als er schon ein Jahr in der BRD lebte, reimte er noch, er sei aus dem »Regen« (DDR) »in die Jauche« (BRD) gekommen. (Eine Jugendsünde, gewiß, aber in dem Alter, in dem Biermann das sang, war – mit Tom Lehrer zu sprechen – Mozart schon fünf Jahre tot.)

Nur in der Rolle des ewig Verfolgten behielt er seinen Wert, und noch heute, da er mit Helmut Kohl und Hans-Ulrich Klose in einem Verein sitzt, nimmt er jeden Scheck mit einer Jesus-Miene entgegen, als schlüge ihm Erich Mielke den dritten Nagel durch die Füße – weil seine Bärbel Bohley schon wieder von Josef Wissarionowitsch Gysis Folterknechten nach Workuta bzw. vors Landgericht Hamburg verschleppt worden ist.

Wie wurden aus den Opfern der Staatssicherheit, die doch nichts gewollt hatten als eine bessere DDR, Hilfsorgane der Staatssicherheit West, der Ämter für Verfassungsschutz? Wie aus Sängern und Dichtern der Friedensbewegung Sänger und Dichter der völkischen Quote? Wie aus Jüngern Maos und Trotzkis und Enver Hodschas Jünger des Standorts Deutschland?

Ein Trottel, der glaubt, Menschen änderten sich. Sie passen sich an. Gerhard Schröder, der Laufbursch des VW-Vorstandes, war bereits bei den Jungsozialisten der Laufbursch, der mit seiner Fraktion der »Antirevisionisten« dafür sorgte, daß der Parteivorstand sich keine Sorgen zu machen brauchte. Libertär war schon damals, als es noch nach Anarchie roch, eine Parole, unter der einmal zum Sturz des herrschenden Ladenschlußgesetzes aufgerufen werden würde, und die selbstbestimmten oder autonomen Wohnformen waren Vorboten des Strebens nach der Eigentumswohnung.

Man lese, wie die Ministerin a.D. Waltraud Schoppe den Wandel erklärt, um zu erfahren, daß sie von den Basisgruppen bis in den Bundestag keinen durchzumachen brauchte:

In dieser Zeit muß Frauenpolitik nach neuen Ansätzen suchen. Der erste und wichtigste Schritt ist, daß sich Frauen den neuen Diskursen öffnen. Daß sie ihre Sicht auf die neue Welt formulieren und gemeinsam mit den Männern in dieser neuen Unübersichtlichkeit die Demokratie als die Grundlage aller Veränderung verteidigen.

Überschrift:

Zwei, drei, viele Claudia Noltes

damit die alte Parole »Schafft zwei, drei, viele Vietnam« auf die Höhe der neuen Diskurse gebracht sei. Denn jetzt ist das Vaterland in Not, selbst dem demokratischen Regime, dem die geschätzte Opposition teuer war, wird sie zu teuer. Die geschätzte Opposition weiß das und tritt, da die Stelle der schlichten Mitläufer besetzt ist, als Truppe forcierter Mitläufer auf.

Konkret 07/96, S. 10

Herrschaftszeiten

Aufarbeitung 1

Der ehemalige SS-Obersturmbannführer, Gestapo-Chef in Katowice und Oberregierungsrat im Reichssicherheitshauptamt, Johannes Thümmler, hat von der Stadt Chemnitz die Herausgabe von Kunstwerken verlangt, die er während des Zweiten Weltkriegs den städtischen Sammlungen zur Aufbewahrung übergeben hatte. Sie stammten nach Thümmlers Angaben aus »altem Familienbesitz«. Er vergaß zu erwähnen, daß die alten Familien jüdische Familien waren, die von Thümmler und seinen Kameraden enteignet worden waren.

Freiheit

An der Wahl des Bürgermeisters von St. Petersburg beteiligten sich 44,19 Prozent der Wahlberechtigten. Die Mehrheit hat schon verstanden.

Menschenrechte

Bei einem Kongreß in Braunschweig haben Vertreterinnen von Prostituiertengruppen berufliche Anerkennung, Zugang zur Sozialversicherung, Mindestlöhne, Arbeitszeitverordnungen, Kündigungsschutz und Aufhebung von Sperrgebieten gefordert.

Wertegemeinschaft

Das ehemals kommunistische Vietnam kommt auf dem Weg in die Zivilgesellschaft gut voran: Ein Mörder ist in der Stadt Pleiku vor einer großen Zuschauermenge öffentlich mit Gewehrsalven erschossen worden. Kein Menschenrechtler hat protestiert.

Cuba no

Die Mehrheit der Organisation Amerikanischer Staates (OAS) hat eine Resolution angenommen, in der die Sanktionspolitik der USA gegenüber Kuba verurteilt wird. Das Stimmenverhältnis? 32 zu eins. So isoliert ist Castro.

Heil Marlies

Der frühere SS-Sturmbannführer Wilhelm Krelle, der nach der Wende die Humboldt-Universität von »marxistischen« Wirtschaftswissenschaftlern hatte säubern dürfen, bleibt Ehrendoktor der Hochschule. Die Uni-Präsidentin (und alte Achtundsechzigerin) Marlis Dürkop teilte mit, daß der Akademische Senat damit dem Votum eines Untersuchungsausschusses gefolgt sei, wonach Professor Krelle »ohne eigenes Zutun« Mitglied der SS geworden sei. Frau Dürkop gab nicht bekannt, ob ihr Sturmbannführer seinen Nachruf auf einen anderen Völkermörder auch ohne sein Zutun verfaßt hat. Wortlaut: »Als glühender, fanatischer Vertreter der Idee unseres Führers und des Gedankens der SS war er seinen SS-Männern ein Vorbild in jeder Lage. Wir wollen in seinem Sinne weiterkämpfen u. arbeiten und das vollenden, für das er starb: Unser Großdeutsches, Großgermanisches Reich u. unsere 17. SS-Pz.Gren.Div. Götz von Berlichingen.« Bolschewistische Kritiker können ihn und seine Präsidentin demgemäß auch heute noch am Arsch lecken.

Prävention

Als herausgekommen war, daß deutsche Unternehmer Saddam Hussein mit Giftgas gegen Israel ausgerüstet hatten, rief die »Bild«-Zeitung »Die Mörder sind unter uns«, die SPD wollte die »Schwerstkriminalität« bestraft sehen, ein CDU-Sprecher nannte die Tat »Beihilfe zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. Das war 1991. Die Verfahren gegen sieben von zehn Angeklagten mußten leider eingestellt werden. Drei der schwerstkriminellen Mörder der Menschlichkeit aber wurden jetzt vom Landgericht Dortmund beispielhaft angestraft: Sie erhielten Gefängnisstrafen zwischen sechs und 21 Monaten, auf Bewährung. Sowas schreckt ab.

Verzaubertes

Das »Hamburger Institut für Sozialforschung« über einen seiner liebsten Modedenker, den Engländer Zygmunt Bauman:

Im Zentrum von Baumans umfassender Studie steht seine Interpretation der Postmoderne als »illusionslose Moderne« – emanzipiert von falschem Bewußtsein, unrealistischen Vorstellungen und nicht zu verwirklichenden Zielsetzungen. Gerade diese Desillusionierung jedoch bietet die Chance zu einer »Neuverzauberung« der Welt, in der auch Gefühle und das Unerklärbare ihre Existenzberechtigung finden.

Zur illusionslosen Moderne gehört das Unerklärbare, daß in Hamburg, einer der reichsten Städte eines der reichsten Staaten, 52.000 Kinder aus Familien kommen, die von Sozialhilfe leben. Wer könnte sie verzaubern? Vielleicht ein Sozialinstitut für Hamburger-Forschung.

Erklärte Zauberin

Eine Politikerin macht gegen die Prostitution mobil. Kanzler Kohls Frauenministerin Claudia Nolte (30, CDU) will den Rotlicht-Sumpf trockenlegen: »Ich finde es abstoßend, daß es Männern gefallen kann, wenn Frauen ihre Körper an sie verkaufen«,

erzählt die Ministerin der »Bild«-Zeitung, die ihre Leser täglich mit einer Möse auf Seite 1 zum Kauf reizt und auf Seite 11 der Ausgabe, in der Frau Nolte vor Abscheu stöhnt, mit dem Titel wirbt: »Du kleine, fette Hure. Mit diesem Satz begann eine Wahnsinnsliebe.«

Deutschstunde

Ein »Appell an Europa«, von Alfred Dregger, Ehrenvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion:

Deutsch ist die am meisten gesprochene Sprache in Europa. Deshalb: Kein Dokument der EU darf mehr veröffentlicht werden, wenn es nicht zeitgleich auch in Deutsch vorliegt. Deutsch muß auch faktisch in verstärktem Maße als Amtssprache in Europa verwendet werden. Dafür spricht ebenso, daß die deutsche Sprache durch die Annäherung zwischen Ost und West international deutlich an Gewicht gewinnt. Deutsch ist die einzige Sprache im Bereich der EU, mit der viele Menschen in den Staaten Ost- und Ostmitteleuropas unmittelbar erreicht werden können. Über Jahrhunderte hinweg hat die deutsche Sprache eine Brückenfunktion in Europa innegehabt.

Sie schlug viele Brücken von Mensch zu Mensch, von Übermensch zu Untermensch.

Staatsbürgerkunde

Einen Opportunisten, der seinen Anschluß populistisch rechtfertigen will, erkennt man an dem – zwischen der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914 und dem Wechsel vom Verweigerer zum Staatssekretär 1996 – immer gleichen Vokabular: daß die Ideologie die Realität nicht erfasse, daß die eigenen Grundsätze immer wieder überprüft, Tabus aufgebrochen werden müßten, daß man nicht im Wolkenkuckucksheim bzw. Elfenbeinturm trotzig auf der reinen Lehre sitzenbleiben dürfe, sondern pragmatisch, Schritt für Schritt, konkrete Lösungen für die Menschen undsoweiter. Wenn also einer sagt:

Das reine Ideologisieren bringt nicht viel... Es hängt doch nicht von unserem Programm ab, wie sich die Wirklichkeit entwickelt... Es gibt einen großen Diskussionsbedarf in der Partei... Wolkenkuckucksheim... pragmatisch... Elfenbeinturm, reine Lehre...

und ein anderer spricht:

Sorgen um die Akzeptanz... Tabuisierung der sozialpolitischen Diskussion aufbrechen... Ideale statt konkreter Lösungskompetenz... neuer Grundkonsens... nicht auf trotzige Proteste beschränken...

weiß man zwar, daß hier zwei Sozialdemokraten in die Kurve gehen, aber kann keiner sagen, ob das erste Zitat von dem PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky stammt und das zweite von dem SPD-Sozialpolitiker Florian Gerster oder umgekehrt, zumal Bisky (von dem das erste stammt), jede weitere Mühe der Unterscheidung überflüssig macht, indem er gesteht:

Die PDS wäre bereit, ein gemeinsames Reformkonzept zu formulieren. Da muß sich die SPD entscheiden...

und zwar bald, weil Biskys Chefdenker André Brie festgestellt hat:

Wir gehören in Einzelfragen zum Mehrheitsteil der Gesellschaft...

Nicht ohne hinzuzufügen:

Politik findet nicht im Elfenbeinturm statt.

Die Kriegskredite sind hiermit bewilligt.

Prinzip Hoffnung

Die Mitgliederzahl der PDS ist 1995 um 8.500 gesunken. Zum Jahresende zählte die Partei noch 114.940 Mitglieder. Ob sich nach dem Prinzip der Zinseszinsrechnung herauskriegen läßt, wann der Letzte das Licht ausmacht?

Plankennziffer

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, rechnet in diesem Jahr mit einem neuen Pleitenrekord in Deutschland. 1995 hätten 22.500 Unternehmen Konkurs angemeldet, mehr als jemals zuvor in der Nachkriegsgeschichte. Im ersten Quartal 1996 meldeten 7.555 Firmen Zahlungsunfähigkeit, 6.090Unternehmen gingen in Konkurs.

Apart heut

Nelson Mandela im Bundestag, dessen heute die Regierung stellende Fraktionen noch vor zehn Jahren jeden, der Mandelas ANC unterstützte, als Terror-Sympathisanten und Verfassungsfeind denunzierten, und durch ihre Adenauer- und Seidel-Stiftungen die Apartheid finanzieren und preisen ließen:

Diese Erkenntnis, daß alle gleich sind und niemand etwas Besseres oder Schlechteres verdient, veranlaßte Millionen deutscher Menschen, für den Freiheitskampf in Südafrika zu geben, großzügig zu geben – nicht aus Mitleid, sondern weil sie wußten, daß unser Sieg auch ihr Sieg sein würde.

Und schickt nun, in seiner Regierungsnot, seine Wahrheit auf den Strich, weil, wer den Schaden hat, seiner selbst spotten muß.

Katastrofe

Wegen der verzögerten Rechtschreibreform mußte der Duden-Verlag F.A. Brockhaus AG seinen Umsatz konsequent kleinerschreiben – von 172 Millionen (1994) auf 162 Millionen (1995).

Tu felix Istanbul

Über die Lage in der türkischen Metropole zu Beginn der Uno-Konferenz »Habitat II« berichtet Claudia Roth, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament:

Istanbul ist eine Polizeistadt geworden, sagt der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins der Stadt, Ercan Kanar. Man hat vergiftetes Futter ausgestreut, durch das mehr als 60.000 Hunde getötet worden sind.

Wer wünschte nicht, daß die »Habitat III« in Berlin stattfände?

Aufarbeitung 2

Noch leben 300 Menschen, die Opfer der NS-Militärjustiz wurden. Aus Kostengründen muß ihre Rehabilitierung warten, bis nur noch 30 von ihnen leben. Das wird 1999 der Fall sein. Den Abonnenten der »Frankfurter Allgemeinen« sind auch das noch zuviel:

Ich weiß aus dreijähriger Fronterfahrung in Rußland, daß alle Deserteure, die ich erlebt habe, in der Kompanie als feige Soldaten bekannt waren. (Machten sich schon in die Hosen, wenn sie ein paar hundert jüdische oder slawische Untermenschen liquidieren sollten.) Leider verrieten sie aber immer dem Feind, um sich »lieb Kind« zu machen, die eigenen Stellungen. Ich erlebte nach einer Desertion einen gezielten Feuerüberfall der sowjetischen Artillerie auf unsere Stellungen, bei dem über 30 deutsche Soldaten fielen.

Wilhelm Helms, Düsseldorf

Die geforderten Entschädigungssätze, nämlich eine Einmalleistung von 5.000 DM und zusätzlich eine Monatsrente von 500 DM, müssen jeden Steuerzahler, zu dessen Lasten eine solche Zahlung ja gehen müßte, ganz besonders aber ehemalige Kriegsgefangene wie mich, zu energischem Protest veranlassen. Man kann nur hoffen, daß der angekündigte Gesetzentwurf von allen anständigen Abgeordneten abgelehnt wird.

Herbert Maier-Staud, Frankfurt am Main

Aufarbeitung 3

Man kann das Ergebnis sämtlicher Forschungen in einem Satz zusammenfassen: In keinem Fall ist es der Verteidigung gelungen nachzuweisen, daß die Ablehnung der Ausführung eines verbrecherischen Befehls einen Angehörigen der Wehrmacht, der SS oder der Polizei das Leben gekostet hätte,

sagt der Historiker Gerhard Schreiber vom Militärgeschichtlichen Amt der Bundeswehr über eine der Lebenslügen der Bundesrepublik.

Multiköfte

Dem Wunsch des Frankfurter Multikultur-Dezernats, bei der Behandlung von Ausländern die kulinarischen Bedürfnisse der Ureinwohner zu berücksichtigen, hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof entsprochen: Türkische Spezialitätenköche, die mindestens ein Jahr bei demselben Arbeitgeber beschäftigt sind, haben Anspruch auf Verlängerung der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis.

Nachhilfe

Totalitarismus-Forscher, aufgepaßt! Die Deutsche Presse-Agentur meldet: »Bei einer Verkehrskontrolle in Münster fanden Polizisten im Handschuhfach eines Autos eine scharfe Handgranate. Der Fahrer des Wagens (18) und seine beiden Mitfahrer wurden vorläufig festgenommen.« Woran erkennt man, daß es Nazis waren? Daran, daß die dpa nicht gemeldet hat, es seien Linksradikale gewesen.

Abgang

»Alt-Kommunisten«, »Altkommunisten« und auch »Paläokommunisten« hat der Italien-Korrespondent der »Frankfurter Allgemeinen« die freundlichen Sozialdemokraten von der Rifondazione Communista bisher genannt, die einen christdemokratischen Manager zum Premierminister gewählt haben. Seinen Herausgeber Reißmüller, der soeben siegreich von seinem Feldzug gegen Jugoslawien ins Reich heimgekehrt ist, reicht das bei weitem nicht:

Gefährlich kann der Regierung Prodi werden, daß sie in der Abgeordnetenkammer auf die Bolschewiken angewiesen ist.

Artikel 5 GG

Zwei Meinungen:

Erst gingen Günter G. und seine Kumpane, Autobahnschützen im Distrikt Schleswig-Holstein, den Fahndern ins Netz. Einer hatte den Erpresserbrief, bevor er ihn abschickte, als Unterlage benutzt, um ein amtliches Formular auszufüllen; die Polizei hatte wenig Mühe, Name und Anschrift zu entziffern. Es folgte der Steakhouse-Erpresser, der dabei aufgegriffen wurde, als er in dem Restaurant, das er erpreßte, die Zeche prellte. Dann die Gebrüder B., Aldi-Erpresser, Halle. Sie arbeiteten mit einer Bombe, deren Teile ein Elektronikversand geschickt hatte, der über die Kunden bereitwillig Auskunft gab. Und schließlich Faruk, der Dicke, Reemtsma-Erpresser. Er fuhr mit 157.000 Dollar im Koffer einer spanischen Streife in die Arme, weil er sein Fluchtauto unter eigenem Namen angemietet hatte. Selbst die Gangster bauen ab...

Das war die eine. Da aber Meinungsfreiheit herrscht, kann man es auch so sehen:

Gestern war D-Day für Erpresser. Und ein großer Tag für die Polizei. Spektakuläre Fahndungsergebnisse gab es gleich in drei Fällen: Zunächst der Autobahn-Attentäter... Dann der Erpresser des Steakhouse-Unternehmers Block... Schließlich der größte und spektakulärste Fall, die Entführung von Jan Philipp Reemtsma... Was lernen wir daraus? Polizei-Schelte liegt zwar immer noch im Trend, ist aber häufig falsch und dumm. Man muß sich wohl – auch wenn es manchen schwerfällt – damit abfinden, daß die Polizei... festgefügten Weltbildern zum Trotz alles in allem eine gute Arbeit macht.

Der erste war ein ungenannter Glossist der »Zeit«, der zweite Mathias Döpfner, der neue Chefredakteur der »Hamburger Morgenpost«. Soviel Unterschied ist denn doch noch zwischen einem Journalisten und einem gelernten Schwiegersohn.

Eine der Schweinereien, mit der man Jugoslawien zerstört hat, war diese furchtbare Lüge von Mitteleuropa

Peter Handke

Deutschland wird immer mächtiger, wird immer mehr eingreifen, überall. Deutschland wird wie ein dicker Hund immer noch einen Platz vorrücken

Peter Handke

Jeder wirklich politische Abgeordnete – liberal links, offen – hat die Pflicht, in Deutschland zu sagen: Was wir mit Jugoslawien und Serbien gemacht haben, ist eine einzige Schweinerei, und wer das nicht sagt, ist für ewig ein Verbrecher

Peter Handke

Natürlich haben sie Zweifel, sie wissen ganz genau, daß sie Verbrecher sind. Aber sie können nicht mehr zurück. Wenn man einmal Verbrecher ist, kann man eigentlich nur überleben, indem man ein noch größerer Verbrecher wird

Peter Handke über die Jugoslawien-Berichterstatter der deutschen Presse.

Ja, ja, so ungefähr. Er ist mehr Politiker, Stellungnehmer, Unterschreiber für Manifeste. Von denen gibt es sehr viele

Peter Handke auf den Einwand, Peter Schneider sei doch Schriftsteller

Konkret 07/96, S. 14

Otto Köhler

Der Herr des Handels

»Er führte ein Leben ohne Pomp, die Fäden werden im Hintergrund gesponnen«, schwärmte die »Welt« über den Milliardär Otto Beisheim und seinen »stillen Triumph«: von der SS-Leibstandarte Adolf Hitler zum Besitzer von Europas größtem Handelskonzern

Freitag in Saarbrücken, 24. Mai 1996. Das Parlament ist zusammengetreten. 198 Millionen lassen sich von ihren Abgeordneten vertreten. Es geht streng parlamentarisch zu. Einzelne, die nur »minimale« Minderheiten vertreten, wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« leicht indigniert meldet, legen »lange Fragenkataloge« vor, die »geduldig beantwortet« werden. Es gibt harte Kritik. Und dann die Abstimmung. 99,73 Prozent Ja-Stimmen für die Regierung.

Dienstag in Frankfurt, 28. Mai 1996. Das Parlament ist zusammengetreten. 98 Millionen lassen sich von ihren Abgeordneten vertreten. Es geht streng parlamentarisch zu. Abgeordnete werfen der Regierung »plumpe Sondervorteilnahme« vor. Es gibt harte Kritik. Und dann die Abstimmung. 99,6 Prozent Ja-Stimmen für die Regierung.

Donnerstag in Köln, 30. Mai 1996. Das Parlament ist zusammengetreten. 405 Millionen lassen sich von knapp tausend Abgeordneten vertreten. Es geht streng parlamentarisch zu. »Schrille Töne«, »Widerspruch« nehmen die Titelzeilen der »Süddeutsche Zeitung« wahr. Ihr Reporter berichtet von den Protesten der Abgeordneten: »Wir werden hier über den Tisch gezogen« – »Dies ist eine brutal-raffinierte Vorteilsnahme.« Der Redaktionsschluß verhindert, daß das Blatt sofort auch das Abstimmungsergebnis mitteilt: es ist wieder überwältigend – mehr als 99 Prozent sagen Ja in dieser – wie der Präsident feststellt – »historischen Stunde«.

Allen drei Parlamenten hatte die historische Stunde geschlagen. Die Abgeordneten waren zum letzten Mal zu ihrer Hauptversammlung angetreten, zur höchsten Erscheinungsform der parlamentarischen Demokratie in den Staaten der real existierenden Marktwirtschaft, zur Epiphanie des Kapitals.

Und es ist wahrhaft erschienen.

Am Freitag in Saarbrücken, als die Asko verschmolz – die 1880 als Eisenbahner-Konsumverein gegründete Allgemeine Saar-Konsum, die 1971 als GmbH ihren einstigen Genossen entwunden wurde. Sie verschmilzt mit der Metro.

Am Dienstag in Frankfurt, als die Deutsche SB-Kauf verschmolz – die 1974 von den Gewerkschaften gegründete co op AG, die damals das Erbe der Konsumgenossenschaften angetreten hatte und dann von der Asko und der WCM geschluckt wurde, jener WCM, die aufs engste verbunden war mit dem Liquidationsverein der hochkriminellen IG Farben. Sie verschmilzt mit der Metro.

Und am Donnerstag in Köln, als der Kaufhof verschmolz – das 1879 von Leonhard Tietz gegründet und von den Nazis arisierte Warenhaus. Es verschmilzt mit der Metro. Und geht so – aber das gehört sich so in unserem Land, dessen Einzelhändler 1988 ihre Arisierungen von 1938 mit Firmenjubiläen begingen – in den Besitz eines SS-Mannes über. Doch von ihm später.

Bisher hatte die Metro 50,53 Prozent Anteile am Kaufhof, 55 Prozent an der Asko, und die wiederum hatte 79,01 Prozent an der Deutschen SB-Kauf. Das alles ist jetzt dank der 99prozentigen »Honecker-Wahlergebnisse in Hauptversammlungen« (Kleinaktionär Henry Nold) eine einzige Metro, denn: »Die Verlockungen der Verschmelzung sind zu süß.« So die Überschrift der »FAZ«, die den Sprecher der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz aus der Asko-Hauptversammlung zitiert.

Keiner der Kleinaktionäre äußerte grundsätzliche Bedenken. Sie fühlten sich nur über den Tisch gezogen. In Köln, bei der »Metro-Mega-Fusion dritter Akt« (»FAZ«), gab es Proteste: »Der Kaufhof wird um einige 100 Millionen zu niedrig bewertet.« Sie nützten nichts. Beim Geld geht es streng demokratisch zu. Das große Kapital zählt mehr als das kleine. Während bei der Bewertung der von der neuen Metro mitgeschluckte große Immobilienbesitz zu niedrig veranschlagt wurde, blieben die Immobilien der alten Metro draußen. Die Metro, kritisierten die Kleinaktionäre, bringe nur einen Teil ihres Geschäfts in die Fusion ein, das von den Wirtschaftsprüfungsgesellschaften viel zu hoch bewertet werde.

Peanuts – wird doch die neue, die in der letzten Maiwoche im Dreischritt so zielstrebig erweiterte Metro »das größte Einzelhandelsunternehmen der westlichen Hemisphäre«. Die Deutsche Bank wird zusammen mit der Dresdner Bank und der Westdeutschen Landesbank die neuen Metro-Aktien an der Börse einführen. Die neue Metro will in diesem Jahre 65.600.000.000 DM umsetzen und diesen Wert bis 1998 auf 76,4 Milliarden jährlich erhöhen.

Wer aber ist die Metro, die Metro-Holding, die ihren Sitz in Baar, in der Schweiz, hat. Sie hat drei Hauptgesellschafter: die Großhändler-Familie Schmidt-Ruthenbeck, die an der Metro-Gründung beteiligt war. Die Familie Haniel – der 1965 verstorbene Großindustrielle Franz Haniel (Gutehoffnungshütte, Deutsche Werft AG u.a.) gehörte zum Deutschen Herrenklub, der Hitler die Steigbügel hielt. Und – er ist der wichtigste Gesellschafter – Otto Beisheim.

Wer ist Beisheim?

Er ist, sagt die Wissenschaft, ein »Weltbürger, der wie wenige am Aufbau der Bundesrepublik Deutschland mitgewirkt und zugleich die Wirtschaftsordnung mitgestaltet« hat. Glaubt die Universität Dresden. Deshalb verlieh 1993 diese endlich in voller Freiheit wirkende Universität Beisheim den Doktor der Wirtschaftswissenschaften ehrenhalber. Und zwar – das ist bei einem Monopolisten lustig – in Anerkennung »seiner Verdienste um die Weiterentwicklung der Wettbewerbsordnung in Deutschland«. Die von Westdeutschen eroberte Hochschule würde den Doktor der Philosophie für seine Beförderung der Humanität auch an HannsMartin Schleyer verleihen – lebte er noch. Tatsächlich erklärte der verleihende Dekan Import-Professor Dr. rer. pol. Ulrich Blum bei der Übergabe des Titels: »... ist es eine große Anerkennung für uns, daß Sie, sehr geehrter Herr Beisheim, diese Ehre bereit sind anzunehmen.«

Warum es im Fall Beisheim nur der Doktor der Wirtschaftswissenschaft und nicht der zierendere der Philosophie war, ist schwer erklärbar, denn diese »herausragende paradigmatische Persönlichkeit« ist nach Erkenntis der ausfertigenden Universität Begründer einer Idee: »Im Jahr 1964 realisierte OTTO BEISHEIM die METRO-Idee durch Eröffnung des ersten Marktes am 27. Oktober 1964.«

Beisheim ist auch ein Revolutionär. Die Universität, in der Syntax, die ihr eigen ist: »Insbesondere das in der METRO verwirklichte Konzept der Übertragung der Selbstbedienung auf den Großhandel und auf andere, bisher als essentiell eingeschätzte Großhandelsfunktionen zu verzichten, war ein revolutionärer ›schumpeterischer‹ Akt.«

Der revolutionäre Ideenbegründer hatte – ganz wie Josef Schumpeter – einfach Einkaufsausweise für seine vorgeblichen Großhandelsmärkte an jeden ausgegeben, der irgendwie den Eindruck eines Einzelhändlers erwecken konnte. Doch der schlaue Kunde ist reingelegt. Aldi-Preise sind meist niedriger als die angeblichen Großhandelspreise von Metro. Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels, der viele Gerichte bis hinauf zum Bundesverfassungsgericht gegen Metro bemüht hatte, kapitulierte inzwischen vor der »Macht des Giganten« (»Frankfurter Rundschau«), obwohl die Metro-Großhandelsmärkte jetzt sogar – wie jeder andere Letztkonsumentenladen auch – mit ordinärer Animiermusik beschallt werden.

Der im Tal der Ahnungslosen wegen seiner »Verdienste« um die »Wettbewerbsordnung« geehrte Mann, kaufte einen Konkurrenten nach dem anderen auf. Ahnunglos aber sind die verleihenden Wessis nicht, sie tun nur so und schreiben doch in ihrer Doktorverleihungsurkunde selbst: »Dadurch schuf der Unternehmer OTTO BEISHEIM die Bedingungen dafür, daß sich heute unter dem METRO-Dach so klangvolle Namen wie Kaufhof, Kaufhalle, Media-Markt, Saturn-Hansa, Asko, BLV, Meister, Massa oder Praktiker befinden.« Es sind noch einige andere mehr, die Beisheim aufgekauft hat: Vobis, tip, extra, Möbel-Unger, Saturn, Oppermann, Reno, Adler und weiß der Himmel wer noch.

Das findet man in Dresden bei den Freunden der Wettbewerbsordnung gut. Mußte man auch. Schließlich hatte Beisheim auf die Universität einige Krumen von seinem reichgedeckten Tisch fallen lassen (sein Privatvermögen wird auf fünf Milliarden geschätzt). Sehr kleine Krumen. Aber es hätten auch 50 Millionen sein können, wenn die Dresdner Hochschule, die seinerzeit nie Walter-Ulbricht- oder Wilhelm-Pieck-Universität hieß, rechtzeitig auf die Idee gekommen wäre, den Namen des revolutionären Spenders anzunehmen. So wanderten die 50 Millionen zur »Wissenschaftlichen Hochschule« für Unternehmensführung nach Koblenz, die darum seit 1994 Otto-Beisheim-Hochschule heißt. Ein Versuch, dem so Verehrten für ein paar Zehntausender auch einen Ehrensenator an der Universität Mannheim zu verschaffen, scheiterte letztes Jahr am Widerstand der Studenten.

Die Freiheit der Wissenschaft in Dresden: »Bald begann die planmäßige und intensive Multiplikation der METRO-Idee, die Ende der 60er Jahre auch auf Belgien, die Niederlande und Großbritannien übertragen wird, gefolgt von einer Expansion nach Dänemark, Frankreich, Italien, Österreich. Heute ist die METRO-Gruppe nicht nur in diesen Ländern, sondern auch in Spanien, Portugal, der Türkei, Griechenland, Marokko und der USA tätig.« Das war 1993.

Und heute die ganze Welt. Die »FAZ« am 23. Mai 1996 über die materielle Gewalt gewordene Idee des Dresdner Ehrendoktors: »Der Metro-Konzern legt seinen ersten Weltabschluß vor.« Zwei Tage zuvor hatte die »Welt angekündigt: »Metro will Weltmarkt erobern.«

Wer aber ist – vom Ehrendoktor abgesehen – Otto Beisheim nun wirklich?

Der »Spiegel«, der sich aus früher eigener Erfahrung gut mit SS und SD auskennt, schrieb es 1992: »Einer der wichtigsten Männer der deutschen Medienzunft« – darauf kommen wir auch noch – »gebärdet sich wie ein mafioser Dunkelmann, und kaum jemand weiß, ob das nur eine Marotte ist oder ob es andere Gründe hat. Unter solchen Umständen kann es jedenfalls nicht gleichgültig sein, daß, wie der Springer-Verlag vorletztes Jahr noch einwandte, Beisheim als junger Mann der Waffen-SS angehörte. Mag ja sein, daß dies eine längst vergessene Episode im Leben eines politisch gewandelten Mannes ist. Aber Beisheim hat sich zu seinen politischen Einstellungen bisher nicht geäußert. Er äußert sich überhaupt nicht; für die Zustellung einer gerichtlichen Verfügung war er 1991 über ein halbes Jahr nicht mal für den Gerichtsvollzieher zu erreichen. Wie stünde die deutsche Medienwelt, wie stünde der Axel Springer Verlag mit einem undurchsichtigen Hintermann von solchem Kaliber da?«

Gemach, der Springer-Verlag stand jahrzehntelang ganz gut da mit einem Chefpropagandisten der Nazis, der 1944 angeregt hatte, »z.B. mit Sprengstoffunden in jüdischen Vereinshäusern und Synagogen« Vorwände zu schaffen für die Deportation der Budapester Juden nach Ausschwitz. SS-Obersturmbannführer Paul Carl Schmidt alias Paul Carell war persönlicher Sicherheitsbeauftragter von Axel Springer bis zu dessen Tod, und Serienschreiber sowohl für den Springer-Verlag wie zuvor für den »Spiegel«.

Trotzdem, was ist mit der SS-Vergangenheit des Mannes, in dessen Metro-Reich die Sonne nicht untergeht? Woher hatte Beisheim das Geld, um sein Imperium aufzubauen?

Der Medienexperte Michael Radtke hat nachgeforscht. Beim »Mann ohne Gesicht«, bei Otto Beisheim, entdeckte er eine »Leerstelle in seiner Biographie«. Eine Lücke klafft zwischen 1941 und 1949. Radtke: »Erst nachdem Ende Oktober 1949 die Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen aufgehoben wird, und man wieder ohne lästige Nachfragen eine Arbeitsstelle annehmen konnte, ist Otto Beisheim wieder zur Stelle.« Beisheim – das immerhin hat Radtke bei seiner intensiven Suche in Archiven herausgefunden – muß bis 1945 Scharführer bei der Waffen-SS, Leibstandarte Adolf Hitler, gewesen sein. Wo aber steckte er bis 1949? Radtke hört von ehemaligen SS-Leuten, die geheimnisvoll andeuten, »der Otto mache das schon«. Was? SS-Leute in Ausland schleusen? Die Recherchen stießen auf eine Mauer.

Das – und einiges mehr – hat Radtke 1994 in seinem Buch *Außer Kontrolle – die Medienmacht des Leo Kirch* geschrieben. Was hat Beisheim mit Kirch zu tun, dem Filmhändler, dem Freund des Kanzlers, dem Herrscher über sechs Fernsehkanäle?

Leo Kirch, der mächtige Medienmann, steht 1989 vor dem Ende: RTL und ARD nehmen ihm keine Filme mehr ab, sogar ZDF-Intendat Stolte, der seinen eigentlich öffentlich-rechtlichen Sender nahezu total abhängig von Kirch gemacht hat, traut sich plötzlich nicht mehr, als bedingungsloser Abnehmer der Kirch-Ware zu erscheinen, und sogar bei seinem Heimatsender SAT1 leistet Springer-Manager Peter Tamm Widerstand gegen die Abnahme der teuren Kirch-Filme. Vor allem aber: seine Bank, die Deutsche Genossenschaftsbank (DG), zieht kräftig an der Kreditlinie, ihr bisheriger Direktor Stefan Ziffzer, zuständig für die hohen Darlehen an die Kirch-Gruppe, wechselt in ebendieselbe und übernimmt am 1. Oktober 1989 als Leiter der neu geschaffenen Abteilung Finanz-, Rechnungswesen und Controlling die Aufsicht über die Gelder der Kirchgruppe.

Und dann bescheinigt dem Filmhändler auch noch das von ihm angerufene Gericht: »An der Wiedergabe der Äußerung von Axel Springer in der Presse besteht ein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit.« Gemeint ist die von Zeugen bestätigte Äußerung des inzwischen Verstorbenen, Kirch sei ein Krimineller, ein Verbrecher. Nichts geht mehr.

Das Ende ist nah – doch wo Gefahr, wuchert das Rettende auch. Und das hieß Beisheim.

Nächstenliebe war es nicht, die den SS-Mann antrieb, Kirch zu sanieren, es war mutmaßlich eine Idee, für die er sämtliche Ehrendoktortitel verdient hätte, die das Anschlußgebiet im Angebot hat. 1964, im selben Jahr, in dem Beisheim die von der Universität Dresden promovierte »METRO-Idee« gebar, erschien erstmals in deutscher Sprache die *Strategie im Reich der Wünsche* des einschlägigen US-Wissenschaftlers Ernest Dichter mit grundlegenden Erkenntnissen über unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung:

Wenn wir uns ausschließlich auf die Deckung unmittelbaren und lebensnotwendigen Bedarfs beschränkten, würde unser Wirtschaftssystem buchstäblich über Nacht zusammenbrechen, denn in Konsumtion und Produktion ist es ein System psychologischen Überschusses. Fünfzig Prozent der Bewohner unseres Landes, und vieler anderer Länder, könnten ohne Auto auskommen, achtzig Prozent ohne Fernsehgeräte, Kinos, Alkoholika, Zigaretten und Süßigkeiten. Die wahren Verteidiger einer positiven Lebensanschauung, die echten »Reisenden in Prosperität« und damit der Demokratie, sind alle jene Menschen, die ihr Recht, sich einen neuen Wagen, ein neues Haus, ein neues Radio zu kaufen, vertreten.

Beisheim muß begriffen haben, daß das Volk nicht nur Rechte einfordern darf, daß es vielmehr auch Pflichten auf sich nehmen muß. 1965 hat nämlich der große nationalsozialdemokratische Soziologe Helmut Schelsky das, was er 1934 eher etwas negativ formuliert hatte (»Wahrer Sozialismus ist es, Leute, die für das Volk ihre Leistung nicht erfüllen oder es gar schädigen, auszuschalten oder sie sogar zu vernichten«) in die menschenfreundliche Sprache unserer marktwirtschaftlichen Ordnung übertragen:

Die Produktionshöhe der modernen Massenindustrien stellt an den Menschen einen hohen Konsumanspruch, ja legt ihm geradezu eine Konsumpflicht auf, wenn dies auch mit der »sanften Gewalt« der dauernden Wunscherzeugung und des unvermeidlichen Bereitstellens der Erfüllungen geschieht. So tritt der Mensch heute in seiner Freizeit geradezu unter eine der industriellen Arbeitsdisziplin durchaus verwandte industriegesellschaftliche Zwangsgesetzlichkeit: die des gesteigerten Konsums an materieller und geistiger Massenproduktion... –

also von mehr Autos und von mehr Talkshows. Und das bedeutet Werbung von früh bis spät, und nichts eignet sich dazu besser als kommerzielles Fernsehen. Genau das ist die Vollendung der METRO-Idee, wie sie 1989 geschah, als die Bürger der DDR für ihr Recht, ein neues Auto zu kaufen und den SAT.1-Porno zu sehen, ihre friedliche Revolution machten.

Während am 20. Dezember 1989 der Westberliner CDU-Chef Eberhard Diepgen die Öffnung des Brandenburger Tors auch für Autos fordert und ab sofort Filialen westdeutscher Banken für das gesamte Gebiet der bald ehemaligen DDR zugelassen werden, vollzieht sich im Steuerparadies der Alpenrepublik »eine Operation, die für den von Bankschulden und stockendem Absatz seiner Spielfilme bedrängten Programmhändler den Befreiungsschlag bringen soll und zugleich die Geschäftspalette von Metro-Gründer Otto Beisheim um eine wichtige Farbe bereichern wird« (Radtke).

Beisheim gründet die MH Medienhandel. Die rettet Kirch, indem sie drei Tage später für 530 Millionen das Filmpaket kauft, das er nicht loswurde, und verkauft es schon drei Monate später an SAT.1. Beisheim hatte nur einen Parkplatz gegründet. Der Springer-Verlag – man schlägt sich, man verträgt sich – versöhnt sich mit Kirch. Beisheim aber ist jetzt auch im Mediengeschäft, er hat Kirch in der Hand. Was aber gibt es Besseres für das größte Einzelhandelsunternehmen der westlichen Hemisphäre als kommerzielle Fernsehsender, die Tag und Nacht ihre Zuschauer an ihre Konsumpflicht erinnern und daran auch noch verdienen. So greift eine Hand in die andere. Was er in dieser einmaligen Kombination von Werbung und Warenverteilung mit der einen ausgibt, bekommt er in die andere zurück.

Die verstärke Expansion in den Osten wurde in den drei Hauptversammlungen schon angekündigt. Eine nach Süden steht wohl auch bevor. Niemand wird es überraschen, wenn Berlusconi, dem ein längerer Gefängnisaufenthalt bevorsteht, seine Kaufhauskette an Metro und seine Fernsehsender an Kirch – und damit letztlich auch an Beisheim – verkaufen wird.

Und da ist noch etwas, was auf die letztendliche Privatisierung der zuckenden Reste staatlicher Ordnung hinweist. Die »Süddeutsche Zeitung« titelte schon zu Jahresbeginn: »Metro bastelt an der steuerfreien Gesellschaft.« Wovon wohl jeder Bürger einmal träume, das werde für die Metro letztlich Wahrheit: die »Zero-Tax-Company«. Gruppenweit werde die Metro auf »einen Verlustvortrag von sage und schreibe rund 3,5 Milliarden zurückgreifen« können. Allein die Fusion mit der Deutschen SB-Kauf hatte dazu in der letzten Mai-Woche mit zwei Milliarden beigetragen.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 6/96 über Goldhagen und die Deutschen

Konkret 07/96, S. 18

Jürgen Elsässer

Die PDS wird Rep-tilisiert

An ihrer kommunalen Basis entwickelt sich die PDS zu einer rechten Partei neuen Typs – »nach dem strategischen Vorbild der CSU«. Die Parteiführung schweigt und genießt

»Die Zustimmung für die linksnationalen Lokalmatadore könnte ein idealer Nährboden für die Ideen der Neuen Rechten sein«, hoffte das Brandenburger Mitteilungsblatt der Nazi-Gruppe »Nationale e.V.«. Die Erfolge der PDS seien nämlich »eine Fortsetzung der 89er Revolution. Von den 50-60 Prozent Wählern, die in Mitteldeutschland noch an die Urne gehen, haben wiederum nur ca. 60 Prozent für CDU/SPD votiert. Demgegenüber führt die PDS als parlamentarische Kraft das Anti-Bonner Roll-Back an. In Mitteldeutschland formiert sich der Widerstand gegen Liberalkapitalismus, westliche Dekadenz, liberale Egoistengesellschaft, Verausländerung und kollektive Umerziehung zu einer willenlosen Horde von Konsumidioten.«

Die Nazi-Prognose, die vor zwei Jahren noch abenteuerlich klang, hat seither viel Plausibilität gewonnen. Während sich vor der Öffentlichkeit Realos und Fundis der Parteiführung kabbeln, ist unter den Mitgliedern und vor allem den Wählern längst eine dritte Strömung auf dem Vormarsch. Es istdas Verdienst der Dresdner PDS-Frontfrau Christine Ostrowski, dem spontanen Techtelmechtel mit Nationaldemokraten und Faschisten, das freilich schon seit 1992 andauert (siehe Chronik), mit ihrem »Brief aus Sachsen« eine ökonomisch-politische Grundlage gegeben zu haben.

Im Mittelpunkt ihres Pamphlets steht eine völkische Programmatik: Orientierung am »bodenständigen Klein-Unternehmertum«, Absage an die Gewerkschaften, eine Arbeitsfront aus »Ostunternehmern und ihren Beschäftigten«, Abschottung der Grenzen, Kampf den linken Chaoten, Straße frei den ordentlichen Rechten. Das alles könnte von CSU oder Republikanern abgeschrieben sein – mit dem einzigen Unterschied, daß die CSU und die Republikaner dieses »Gegenteil von Klassenkampf« (Ostrowski) nicht auch noch »Sozialismus« nennen würden.

Das taten nur die Nazis. Und so ist es kein Wunder, daß die Umwandlung der PDS »nach dem strategischen Vorbild der CSU« (Ostrowski) den Beifall der extremen Rechten findet: Bei den Dresdner OB-Wahlen hat die Wiking-Jugend die Kandidatur von Ostrowski unterstützt, in Berlin-Marzahn hat sich die NPD-Jugend bei PDS-Bürgermeister Buttler für die freundliche Duldung ihrer Demonstration am 1. Mai bedankt, und das Nazi-Blatt »Junge Freiheit« geriet über den »Brief aus Sachsen« ins Schwärmen: »Eine solche Partei könnte auch im Westen konservative Wähler an sich binden.«

In den vergangenen Jahren waren die Avancen, die Politiker der PDS dem schwarzbraunen Potential machten, vor allem deshalb nur auf mäßige Resonanz gestoßen, weil dort die PDS mit der SED identifiziert wurde und also – ganz gegen den Willen der Parteiführung – mit der größten historischen Leistung der SED, der Teilung der deutschen Nation, die für jeden Rechten selbstverständlich keine Leistung, sondern ein Verbrechen war. Aber je deutlicher sich der PDS-Vorstand von der SED-Vergangenheit und ihren unfreiwilligen Erben, der Kommunistischen Plattform, distanziert, je mehr sich die Partei (wie bei der Volksabstimmung zur Fusion Berlin/Brandenburg) als Ostdeutsche Volkspartei darstellt, um so mehr Rechte laufen ihr zu.

Der Widerstand gegen diese Entwicklung ist minimal: Sowohl Ostrowski als auch Buttler wurden von ihrer Basis mit großer Mehrheit gestützt, der Bundesvorstand schwieg vielsagend. Wie weit die Parteiführung schon zu gehen bereit ist, zeigte sich in der Behandlung, die Biskys Punker-Mariechen Angela Marquardt widerfuhr, als sie vom Podium einer Veranstaltung der PDS-Zeitung »Neues Deutschland« herab die Entfernung eines Nazis von der »Jungen Freiheit« aus dem Zuschauerraum verlangte: Der Nazi durfte mit ausdrücklicher Erlaubnis des »ND«-Chefredakteurs Rainer Oschmann, der sich bei Gelegenheit auch gern mal über »Millionärs-Juden« echauffiert, bleiben, protestierende Genossen und Genossinnen von Frau Marquardt wurden aus dem Saal entfernt, woraufhin Frau Marquardt die Veranstaltung verließ.

Leute, die bis gestern mit der Parteilinken zu sympathisieren schienen, verhalten sich dubios: Der sächsische Landesvorsitzende Reinhard Lauter ist zum Ostrowski-Flügel übergelaufen, von den Wessi-Linken in der Bundestagsfraktion war – wie so häufig mit Ausnahme von Ulla Jelpke – kein Widerwort zu hören, auch vom Ehrenvorsitzenden Hans Modrow nicht. Nur der von Ostrowski geforderte Verzicht auf eine PDS-Westausdehnung führte bei den betroffenen Interessenten zu Protest.

Daß die sozialdemokratische Parteiführung um Gysi, Bisky, Brie und Gehrcke den Rep-tilien um Ostrowski, Buttler, Brähmig usw. nicht entgegentritt, hat gute Gründe: Für die Wahlerfolge der PDS sind die Lokalmatadore, darunter 175 PDS-Bürgermeister, viel wichtiger als die Papiere und Talkshow-Auftritte des Vorstands. Müßte Frau Ostrowski gehen, gingen viele regionale PDS-Funktionäre mit – und die Partei hat schon jetzt Schwierigkeiten, für die nächsten Kommunalwahlen im Osten genügend Kandidaten zu finden.

Wichtiger aber ist: Der Weg nach Bad Godesberg, den der PDS-Vorstand eingeschlagen hat, ist ein Weg ins Nirgendwo. Sozialdemokratische Reformpolitik, deren ökonomischer Kern das *deficit spending* für Konjunktur-und

Beschäftigungspolitik war, ist wegen der Staatsverschuldung nicht mehr finanzierbar, weswegen selbst da, wo sozialdemokratische Parteien noch oder wieder an der Regierung sind – aktuelles Beispiel: Italien – konservativ-neoliberale Politik gemacht wird. Mit anderen Worten: Der Ruf »Der Reformismus ist tot«, früher eine Kampfparole der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie, ist zu einer ökonomischen Wahrheit geworden.

Wenn nämlich der Reformismus tot und Godesberg eine Fata Morgana ist, bleibt als einzige Möglichkeit für einen systemimmanenten Antikapitalismus nur noch der völkische. Unfähig und unwillig, den revolutionären Bruch und den Kommunismus zu denken, öffnen sich die früheren Sozialdemokraten, nicht nur die in der PDS, immer stärker für die rechte Alternative zum Neoliberalismus: Antikapitalismus ohne Klassenkampf, negative Aufhebung der privatkapitalistischen Konkurrenzgesellschaft durch den volksgemeinschaftlichen Staat.

»Unsere sozialen Forderungen stimmen überein, bis hin zum Wortlaut« – mit diesem Satz resümmierte Christine Ostrowski 1993 ihre Kontakte mit einem führenden Nazi-Kader. So ist es.

Die Verwandlung der PDS in eine Ostdeutsche Volkspartei und ihre Kontakte zu Rechtsextremisten. Eine Chronologie

Juli 1992: Gründung der »Komitees für Gerechtigkeit«. Mit-Initiator Peter-Michael Distel, unter Ministerpräsident de Maiziere CDU-Innenminister, erläutert gegenüber der »jungen Freiheit«: »Gregor Gysi und ich kümmern uns um das gleiche Potential von Wählern,... ein Potential, das im Herbst 1990 schon einmal CDU gewählt hat« und »durch ignorante westliche Politik ausgegrenzt« worden sei.

Januar 1993: Christine Ostrowski, damals stellvertretende Parteivorsitzende der PDS, trifft sich mit Constantin Meyer, einem Führer der vom Bundesinnenminister verbotenen Nazi-Gruppe »Nationale Offensive«, zu einem nichtöffentlichen Gespräch »über gemeinsame Projekte für Jugendliche« (dpa). Später wird sie in der Lokalpresse mit dem Satz zitiert: »Unsere sozialen Forderungen stimmen im Grunde überein, bis hin zum Wortlaut.« Als das Treffen im März auffliegt, raten Bisky und Gysi »Frau Ostrowski offenbar telefonisch von einem Rücktritt ab« (dpa). Der Druck auf Ostrowski wird aber letztlich doch so stark, daß sie das Amt der stellvertretenden Parteivorsitzenden niederlegt. Kurz darauf wird sie als PDS-Vorsitzende von Dresden eindrucksvoll bestätigt (108 Ja, 15 Nein, 7 Enthaltungen) und zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden der »Komitees für Gerechtigkeit« gewählt.

September 1993: Johann Scheringer, Fraktionsvorsitzender der PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, gibt dem Nazi-Blatt »Junge Freiheit« ein Interview. Scheringer auf die Frage, ob sich Teile der Linken mit der Forderung nach Abschaffung des Nationalstaats nicht »vor den Karren westeuropäischer Großkonzerne spannen« lassen: »Um die Auflösung des Nationalstaates kann es... nicht gehen.« Frage: »Weicht die PDS da von der Position einer SPD ab? Peter Glotz beispielsweise fordert ja vehement ein Ende der Nationalstaaten.« Scheringer: »Ich denke schon, daß wir da von der SPD abweichen.« In späteren »JF«-Anzeigen wird Scheringer mit dem Satz zitiert: »Was die Gesprächs- und Diskussionsverbote betrifft, meine ich, ist das ein schlechtes Beispiel, die politische Kultur zu fördern.«

Juli 1993: Im »Neuen Deutschland« rezensiert Chefredakteur Reiner Oschmann das Buch »Friedensmacht Deutschland« von Alfred Mechtersheimer. Mechtersheimer fordert darin eine »nationale Revolution« zur Überwindung »der gestörten nationalen Identität«, die derzeit noch »NS- und teilungsgeschädigt, amerikanisiert und komplexbeladen« sei. Oschmann dazu: »Trotzdem. Die Frage, denke ich, wann im deutschen Fall Nationalgefühl so normal wie im Falle eines Dänen oder Dutchman wäre, läßt sich damit nicht vertreiben... Das ist starker Tobak für jeden rechten Linken, kann aber die sachliche Auseinandersetzung mit Mechtersheimer kaum ersetzen.« Gegen Kritik daran wird Oschmann von André Brie verteidigt.

Oktober 1993: Geplante Podiumsdiskussion zwischen Gregor Gysi und dem »Junge Freiheit«-Chefredakteur soll in Potsdam im Rahmen des öffentlichen Spektakels »1.000 Jahre Potsdam« stattfinden. Titel: »Grenzen der Vergangenheitsbewältigung«. Das politische Credo des verantwortlichen Organisators gibt die »Taz« folgendermaßen wieder: »Wir brauchen einen neuen Umgang mit der deutschen Vergangenheit. Ihre masochistische Dämonisierung verhindert positive Identifikationsfelder.« Die Veranstaltung wird schließlich nicht von der PDS verhindert, sondern vom Potsdamer SPD-Oberbürgermeister Gramlich verboten, um dem Chef des Nazi-Blattes »kein Forum für seine rechten Ideen unter einem städtischen Dach zu geben.«

März 1994: Stuttgarter Veranstaltung mit Gregor Gysi, dem rechtsextremen FDP-Dissidenten Manfred Brunner (»Bund freier Bürger«) und Hans Manfred Roth, der als Vorsitzender der FDP Stuttgart-Bad Cannstatt zuvor mit Veranstaltungen mit Jörg Haider Furore machte und gegen den deswegen ein Ausschlußverfahren aus der FDP lief. »Manfred Brunner und Gregor Gysi Seit' an Seit'« lautet die Schlagzeile der »Stuttgarter Zeitung« am nächsten Tag. Auszüge aus dem Artikel: »Ungeteilten Beifall bekommt... Gregor Gysi gleich am Anfang, als er meint: ›Ich finde es unerträglich, daß eine politische Streitkultur entstanden ist, in der ich mich nur noch mit einem streiten darf, der fast meiner Meinung ist.‹... Und noch an einem weiteren Punkt, überraschend genug, gibt es plötzlich in Bad Cannstatt von links bis rechts eine Annäherung: Daß Brunner ruft: ›Mein Europa ist ein Europa der Vaterländer‹, ist ja nicht mehr weiter überraschend. Aber wenn Gysi

plötzlich erklärt: ›Die deutsche Linke hat ein gestörtes Verhältnis zur Nation‹... da klatscht hinten im Saal auch Hans Manfred Roth dem Sozialisten Gysi Beifall.«

Mai 1994: Die PDS Sachsen nominiert Heinrich Graf von Einsiedel zum Spitzenkandidaten ihrer Bundestagswahlliste. Zuerst sollte Einsiedel in Bayern aufgestellt werden, war aber dort auf Widerstand gestoßen. Insbesondere seine deutschnationalen Bekenntnisse (»Ich bin ein Deutschnationaler... Wenn ich heute über die ehemalige Zonengrenze fahre, bin ich bereit, die Nationalhymne anzustimmen...«) waren dort und in anderen West-Landesverbänden der PDS auf Kritik gestoßen. Gegen innerparteilichen Widerstand setzt die Parteispitze die Einsiedel-Kandidatur durch: In einer gemeinsamen Erklärung, verfaßt im Stile einer mittelalterlichen Bannbulle, verteidigen Lothar Bisky, André Brie und Gregor Gysi, unterstützt von den Wessi-PDSlerinnen Andrea Lederer und Claudia Gohde sowie dem SPD-Schriftsteller Dieter Lattmann, daß »ein solcher Mensch stärker in der Geschichte wurzelt, und warum er mitunter eine größere Verantwortung verspürt als andere für das, was im Laufe der Jahrhunderte Generationen geleistet haben... Für so einen ist die deutsche Nation auch nicht 1871 im Spiegelsaal zu Versailles geboren worden. Sie bildete sich in Junker Jörgs Kemenate auf der Wartburg ebenso wie in Mainz beim Drucker Gutenberg... Die Linke muß endlich die deutsche Einheit als emanzipatorischen Impuls aufnehmen. Wir dürfen sie nicht weiter rechts liegen lassen, nur weil sie von anderen okkupiert wurde.« PDS-Vize Wolfgang Gehrcke formuliert gegen die Einsiedel-Kritiker gar eine Auschluß-Drohung: »Was beträchtliche Teile der PDS in Bayern und Hamburg betrieben, habe mit der PDS-Programmatik nichts mehr gemein, dränge nach Auseinandersetzung und Lösung« (»Neues Deutschland«).

Juli 1994: Dresdner OB-Wahlen. Die rechtsradikale Wiking-Jugend greift in den Wahlkampf mit Aufklebern ein: »Unsere Stimme für Christine Ostrowski.« Gleichzeitig schreibt das Brandenburger Mitteilungsblatt der Nazi-Gruppe »Nationale e.V.«: »Die Zustimmung für die linksnationalen Lokalmatadore könnte ein idealer Nährboden für die Ideen der Neuen Rechten sein... Die Erfolge der PDS sind... eine Fortsetzung der 89er Revolution. Von den 50-60 Prozent Wählern, die in Mitteldeutschland noch an die Urne gehen, haben wiederum nur ca. 60 Prozent für CDU/SPD votiert. Demgegenüber führt die PDS als parlamentarische Kraft das Anti-Bonner Roll-Back an. In Mitteldeutschland formiert sich der Widerstand gegen Liberalkapitalismus, westliche Dekadenz, liberale Egoistengesellschaft, Verausländerung und kollektive Umerziehung zu einer willenlosen Horde von Konsumidioten.«

Mai 1995: Antifa-Demo gegen ein Nazi-Zentrum in Wurzen bei Leipzig. Die örtliche PDS distanziert sich, weil ihr das Motto »Zerschlagt die faschistischen Strukturen« zu gewalttätig ist. Bei einem Schlichtungsgespräch, zu dem Angela Marquardt eigens aus Berlin angereist war, zeigt sich diese von den Abgrenzungen der örtlichen PDS gegenüber der autonomen Antifa dermaßen entsetzt, daß sie erklärte, sich erstmals für ihre PDS-Mitgliedschaft zu schämen. Der Landtagsabgeordnete Werner Bramke hatte zuvor die Parole »Nazis raus« mit dem Nazi-Leitspruch »Juden raus« gleichgesetzt.

Januar 1996: Der Oberbürgermeister von Hoyerswerda, Horst-Dieter Brähmig, im Interview mit der »Lausitzer Rundschau«: »In der wirtschaftlichen Lage, in der sich Deutschland und Europa befindet, muß ich auch sehr unpopuläre Entscheidungen mittragen... Privatisierung ist für mich kein Rückfall in den Urkapitalismus... An Mittelstandspolitik kommt man gar nicht vorbei.« Frage: »Gerade der Mittelstand fordert, die Lohnnebenkosten zu senken, was tiefe Einschnitte in unser Sozialsystem notwendig macht. Gehen Sie da mit?« Brähmig: »Ja. Das ist wichtig für die Entwicklung des Mittelstandes, und die ist die Voraussetzung, daß dann wieder Arbeit und Brot kommt.« Frage: »Ihre Partei sagt: Nichts darf den kleinen Leuten weggenommen werden.« Brähmig: »Das kann meine Partei sagen, solange sie keine Verantwortung übernimmt. Sobald sie Regierungsverantwortung übernimmt, muß sie mitmachen.« Bereits im Vorjahr hatte Brähmig auf die Frage, ob er nach der pogromartigen Vertreibung der Asylbewerber aus der Stadt im Jahre 1992 eine erneute Unterbringung beantragen werde, geantwortet: »Nein, die Bürger sind hier noch nicht reif, Ausländer zu integrieren«.

Mai 1996: 300 Rechtsradikale demonstrieren auf Einladung der NPD-Jugend unbehelligt durch die PDS-Hochburg Berlin Marzahn. Der PDS-Bezirksverband feiert ein paar hundert Meter entfernt ein 1.-Mai-Fest. Harald Buttler, der PDS-Bürgermeister von Marzahn, gibt in einem »junge Welt«-Interview zu, bewußt darauf verzichtet zu haben, eine Gegendemonstration gegen den Nazi-Aufmarsch zu organisieren, weil er Auseinandersetzungen befürchtete. Buttler bezeichnete Antifaschisten als »Chaoten« mit »Randalebegehren« und verharmloste die Faschisten: »Ach wissen Sie, Faschisten! In Marzahn gibt es keine faschistische Szene mehr. Viele von denen sind inzwischen erwachsen und anständige Familienväter geworden. Natürlich kann ich die Forderung nicht teilen, Arbeitsplätze nur für die Deutschen zu schaffen. Aber Fakt ist auch, daß den deutschen Jugendlichen kein Arbeitsplatz hierzulande angeboten wird.« In der folgenden Bezirksversammlung der PDS Marzahn wird ein Antrag, Buttler zum Rücktritt aufzufordern, mit 63:20 Stimmen abgelehnt.

Die innerparteiliche Kritik an Buttler nimmt Christine Ostrowski zum Anlaß, in einem gemeinsam mit Ronald Weckesser verfaßten »Brief aus Sachsen« eine Neuorientierung der PDS nach »dem strategischen Vorbild der CSU« zu fordern. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach einer politischen Rechtsverschiebung der PDS in »die Mitte der ostdeutschen

Gesellschaft«. »Die PDS muß nicht ›links von der SPD‹ stehen, sie muß einfach anders als die SPD sein.« Im einzelnen soll das bedeuten:

· Konservative Wirtschaftspolitik: »Der Aufbau Ost wird überwiegend von einem bodenständigen Klein-Unternehmertum bewältigt, das im Mittelpunkt linker Wirtschaftspolitik stehen muß... Wir lehnen den Wettbewerb mit der SPD ab, wer mehr staatliche Industrie-Subventionen fordert. Wo dagegen CDU-Politiker die christliche Soziallehre wirklich anwenden und ›Hilfe zur Selbsthilfe‹ leisten, befindet sich dies in praktischer Übereinstimmung mit unserem Menschenbild.«

· Nationaler Sozialismus: »Wir verstehen Sozialismus als einen Begriff zur Umschreibung eines demokratischen Gemeinwesens, das zu einer marktwirtschaftlich begründeten Wertschöpfung und sozialem Ausgleich fähig ist.« Die Bürger »erwarten von uns das Gegenteil von ›Klassenkampf‹, nämlich Ideen, wie Mieter und Vermieter, die neuen Ostunternehmer und ihre Beschäftigten gemeinsame Sache machen können.« Weiterhin wird von der PDS »eine Normalisierung in der Eigentumsfrage« und die Beschränkung von Asyl und Zuwanderung gefordert.

Der Sächsische Landesvorstand stellte sich in seiner Mehrheit bei drei Gegenstimmen im 24-köpfigen Gremium – hinter Ostrowski und Weckesser. Die PDS-Spitze um Gregor Gysi, Lothar Bisky und den Partei-Vordenker André Brie kritisierte allein den geforderten Verzicht auf die PDS-Westausdehnung.

Auf einer Veranstaltung des »Neuen Deutschland« zur Diskussion des »Brief aus Sachsen« taucht auch ein Mitarbeiter der »Jungen Freiheit« auf. Podiumsteilnehmerin Angela Marquardt verlangt von »ND«-Chefredakteur Reiner Oschmann, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Als der sich weigert, drängen Leute der »AG Junge GenossInnen« selber den Nazi, den Saal zu verlassen. Ohne Erfolg: Das Publikum wendet sich gegen den »Radau«, der Marketingchef des »ND« schubst einen der Jung-PDSler regelrecht hinaus. Ostrowski zu Marquardt: »Da sieht man, wer hier randaliert, nämlich eure Leute, nicht die Rechten.«

Der PDS-Landesvorstand Sachsen verschickt eine Einladung zu einer Mittelstandskonferenz. Im beiliegenden Thesenpapier gilt »der Vorschlag als diskutabel, zwei Karenztage einzuführen und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bei 80 Prozent zu realisieren..., durch unentgeltliche Mehrarbeit oder Lohnabschläge Kosten zu senken«. Da »der Arbeitsmarkt durch die sozialen Sicherungssysteme zunehmend gefährdet« werde, sollen ABM-Maßnahmen abgebaut und durch ein »kostengünstiges Konzept der Gemeinschaftsarbeit« ersetzt werden. Ostrowski kommentiert erfreut, »daß das reale Leben die Leute vernünftig werden läßt«.

Jürgen Elsässer schreibt mit Sahra Wagenknecht an einem KONKRET-Buch über Kommunismus in Deutschland

Konkret 07/96, S. 21

Pascal Beucker

Gestern links, heute rechts

Eine Auswahl deutscher Nach(bürgerkinder)kriegs-Karrieren und vielleicht der Beginn einer wundervollen KONKRET-Serie. Für entsprechende Hinweise ist die Redaktion dankbar

Detlev Albers – gestern: »Unter den Talaren Muff von Tausend Jahren«, Stamokap-Theoretiker – heute:SPD-Landesvorsitzender Bremen

Stefan Aust – gestern: KONKRET-Redakteur – heute: »Spiegel«-Chefredakteur

Rudolf Bahro – gestern: kommunistischer Dissident – heute: ökofaschistischer Guru

Matthias Beltz – gestern: Revolutionärer Kampf – heute: Witze-Erzähler

Uwe Benneter – gestern: wegen Linksradikalismus aus der SPD ausgeschlossener Juso-Chef – heute: Schatzmeister der Berliner SPD

Henryk M. Broder – gestern: aus Protest gegen Antisemitismus nach Israel ausgewandert – heute: Lohnschreiber eines antisemitischen Verlegers

Tissy Bruns – gestern: MSB Spartakus – heute: Bonner Hofberichterstatterin

Daniel Cohn-Bendit – gestern: Ho Ho Ho Tchi-Minh – heute: Bundeswehr-Werber

Tilman Fichter – gestern: SDS – heute: deutschnationaler Referent für Schulung beim SPD-Bundesvorstand

Joseph Fischer – gestern: Häuserkämpfer – heute: Kanzler Kohls dickster Kumpel

Ralf Fücks – gestern: Mao-Zedong-Fan – heute: Freund schwarzgrüner Bündnisse

Adrian Geiges – gestern: Chefredakteur des SDAJ-Magazins »elan« – heute: bürgerlicher Sensationsjournalist

Klaus Hartung – gestern: SDS – heute: Angestellter bei Helmut Schmidt

Michele Hustedt – gestern: MSB Spartakus – heute: Bundestagsabgeordnete Bündnis 90/Die Grünen

Jan Erik Hövels – gestern: SDS – heute: rechter Sekten-Chef (Ariman-Verlag, Bund Gegen Anpassung)

Udo Knapp – gestern: SDS – heute: Vize-Landrat der SPD auf Rügen

Tom Koenigs – gestern: Revolutionärer Kampf – heute: Frankfurter Stadtkassierer

Uwe Knickrehm – gestern: MSB-Bundesvorsitzender, DKP-Parteivorstand – heute: Computerverkäufer

Wolfgang Kraushaar – gestern: Sozialistische Hochschulinitiative – heute: Totalitarismusforscher

Winfried Kretschmann – gestern: Kommunistische Studentengruppen – heute: schwarz-grün

Rainer Langhans – gestern: SDS, Kommune 1 – heute: esoterischer Nazi

Jo Leinen – gestern: »Wir werden dieses Land unregierbar machen« – heute: saarländischer Umweltminister a.D.

Horst Mahler – gestern: RAF – heute: FDP

Reinhard Mohr – gestern: freier Sponti (beim »Pflasterstrand«) – heute: angestellter Schnarchsack (beim »Spiegel«)

Edith Müller – gestern: KPD/AO – heute: Europa-Abgeordnete Bündnis 90/Die Grünen

Jo Müller – gestern: KPD/AO – heute: Kandidat der Grünen in Altona

Reinhold Oberlercher – gestern: SDS – heute: Nazi

Frank Otto – gestern: Kommunistischer Bund – heute: Unterhaltungsunternehmer (Fensehsender VIVA)

Rupert von Plottnitz – gestern: RAF-Verteidiger – heute: hessischer Justizminister

Birgit Radow – gestern: SDAJ-Bundesvorsitzende, DKP-Präsidium – heute: Greenpeace-Vize-Geschäftsführerin

Klaus Rainer Röhl – gestern: KPD – heute: Stahl-FDP

Wolfgang Roth – gestern: SHB, Juso-Bundesvorsitzender – heute: Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank (EIB)

Krista Sager – gestern: KBW – heute: Vorstandssprecherin Bündnis 90/Die Grünen

Helke Sander – gestern: Aktionsrat zur Befreiung der Frauen – heute: Zeitgeist-Filmerin

Otto Schily – gestern: RAF-Verteidiger – heute: Tudjman-Anwalt

Joscha Schmierer – gestern: KBW-Vorsitzender – heute: immer noch Zeitgeist-Redakteur

Thomas Schmid – gestern: Revolutionärer Kampf, »Autonomie« – heute: Nazi-Sympathisant

Waltraut Schoppe – gestern: Basisgruppen – heute: »Schafft zwei, drei, viele Claudia Noltes«

Gerhard Schröder – gestern: marxistischer Juso-Bundesvorsitzender – heute: Laufbursche des VW-Vorstands

Peter Schütt – gestern: DKP-Vorstand und Revolutionsdichter – heute: schwarzbrauner Kommunistenjäger

Alice Schwarzer – gestern: linke Feministin – heute: die kinderlose Mutter der Nation

Christian Semler – gestern: KPD/AO – heute: Zivilgesellschafter

Franz Sommerfeld – gestern: »rote blätter«-Chefredakteur, stellv. MSB-Vorsitzender – heute: Allzweck-Redakteur der »Berliner Zeitung«

Botho Strauß – gestern: Adorno-Schüler – heute: Skinhead-Lehrer

Christoph Strawe – gestern: MSB-Bundesvorsitzender – heute: Antroposoph

Werner Stürmann – gestern: SDAJ-Bundesvorsitzender, DKP-Präsidium – heute: nordrhein-westfälischer Regierungssprecher

Rolf Stolz – gestern: KPD/AO – heute: grüner Deutschnationaler

Karin Struck – gestern: DKP – heute: deutsche Mutter ohne Kreuz

Karsten D. Voigt – gestern: Juso-Vorsitzender und ständiger Urlaubsgast bei Komsomolzen auf der Krim – heute: Präsident der Nordatlantischen Versammlung

Antje Vollmer – gestern: KPD/AO – heute: sudetendeutsche Bundestagsvizepräsidentin

Ludger Volmer – gestern: Basisgruppen – heute: bündnisgrüner Überbau

Martin Walser – gestern: fast Kommunist – heute: ganz Nationalist

Reiner Zitelmann – gestern: Maoist – heute: Nazi

Andreas Zumach – gestern: Aktion Sühnezeichen – heute: Aktion deutsche Soldaten nach Bosnien

Pascal Beucker ist verantwortlicher Redakteur von Uni-KONKRET

Konkret 07/96, S. 22

Oliver Geden

Hitler durch Bisky erlösen?

Die Umweltbewegung, von vielen für eine linke Erfindung gehalten, kam von dort, wo sie jetzt wieder steht: rechts. Einer ihrer früheren Gurus, Rudolf Bahro, gibt ein Beispiel

»Nicht links, nicht rechts, sondern vorn« lautete in den siebziger und achtziger Jahren der Schlachtruf Herbert Gruhls, eines der populärsten Vertreter der Politischen Ökologie in der BRD. Gruhls Spruch, von ihm erfunden, um dem Vorwurf, er sei ein Rechtsextremist, die Spitze zu nehmen, hat in der Umweltbewegung Geltung behalten.

Die Betrachtung der über einhundertjährigen Geschichte sowohl der wissenschaftlichen als auch der politischen Ökologie belegt hingegen, daß aktuelle politisch-philosophische Hauptströmungen stets einen starken Einfluß auf die jeweilige Interpretation des Mensch-Natur-Verhältnisses ausübten. Bis in die 70er Jahre bewegte sich die Ökologie auf einem eindeutig rechten Kurs. Erst als sich vor gut 25 Jahren auch die westdeutsche Linke der »ökologischen Frage« annahm, schien die Hegemonie der konservativen und rechtsextremen Ökologen gebrochen.

Doch spätestens seit Ende der 80er Jahre hat sich in Deutschland das Kräfteverhältnis zwischen emanzipatorischen und antiemanzipatorischen Ökologiekonzeptionen wieder grundlegend zu wandeln begonnen, quer durch alle Teile der Umweltbewegung. Heute ist die Verbindung der ökologischen Frage mit Forderungen nach einem Einwanderungsstop, nach weltweiten Militäreinsätzen oder einem starken Staat bis hin zur Diktatur nicht mehr nur am rechten Rand zu finden, sondern rückt, unterstützt durch entsprechende umweltpolitische Strategien der bürgerlichen Parteien, mehr und mehr in die Mitte von Umweltbewegung und etablierter Umweltpolitik.

Die Umweltbewegung hat ihre systemkritischen Züge fast völlig abgelegt; statt durch eine grundlegend andere politische und wirtschaftliche Ordnung will sie ihre Ziele durch eine ökologische »Modernisierung« des Kapitalismus realisieren. Wie sich der politische Mainstream nach rechts bewegt, so die in ihm schwimmende Umweltbewegung.

Diese Entwicklung läßt sich exemplarisch an einzelnen Repräsentanten der Umweltbewegung festmachen. Zum Beispiel an Rudolf Bahro. Der Aufstieg des 1935 geborenen Bahro begann im Sommer 1977 mit dem Erscheinen seines Buches *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus* in einem Kölner Gewerkschaftsverlag. Bahro wurde gleich nach Bekanntwerden der Veröffentlichung aus der SED ausgeschlossen und verhaftet, zu acht Jahren Haft verurteilt und im Oktober 1979 in die Bundesrepublik abgeschoben.

Schon einen Monat später war Bahro eines der Gründungsmitglieder der »Grünen«, bei denen er es, in den Jahren 1982 bis 1984, bis zum Mitglied des Bundesvorstands brachte. Enttäuscht über deren Mangel an öko-spirituellem Fundamentalismus verließ Bahro die grüne Partei 1985. Schon im November 1989 ging Bahro zurück nach Ost-Berlin. An der dortigen Humboldt-Universität trat er schließlich 1990 eine Professur für Sozialökologie an, die er bis heute innehat.

Bahros Gesellschaftsanalyse ist nicht nur wenig originell, sie ist innerhalb der Umweltbewegung auch weit verbreitet. Aufgrund der fortgeschrittenen Zerstörung der äußeren wie auch der inneren Natur prophezeit Bahro das Aussterben der »Gattung Mensch«. Die Ursachen für diese Entwicklung verortet er nicht in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, sondern in der Dekadenz der westlich-neuzeitlichen Geisteshaltung, im falschen Bewußtsein der Menschen in den Industriestaaten. Die Umweltkrise erscheint ihm somit als Kulturkrise, der Kapitalismus lediglich als Ausdruck einer verfehlten Denkweise.

»Wo es zum fatalen Zusammenstoß zwischen Kultur und Natur kommt, muß bei Strafe des Untergangs die Kultur korrigiert werden« heißt es in seiner *Logik der Rettung* – und wie immer, wenn es um die Gattungsfrage geht, sind rigide Maßnahmen die »logische« Folge. Bahro sieht zwingend die Notwendigkeit, den herkömmlichen parlamentarischen Betrieb um eine weitere Institution zu ergänzen, die er »Oberhaus« und in einer Vorstufe davon »ökologischer Rat« nennt. Hier sollen alle politischen Fragen lediglich vom Standpunkt der Natur und des Kosmos aus behandelt werden dürfen, vor allem durch Menschen, die sich rituell mit den natürlichen Elementen identifizieren.

Doch Bahros Oberhaus ist weit mehr als die Spielwiese einer Öko-Elite, es soll de jure und de facto die mächtigste Institution im Staat darstellen: »Dieses Oberhaus wird das bisherige Parlament (etwa den Deutschen Bundestag) nicht ersetzen, sondern ihm gegenüber die rahmengebende höhere Institution sein, die dem sozialen Interessenkampf Maß und Grenzen setzt. Es wird die Themen von Volksbefragungen festlegen und die Alternativen formulieren, über die abgestimmt werden soll. Außerdem wird es die Kandidaten für eine Präsidentschaft... vorschlagen, damit das ganze Volk dann wählen kann.«

Der Präsident soll lediglich repräsentative Aufgaben haben, zudem einen Kanzler bestellen, der wiederum eine aus allen Unterhausfraktionen gebildete Regierung zusammenstellen soll. Doch auch deren Kompetenzen sind durch das Oberhaus enge Grenzen gesetzt: »Die Regierung hat – gegebenenfalls flankiert von der Verfassungsgerichtsbarkeit – die Aufgabe, den Willen der Parteien und Interessengruppen, der sich im Unterhaus ausdrückt, mit den Richtlinien abzustimmen und in

Einklang zu bringen, die vom Oberhaus mit von anderen Instanzen unanfechtbarer Autorität gegeben werden.« Im Klartext: Bahro will eine öko-spirituell legitimierte Aristokratie mit schmückendem demokratischen Beiwerk.

Bahro weiß, daß das Oberhaus nicht von selbst kommt, sondern nur als »institutionelle Umsetzung« einer starken »Rettungsbewegung« möglich ist. An seinen Vorbildern läßt er wenig Zweifel: »Jetzt ist... verhüllt, und zwar für ›rechts‹ wie ›links‹, daß die Nazibewegung u.a. auch bereits eine erste Lesung der Ökologiebewegung war, ein von allzuviel Ressentiment und Aggression überlagerter fundamentalistischer Aufruhr gegen Wissenschaft-Technik-Kapital, gegen das exterministische Industriesystem, dem sie zugleich noch wieder anheimfiel... Es kann aus derselben Energie, die damals auf die Katastrophe hindisponiert war, sogar aus der Neigung zum Furor teutonicus, wenn sie bewußt gehalten und dadurch kontrolliert wird, heute etwas Besseres werden. Kein Gedanke verwerflicher als ein neues anderes 1933?! Gerade der aber kann uns retten. Die Ökopax-Bewegung ist die erste deutsche Volksbewegung seit der Nazibewegung. Sie muß Hitler miterlösen.«

1990 setzt Bahro in einem Interview nochmals einen drauf: »Eigentlich ruft es in der Volkstiefe nach einem grünen Adolf. Und die Linke hat davor nur Angst, anstatt zu begreifen, daß ein grüner Adolf ein völlig anderer Adolf wäre als der bekannte. Es ist überhaupt nicht die Frage, ob es ein Mann oder eine Frau ist, sondern es ist die Frage nach einer Struktur. Das ist das deutsche Moment in dieser grünen Bewegung.«

Solche Theorie hat praktische Konsequenzen. Auf der Bundesversammlung 1995 der »Unabhängigen Ökologen Deutschlands« (UÖD), einer Rechtsabspaltung der seit 1989 nur noch wertkonservativen ÖDP, wird ein Grußwort Bahros verlesen, und ein Spitzenfunktionär der rechtsextremen »Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft« (DUR) darf in Bahros Vorlesungsreihe auftreten. Bahro empfiehlt Werke der Unitarier-Chefideologin Sigrid Hunke und unterstützt die sexistisch-spirituelle Großkommune »Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung« (ZEGG). Bahros Kommuneprojekt »LebensGut Pommritz« verdankt seine Entstehung den außerordentlich guten Beziehungen des Gründers zum sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf.

Es könnte nun eingewandt werden, daß die Linke ihren einstigen Lieblingsdissidenten schließlich doch als »Ökofaschisten« abgeschrieben habe. Aber das gilt nur fürden Westen. Im Osten wird Bahro immer noch als linker Visionär und herausragender Mahner vor der drohenden Ökokatastrophe geachtet.

Und wo es um ostdeutsche Befindlichkeiten geht, ist sie nicht weit: die PDS. Ihre Bindungen zu Bahro sind ebenso vielfältig wie zahlreich. Schon im Dezember 1989 durfte Bahro auf dem SED-Sonderparteitag sprechen, der erste PDS-Vorsitzende Gregor Gysi, zu DDR-Zeiten Bahros Anwalt, sorgte in dieser Funktion noch 1990 für dessen Rehabilitierung. »Neues Deutschland« läßt Bahro seit Beginn der 90er Jahre mit großer Regelmäßigkeit zu Wort kommen und verweist zu Semesterbeginn auf seine jeweilige Vorlesungsreihe an der Humboldt-Universität.

Eine vorläufige organisatorisch-ideologische Basis innerhalb der Partei hat sich Bahro allerdings erst mit der 1994 gegründeten »Ökologischen Plattform bei der PDS« geschaffen. Herausragender Vertreter der »Ökologischen Plattform« ist der Brandenburger Marko Ferst, der neben Vorträgen zur »Vision einer geistig-seelischen Hochkultur«, etwa beim PDS-Bildungswerk »Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung«, bislang vor allem als Kopienverteiler in Bahros Vorlesungen in Erscheinung trat. In dem von ihm betreuten, unregelmäßig erscheinenden Reader »Ökovision« findet sich ein Sammelsurium von öko-spiritueller Visionssuche, Verzichtsethik und Beiträgen von Rudolf Bahro sowie weiterer populärer Rechtsökologen wie Herbert Gruhl oder Franz Alt. Auf einer Veranstaltung mit Parteichef Bisky kritisierten Bahro und sein Ferst die PDS, sie vertrete mit ihrer gegen den Sozialabbau gerichteten Politik »menschheitsgeschichtlich letztlich unwesentliche Sonderinteressen«.

Seinem jüngstem Werk *Das Buch von der Befreiung aus dem Untergang der DDR* hat Bahro den seltsamen Untertitel gegeben: »Dabei über das scheinbar abseitige Thema Ökologie und Kommunismus, ja über das scheinbar noch viel abseitigere, wie die PDS doch einen Sinn machen könnte«. Das Werk liegt bislang lediglich in einer Rohfassung vor, zirkuliert aber schon unter den Jüngern. Auf der Forum-Seite des »ND« wurden bereits erste Auszüge veröffentlicht.

Bahros Grundthese lautet, Ökologie und Kommunismus seien letztlich ursprungs- und zielidentisch, denn Kommunismus sei im Grunde nichts als eine »ideologieunabhängige selbstlose Haltung«. In dieser wettert er gegen die »westlichen« Werte, die den BRD-Bürgern von den Alliierten aufgezwungen worden seien. Auch deshalb konzentriert er sich bei seiner Suche nach Anhängern »kommunistisch-ökologischer« Politik auf den Osten Deutschlands. Den Großteil des von ihm auf hunderttausend Menschen geschätzten Potentials sieht er in der PDS engagiert oder zumindest von ihr vertreten, die »nationale, in Wahrheit gerade übernationale Rolle« übernehmen müsse. Leider sei die Partei derzeit in Klientelismus gefangen und habe die weltgeschichtliche Dimension der ökologischen Frage nicht einmal annähernd erfaßt.

Wie die PDS auf Bahros Ansinnen reagieren wird? Eine Distanzierung ist ihr kaum zuzutrauen. »Ich bin heute abend als Lernender hier«, gestand Parteichef Bisky bei der erwähnten Veranstaltung mit Bahro und Ferst. Vermutlich wird die Parteispitze ihre Resozialisierung durch einen populären DDR-Dissidenten auf keinen Fall gefährden wollen.

Oliver Geden ist Autor von »Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus«

Konkret 07/96, S. 24

Alexander Bogner

»German Problem«

Während der nationalistische Parteivorstand der SPD im Londoner Exil an der Legende vom anderen Deutschland strickte, bewies das antideutsche Treiben der so geschmähten Vansittartisten schon vor 54 Jahren, daß radikale Kritik an den deutschen Zuständen oft niemanden härter trifft als deutsche Linke

Erich Ollenhauer, Vorstandsmitglied der emigrierten SPD, klagte im Herbst 1942 aus London dem »lieben Genossen« und ehemaligen »Vorwärts«-Redakteur Friedrich Stampfer nach New York: »Ich habe Ihnen im letzten Brief über die politische Lage der BBC-Propaganda nach Deutschland geschrieben. Sie ist im wesentlichen unverändert, d.h., daß wir praktisch keine Möglichkeit haben, mit unseren Gedankengängen zu Wort zu kommen. In der englischen Presse ist die Lage im großen und ganzen nicht besser.«

Nach Zwischenstationen in Prag (1933-38) und Paris (1938-40) war der Vorstand der Exil-SPD auf Vermittlung des zuständigen Sekretärs der Labour Party, William Gillies, in London gelandet. Aber die harmonische Atmosphäre, die die deutschen Politiker anfangs umfing, machte mit dem Fortgang des deutschen Ausrottungskrieges und den vaterländischen Verlautbarungen der deutschen Emigranten einer frostigen Anspannung Platz. Im Januar 1943 mußte sich Ollenhauer bei Stampfer über das offensichtliche Mißtrauen, das nun auch die Labour Party den deutschen Polit-Emigranten entgegenbrachte, und über die mangelnde finanzielle Unterstützung durch die englischen Sozialisten beschweren. Was war geschehen?

Wie schon im Ersten Weltkrieg erwies sich die SPD auch im Zweiten als große vaterländische Partei. Zu Beginn, beim deutschen Überfall auf Polen, forderte ihr Parteivorstand einen Frieden, »der die Gewaltakte Hitlers wieder gutmacht, dem totalitären System ein Ende setzt und dem deutschen Volke wie allen vergewaltigten Völkern Recht und Freiheit wiedergibt«, und kurz vor seinem Ende, Anfang 1945, reklamierte die SPD, daß sie »eben andere Vorstellungen über die besten Mittel zur Friedenssicherung« habe »als die eine oder andere alliierte Regierung« (Ollenhauer): Die Demokratisierung des »deutschen Volkes« hatte nach Meinung des Parteivorsitzenden Hans Vogel ausschließlich »seiner eigenen Initiative« zu folgen, während die Besatzungspläne der Alliierten »Deutschland für fünfzig Jahre in ein Konzentrationslager verwandeln« wollten. »Eine Deutschland aufgezwungene Zerschlagung seiner Einheit«, so argumentierte Hans Vogel, »wird von neuem einen Nationalismus auslösen, der von reaktionären Kräften ausgenützt würde, um Deutschland wieder unter die Führung der Imperialisten zu bringen.« Damit war gleichzeitig die Kriegsschuldfrage geklärt: Wer das deutsche Volk knechtet, wie beispielsweise 1918 mit dem Versailler Vertrag, darf sich nicht wundern, wenn dieses beleidigt reagiert, zu den Nazis überläuft und dem fremden Unterdrücker einen Befreiungskrieg liefert. Deshalb kündigte die SPD schon zu Kriegsbeginn an, im Falle der deutschen Niederlage gegen einen »Diktatfrieden« (Stampfer), gegen Annexionen, Wiedergutmachung und ausländische Einflußnahme zu kämpfen.

Daß nach der Niederwerfung Hitlers die Revision des Versailler Vertrages nach wie vor ihrer Vollendung harre, verkündete Stampfer im »Neuen Vorwärts« schon 1938. Anzustreben sei, sekundierte Victor Schiff 1941 auf einer Sitzung der SPD-Spitze zum Thema »Deutschland und Europa nach dem Kriege«, die Erhaltung der Reichseinheit in den Grenzen von 1937, die Belassung des Memellandes beim Deutschen Reich, der Anschluß der Stadt Danzig und die Rückgliederung von Eupen-Malmedy. Schwieriger werde sich jedoch die staatliche Zugehörigkeit eines anderen »deutschen Volksstammes«, nämlich der Elsässer, gestalten.

So kam es, daß die Genossen von der Labour Party bald keine Basis für eine gemeinsame politische Arbeit gegen das NS-Regime mehr erkennen konnten. Um sich das Revanchisten-Geschwätz vom Hals zu schaffen, stellte die Partei daher ab Oktober 1942 die Zahlungen an die SPD-Führung ein.

1941 hatte Stampfer in der »New York Times« behauptet: »Die meisten früheren Führer deutscher Wissenschaft und Kunst, deutscher Politik und Wirtschaft leben jetzt als Emigranten und entschlossene Feinde des Nazismus im Ausland, besonders in Amerika und England.« Die »Vernichtungspläne« (Stampfer) eines Henry Morgenthau seien zur Verhinderung einer »deutschen Revolution« ersonnen, mutmaßte Parteichef Vogel 1943. Unter Heranziehung des unmittelbar einsichtigen Dampfkesselprinzips bewies er schlagend, daß die Revolution, wenn sie soweit gereift sei wie 1943, nach rechts abgehen muß, wenn sie links von den Alliierten verhindert wird: »Der Glaube aber, daß mit der gewaltsamen Verhinderung einer Revolution auch schon die Ruhe eines Landes und der Frieden gesichert werden können, hat sich in der Geschichte schon wiederholt als ein gefährlicher und folgenschwerer Trugschluß erwiesen« – so wie anno 1918/19, als Präsident Wilson in vereinter Kraft mit den monarchistisch-militaristischen Kreisen die Revolution gewaltsam gestoppt und Hitler den Weg bereitet hatte.

Robert Vansittart, aufgrund seiner »antideutschen« Polemik im Londoner Oberhaus bevorzugtes Haßobjekt nicht nur der Nazis, sondern auch der vaterländischen Sozialdemokraten, höhnte über die Bemühungen, überall ein anderes, besseres Deutschland zu finden: »The Germany of their dreams is always just round the corner, and about to take charge. This

childishness has conducted generations of us to our doom. Yet it is on this diseredited myth, that our propagandists base their output. The other Germany is *not* waiting round the corner.« In der kurzen Zeit seines öffentlichen Wirkens als außenpolitischer Berater der englischen Regierung plädierte Vansittart in der Frage der Behandlung Nazideutschlands für die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, seine Aufteilung und Entmilitarisierung, sowie die Besatzung durch alliierte Truppen. Er war davon überzeugt, daß das Ende des Nationalsozialismus nur gewaltsam von außen herbeigeführt werden könne, und warnte vor den Bestrebungen der Konservativen, mit »irgendwelchen deutschen Phantomgenerälen« zu verhandeln, um aus anti-sowjetischen Motiven heraus zu einem Sonderfrieden zu kommen. Die Deutschen seien, weil in der überwältigenden Mehrheit geschlossen hinter ihrem Führer versammelt, für Hitler und die NS-Verbrechen voll verantwortlich – trotz aller »virtues of the small minority«, um deren Größenordnung eine Diskussion sich erübrige, »because that minority has always been utterly ineffective«. »200 years of militarism and 150 years of miseducation« hätten zu einem Höhepunkt des »teutobarbarism« geführt, der sich in dem eisernen Kriegswillen der Deutschen im Rußlandfeldzug und in der Einheitsfront unter Hitler offenbare.

Die Attacken Vansittarts auf die nationalistische und militaristische Sozialdemokratie von Bebel über Ebert, Noske, Scheidemann und ihre Republik ohne Republikaner bis zum Vertrauensvotum der SPD-Reichstagsfraktion für Hitler im Mai 1933 ließen zum einen das sozialistische Märchen von den stets widerständigen, nur momentan terrorisierten Arbeitern ohne Vaterland ganz schlecht aussehen, andererseits geriet die Selbstdarstellung der SPD arg ins Schwimmen. Das Maß war für die SPD-Exilanten voll, als Vansittart seit Anfang 1942 im Parlament scharfe Angriffe gegen die Politik der sozialdemokratischen Union und einzelne der besonders aktiven deutschen Flüchtlinge richtete. Im Endeffekt sei ihre Tätigkeit »pangermanistische Infiltration«.

Die SPD-Emigranten jaulten auf. Alle? Nein. Einige deutsche Sozialdemokraten schlossen sich im Januar 1942 einer Gruppe an, die sich »Fight for Freedom« nannte. Diese internationale Vereinigung von Sozialdemokraten unter dem Präsidium des Labour-Abgeordneten James Walker hatte es sich nach den Worten des deutschen Mitglieds Walter Loeb zur Aufgabe gemacht, »die britische und amerikanische Bevölkerung über die wirklichen Vorgänge in der deutschen Republik von 1918-1933 aufzuklären« und ein Bild der »ununterbrochenen Aggressionen des deutschen Volksimperialismus gegen seine Nachbarn zu vermitteln«. Neben Loeb gehörte der Gruppe auch Curt Geyer an, dessen Vater Friedrich zu den 14 SPD-Abgeordneten gehörte hatte, die in der Fraktionssitzung am 3. August 1914 gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hatten (78 SPD-Abgeordnete waren dafür). Der Sohn hatte nach seiner Arbeit für die SPD-nahe »Leipziger Volkszeitung« nacheinander Reichstagsmandate für die USPD, VKPD, KAG, und abermals für die USPD, die seit ihrer Fusion mit der SPD 1922 in der VSPD aufging, wahrgenommen. Ab 1924 arbeitete er als Redakteur für den »Vorwärts«, seit 1933 für den »Neuen Vorwärts«.

Innerhalb der Partei stand Geyer zu dieser Zeit rechts von der Mitte. Ab 1942 aber mußte ihm die Partei vorwerfen, dem »Vansittartistischen« zuzugehören und damit dem englischen Nationalismus zu »dienen«. Tatsächlich sah Geyer seine Hauptaufgabe darin, die geschichtlich gewordene Kraft des deutschen Nationalismus zu bekämpfen. In einem Memorandum Anfang 1942 legte er dar, wie die SPD nach 1914 den opportunistischen Weg zur »nationalen Demokratie« gegangen ist. Den Bemühungen der Partei, die Lage ihrer Klientel über die Stärkung der nationalen Interessen zu verbessern, mußte zwangsläufig der letzte Rest von Internationalismus geopfert werden. »Wie für andere deutsche Nationalisten ist für die Führung der Parteimehrheit ›die Nation‹ etwas geworden, was sie niemals für die westlichen Länder gewesen ist – ein absolutes Gut.« Von hier bis zum Prinzip »Recht ist, was dem deutschen Volke nützt«, schrieb Geyer, sei es nur noch ein kleiner Schritt: »Die Konsequenz ist, daß auch die sozialdemokratische Partei das deutsche Volk davor bewahren muß, daß es die verderblichen Folgen der Niederlage am eigenen Leibe verspürt... Feindschaft gegen Hitler ist eine Sache, Furcht vor der deutschen Niederlage und ihren unvermeidlichen Konsequenzen ist eine andere Sache.«

Um die Verifikation dieser These hatte sich zur selben Zeit der ehemalige SPD-Oberbürgermeister von Altona (und spätere Bürgermeister von Hamburg), Max Brauer, verdient gemacht. Im Rahmen einer Round-Table-Konferenz in New York hatte er sich zum Vorschlag einer internationalen Kontrolle über Deutschland so geäußert: »If this system is to be imposed on the German people, I would say: fight to the death, Germans; it is better than to accept this straight jacket.«

Daß es – entgegen den Vorstellungen dieser sozialpatriotischen Teilzeit-Pazifisten – keinen Frieden mit Deutschland geben könne, daß der Kampf gegen den aggressiven Nationalismus gerade in der deutschen Arbeiterbewegung von vorn begonnen werden müsse, leitete Curt Geyer, Walter Loeb und vier weitere Sozialdemokraten (C.Herz, F.Bieligk, B.Menne, K.Lorenz) dazu an, am 2. März 1942 eine »Erklärung der Fight for Freedom-Gruppe« vorzulegen, die alle linken Volksfreunde im Exil aufs Heftigste empörte. Dabei hatten sie lediglich richtiggestellt, daß der deutsche aggressive Nationalismus die mächtigste »politische Kraft im deutschen Volke darstellt, daß er schon vor 1914 und heute erst recht alle gesellschaftlichen Klassen und politischen Parteien erfaßt hat; daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Führung der Gewerkschaften von 1914 bis 1918 eine wesentliche Stütze des Kriegswillens des deutschen Volkes waren; daß die Sozialdemokratische Partei im November 1918 keine Revolution gegen den deutschen Nationalismus, nach dem Zeugnis ihrer Führer überhaupt keine Revolution wollte; daß die Geschichte der Weimarer Republik beweist, daß die

nationalistische Tendenz in der Sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften fortdauerte; daß sozialdemokratische Führer eine Politik der deutschen Machtausweitung betrieben haben; daß die Sozialdemokratische Partei und die Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine nationalistische Propaganda gegen den Versailler Vertrag geführt haben, und zwar um so lauter, je energischer die Rechtsparteien den Versailler Vertrag zur psychologischen Vorbereitung des Revanchekrieges benutzt haben; daß Hitler nicht ein Zufall ist, sondern daß er von der größten Massenbewegung der deutschen Geschichte in die Macht getragen worden ist, und daß seine Regierung eine Mehrheit in Volk und Parlament hatte; daß der politische Wille des deutschen Volkes sichtbar wird im deutschen Volksheer, das den Sieg will; daß der Krieg in Deutschland unterstützt wird von einer überragenden Mehrheit des deutschen Volkes«.

Daß für die Unterzeichner bald kein Platz mehr in der SPD sein würde, war ebenso vorauszusehen wie der Ausschluß der gewerkschaftlich Organisierten unter den sechs. Erich Ollenhauer wußte schon zwei Monate nach Veröffentlichung der Thesen: »Gut, daß wir in neun Jahren der Emigration gelernt haben, daß dieser ›Kampf‹ für die Weltgeschichte ziemlich unwesentlich ist.« Es sei nur »ein Jammer, daß dieser Mist in dieser Zeit ernsthafte Menschen so beschäftigt, aber wir haben ja wirklich alles getan, um diese Entwicklung zu verhindern.«

So haben, schon vor mehr als fünfzig Jahren, die deutschen Sozialdemokraten das (neu-)linke Rezept vorgeführt, das »the German Problem« so richtig schmackhaft macht: man lasse die deutschen Verhältnisse nur so lange in der allgemeinen Kritik bürgerlicher Herrschaftsformen schmoren, bis sie revolutionsreif gegart sind. Da solcherlei Delikatesse noch heute von linken Aufklärern gern gereicht wird, ist nur zu hoffen, daß beizeiten ein englischer Lord zur Stelle sein wird, um die Produkte aus der Volxküche kräftig zu versalzen, bevor die Kraftnahrung dem »Herrenvolk von Untertanen« (Heinrich Mann) in die Muskeln fährt.

Literatur: E. Matthias: *Sozialdemokratie und Nation*, 1952; E. Matthias: *Mit dem Gesicht nach Deutschland*, 1968; W. Röder: *Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien*, 1968; Robert Vansittart: *Lessons of my life, 1943*

Alexander Bogner lebt und arbeitet in Frankfurt/Main

Konkret 07/96, S. 26

Felix Krebs

Schulungsleiter der nationalen Intelligenz

Dr. Reinhold Oberlercher – die Karriere des selbsternannten »Fritz Teufel von Hamburg« zu einem der radikalsten Ideologen der Neonazis und aggressiven Antisemiten

Hamburger Achtundsechziger erinnern noch den Skandal, den ein Genosse aus dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) im November 1967 auslöste, als er in einer Vorlesungsrezension den Professor Wenke einen »alternden Ideologen des pädagogischen Hitlerismus« nannte: Der Autor bekam ein Disziplinarverfahren und wurde von Wenke vom Besuch seiner Vorlesung ausgeschlossen, der AStA reichte Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Wenke ein, der damalige Bürgermeister erwog eine Strafanzeige gegen Oberlercher, Studentinnen und Studenten solidarisierten sich mit dem Bedrohten.

So begann die Karriere des Reinhold Oberlercher, der seinen Fall als »Auslösung des Hamburger Studenten-Aufstandes« interpretierte und sich selber im Rückblick als Theoretiker und Angehöriger einer »nationalen Fraktion« des SDS verstand, der neben ihm auch Dutschke und Rabehl angehört hätten. Welcher Fraktion er außerdem angehörte, demonstrierte er auf der letzten Delegiertenkonferenz in der Debatte um das berühmte Schwanz-ab-Flugblatt der SDS-Frauen: »Statt meinen Schwanz abhacken zu lassen, möchte ich ihn natürlich lieber in die Scheiden der Genossinnen stecken, das ist ‘n ganz natürliches Bedürfnis.«

Nach der Auflösung des SDS brachte Oberlercher seine krypto-marxistischen Gedanken in seiner Zeitschrift »Theorie und Klasse – Blätter für wissenschaftliche Kritik« zu Papier. Hier deutet er schon an, daß er der einzige sei, der »Das Kapital« verstanden und sogar weiterentwickelt habe: »Meine marxistische Sicht ist die einer formalisierten und vollendeten Universaltheorie der modernen (=kapitalistischen) Gesellschaft, zu der ›Das Kapital‹ nur eine ökonomische Verbalisierung darstellt.«

Große Erfolge in der Linken konnte der Universaltheoretiker mit seinen Schrif-ten nicht verbuchen, lediglich seine *Didaktik der Politischen Ökonomie* wurde im Verlag Association veröffentlicht. Auch die wissenschaftliche Karriere wurde ihm verwehrt. Nach seinem Studium der Pädagogik, Philosophie und Soziologie promovierte er zwar 1975 mit dem Thema »Theorien über die Arbeitskraft«, anschließend bekam er jedoch nur gelegentlich Lehraufträge an der Hamburger Uni. Inzwischen bestreitet er zumindest zeitweise seinen Lebensunterhalt von der Sozialhilfe.

Eindeutig nationalistische und rassistische Positionen verkündete das verkannte Genie der erstaunten Linken erstmals 1981 in der anarchistischen Zeitschrift »Direkte Aktion« der Freien Arbeiter Union (FAU). In seinem »Manifest deutscher Anarchisten« erklärte er in konsequent revolutionärer Kleinschreibung: »der import ausländischer arbeitskräfte ist eine scharfe waffe gegen die deutschen arbeitskräfte... deutsche anarchisten fordern daher sofortiges einstellungsverbot für ausländer...« Zur Annexion der DDR, in der Oberlercher 1959 in Haft war, propagierte er einen »nationalen befreiungskampf gegen rußland.« Die FAU mußte er daraufhin unter Androhung von Prügeln verlassen.

Erfreut über den selbsternannten »Nationalmarxisten« waren hingegen die verschiedenen nationalrevolutionären Gruppierungen und Zeitschriften, die in den 80er Jahren innerhalb der sog. Neuen Rechten die Richtung vorgaben. Die Nationalrevolutionäre versuchten, linke Studenten zu keilen, und da kam ihnen einer, der über das nötige Marxisten-Vokabular verfügte, gerade recht.

Marxens »Kapital«, so lehrte Oberlercher, sei nichts als die Verbalisierung der Ökonomie, Kapitalismus die eigentliche Revolution, und der Klassenkampf diene der inneren Ertüchtigung eines Volkes. Marx selber sei ein extremer Nationalist »eines internationalen Volkes«, welches sich den »jeweiligen Wirtschaftsvölkern als nützliche Darmbakterie unentbehrlich« mache, »um nicht vom Abwehrsystem als Krankheitserreger identifiziert und vernichtet zu werden«, erklärte Oberlercher 1988 in seinem Artikel »Die nationale Frage aus marxistischer Sicht« den nationalrevolutionären Lesern. Die Oktoberrevolution sei jedoch nur die marxistische Modernisierung des Panslawismus, Lenin ein Konterrevolutionär. »Westdeutschland macht die Weltrevolution, Österreich die Wiedervereinigung«, verkündete er 1987 an der Wiener Universität.

Oberlercher wurde Mitglied bei den »Republikanern«. Anfang 1993 veröffentlichte er sein »100-Tage-Programm der nationalen Notstandsregierung in Deutschland« in den »Staatsbriefen« des ehemaligen »Welt«-Redakteurs Hans Dietrich Sander, in denen Vordenker der Neuen Rechten, NPD-Mitglieder, ehemalige Waffen-SSler und Neonazis wie der inzwischen verstorbene Michael Kühnen und sein Nachfolger Christian Worch publizierten. Die »Staatsbriefe« haben ähnlich der »Jungen Freiheit« ein Netz von Lesekreisen aufgebaut, in denen Teilnehmer aus verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen zusammenkommen.

In seinem »Hundert-Tage-Programm« gab Oberlercher jegliche marxistische Phraseologie auf und redete Klartext: »Beendigung der Ausländerbeschäftigung... Ausweisung aller arbeitslos gewordenen Ausländer... Einweisung deutscher

Obdachloser und Asozialer in geräumte Asylantenunterkünfte... Erklärung des Rauschgiftes zur Kriegswaffe... Jeder Rauschgiftbesitzer wird dann mit militärischen Mitteln bekämpft... Verbot der Ideologie der Menschlichkeit... Wiederherstellung von Krieg und Frieden als völkerrechtliche Begriffe wie als außenpolitische Realitäten... Wiedereinsetzung des Deutschen Reiches... Beschränkung des Fernsehens auf zwei nationale Programme (für deutsche Volkskultur und deutsche Hochkultur samt Wissenschaftspflege)... Durchsetzung der deutschen Sprache als anerkanntes Gemeingermanisch und führende Kultursprache der Welt...«

Das war sogar den Kameraden »Republikanern« ein bißchen zu offen nazistisch. Dem geforderten Ausschluß kam Oberlercher mit seinem Austritt zuvor.

Ende 1993 wurde Oberlercher Mitglied in der auch vom »Spiegel« geförderten »Vereinigung Demokratische Offenheit (DemO)«, der einige Funktionäre der STATT-Partei wie Markus Wegener und der Partei-Vordenker und »Junge Freiheit«-Interviewpartner Prof. Winfried Steffani angehörten. Heute artikuliert der DemO-Vorsitzender Helmut Stubbe-da Luz seine »Parteienverdrossenheit«, die dem »Spiegel« damals einen Sonderdruck wert war, in der braunen Zeitschrift »Criticón«, wo auch Oberlercher seine »13 Thesen zum Parteienstaat« veröffentlichen durfte.

Oberlerchers »100-Tage Programm«, das den Vergleich mit dem 25-Punkte-Programm der NSDAP nicht zu scheuen braucht, fand viel Anklang im neofaschistischen Spektrum. Trotzdem mußte der Autor feststellen, daß sich bis 1995 kein einziges nationales Notstandskomitee gebildet hatte, das bereit gewesen wäre, Oberlerchers Worten Taten folgen zu lassen. Der beklagte sich, es mangele dem nationalen Lager an Mut und »sozialwissenschaftlich geschulter Intelligenz«. Und so begann er zusammen mit einem »Deutschen Kolleg« eine bundesweite Schulungsarbeit.

Seit Februar 1995 kann die nationale Intelligenz Oberlerchers zuletzt genannte Texte in didaktisch aufbereiteter Form in Berlin bestellen. Neben dem Einführungskurs »Reichsbürgerkunde« bietet das Nazi-Kolleg Aufbau- und Führungskurse an. Im Bericht des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz heißt es, Oberlercher wolle mit »dem umfangreichsten und radikalsten Schulungsprogramm einen heterogenen Kreis aus Neonazis, studentischen Gruppen, Neuen Rechten und rechten Altparteien ansprechen und politische Kader schmieden«. Wenn die Kader fleißig waren, alle Kurse und Klausuren bestanden sowie eine Lehrprobe abgelegt haben, erteilt Schulungsleiter Oberlercher die »Reichsdozentur«.

Felix Krebs schrieb in Uni-KONKRET (Sommersemester 96) über deutsche Waffenstudenten

Konkret 07/96, S. 28

Hersch Fischler

Der Fisch stinkt vom Kopfe

Wie in einem deutschen Nachrichtenmagazin 1996 ein Mann einen jüdischen Vornamen bekommt, den ihm Goebbels 1941 angehängt hat

Ende Februar dieses Jahres beschäftigte sich Heribert Prantl in einem Kommentar der »Süddeutschen Zeitung« unter dem Titel »Helfer der Kostümierung« mit dem »Spiegel«: In dessen jüngster Ausgabe finde sich ein Satz,

den man vor ein paar Jahren allenfalls in einer rechtsradikalen Postille vermutet hätte... In einer Kurzkritik über den neuen Film von Michael Verhoeven wird dem Regisseur vorgeworfen, er habe mit »trampeliger Penetranz den Nationalsozialismus dämonisiert«. Der Film, »Mutters Courage«, gedreht nach einem autobiographischen Text des Theatermachers George Tabori, handelt vom Transport der Mutter Taboris nach Auschwitz... Im »Spiegel« mag es vielleicht Sorglosigkeit sein, anderswo ist es Berechnung. Es wird »eingeordnet« und »entkrampft«, weil die Vergangenheit nicht ständig »wie eine Monstranz« herumgetragen werden dürfe. Mit diesem dämlichen Satz, endlos variiert, hat die Relativierung der NS-Verbrechen begonnen... Und wer das tut, der hält sich zugute, Tabus zu brechen und gegen Denkverbote zu kämpfen... Bei dieser Kostümierung gibt es immer mehr vorsätzliche und fahrlässige Helfer.

In seiner Titelstory zu Daniel Goldhagens Buch *Hitlers Willing Executioners* (»Spiegel« 21/96) entdeckt man erneut Behauptungen, die man sonst nur in rechtsradikalen Postillen findet: Goldhagen teile den »Irrwahn einer kollektiven Verurteilung« und erinnere damit

an den Amerikaner Theodore Kaufman, welcher im Sommer 1941 in einer Broschüre (»Germany must perish«) alle Schuld den Deutschen gab... Kaufman zog allerdings die Folgerung, alle Deutschen müßten sterilisiert werden – ein Fest für die NS-Propaganda, mit furchtbaren Wirkungen. Kaufman paßte genau in ihr ideologisches Trugbild von den Juden als Bindeglied zwischen amerikanischer Börse und russischen Bolschewiki...

Einige Seiten nach dieser Stelle wird Goebbels zitiert und dargelegt, wie ihm der »Sterilisierungsplan des US-Juden Kaufman« (Goebbels) half, die Verordnung über das Tragen des Judensterns zu begründen und die Täter der Einsatzkommandos für den Judenmord zu motivieren.

Der »Spiegel«-Leser muß den Eindruck bekommen, die Forderung nach Auslöschung der Deutschen durch Zwangssterilisation sei 1941 von einem einflußreichen amerikanischen Juden (»Bindeglied zwischen amerikanischer Börse und russischen Bolschewiki«) vorgebracht worden und habe den Nationalsozialisten geholfen, die Endlösung der Judenfrage als Notwehr auszugeben.

Schon einmal hat der »Spiegel« diese angebliche Rolle Theodore Kaufmans herausgestellt. In Heft 2/1985 schrieb Rudolf Augstein:

Damit man nicht glaubt, Hitler habe den Wahn für sich allein gepachtet, sei auf das 1941 erschienene Buch »Germany must perish« des Präsidenten der amerikanischen Friedensgesellschaft, Theodore Nathan Kaufman, verwiesen, der die gesamte deutsche Bevölkerung für immer vom Erdboden verschwinden lassen wollte, und zwar durch totale Zwangssterilisation. Damals wußte man noch nichts von Hitlers Gaskammern.

Der in der Hausmitteilung vorgestellte Verfasser der Goldhagen-Story, der Redakteur Fritjof Meyer, hat die Darstellung des Falles Kaufman offensichtlich von seinem Herausgeber Augstein übernommen.

In den vom »Spiegel« gern zitierten »Vierteljahresheften für Zeitgeschichte« des Instituts für Zeitgeschichte in München hat Wolfgang Benz bereits 1981 in dem Aufsatz »Judenmord aus Notwehr. Die Legenden um Theodore N. Kaufman« die Geschichte Kaufmans untersucht und gezeigt, wie die NS-Propaganda Kaufman und sein Buch für ihre Zwecke zugerichtet hatte.

Am 24. Juli 1941 berichtete der »Völkische Beobachter« über ein »ungeheures jüdisches Vernichtungsprogramm«:

Unter dem Titel »Deutschland muß vernichtet werden« ist kürzlich in den Vereinigten Staaten ein aufsehenerregendes Buch erschienen, das einen ungeheuerlichen Plan für die Ausrottung des Deutschen Volkes und die restlose Zerstückelung Deutschlands in allen Einzelheiten enthüllt und propagiert. Verfasser ist... kein anderer als der Jude Theodor Kaufman, Präsident der amerikanischen Friedensliga (American Federation of Peace)! ... Die führenden Interventionisten machen... mit gutem Grund keinen Hehl daraus, daß der teuflische Plan des Juden Kaufman ein politisches Glaubensbekenntnis des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ist.

Mit Abwandlungen erschien diese Darstellung Ende Juli 1941 auch in anderen deutschen Tageszeitungen. Am 3. Juli brachte »Das Reich« Auszüge aus dem angeblich in den Vereinigten Staaten weit verbreiteten Buch, Julius Streichers »Stürmer« berichtete erst einen Monat später über Kaufman.

Goebbels selbst stellte in seinen Tagebüchern Kaufman am 24. Juli 1941 ganz im Sinne seiner Presse-Propaganda dar:

In den Vereinigten Staaten erscheint augenblicklich ein Buch des Juden Kaufman, in dem unter dem Titel: »Deutschland muß vernichtet werden« uns klar prophezeit ist, was uns droht, wenn wir einmal die Haltung verlören und den Sieg preisgäben. Es wird dort im Ernst der Vorschlag gemacht, die ganze deutsche Bevölkerung auszurotten bzw. zu sterilisieren. So dumm und so absurd dies Projekt ist, es zeigt doch, in welcher Geistesverfassung unsere Gegner sich befinden.

Zwei NS-Propagandisten sorgten dafür, daß die nationalsozialistischen Medien sich intensiver mit Theodore Kaufman und seinem Buch beschäftigten. Dr. Paul Karl Schmidt, damaliger Pressechef des Reichsaußenministers und nach dem Krieg als Paul Carell erfolgreicher Autor von Kriegsbüchern, gab auf einer Pressekonferenz der Reichsregierung die Parole aus, das Buch enthülle die letzten Ziele der jüdischen Politik gegenüber Deutschland, habe eine riesige Auflage erreicht und müsse sehr ernst genommen werden. Dr. Wolfgang Diewerge, Ministerialrat in Goebbels Propagandaministerium verfaßte eine Broschüre: »Das Kriegsziel der Weltplutokratie. Dokumentarische Veröffentlichung zu dem Buch des Präsidenten der amerikanischen Friedensgesellschaft Theodore Nathan Kaufman.« Den Vornamen Nathan hatten die Nazis dazuerfunden, tatsächlich stand N. in Kaufmans Namen für Newman.

Kaufmans Buch war zwar keine Erfindung der NS-Propaganda, es ist erschienen und hat tatsächlich die Deutschen als ewige Rassisten und Barbaren dargestellt und ihre Sterilisierung gefordert. Wolfgang Benz aber belegt, daß Theodore N. Kaufman nicht etwa ein angesehner Publizist oder Repräsentant einer Organisation war und keineswegs genau in das ideologische Trugbild von den Juden als »Bindeglied zwischen amerikanischer Börse und russischen Bolschewiki« paßte, wie der »Spiegel« behauptet und nur durch Lügen passend gemacht werden konnte. Kaufman war kein »Plutokrat«, sondern schlug sich als Büroangestellter, Theaterkarten-Verkäufer und Werbefachmann durch. In der Umgebung Theodore Roosevelts tauchte er nie auf, die angebliche Verbindung zu ihm war eine Erfindung der NS-Propaganda. Sein Buch *Germany must perish* erschien im Selbstverlag ohne fremde Hilfe, die »Amerikanische Friedensgesellschaft« (»American Federation of Peace«) war sein nirgendwo eingetragener Ein-Mann-Verein. *Germany must perish* fand, anders als es Goebbels darstellen ließ, in Amerika keine Verbreitung. Die »New York Times« disqualifizierte es als »Erscheinen der Streicherhetze« in den USA. Das Nachrichtenmagazin »Time« enthüllte bereits im März 1941, daß Gedanken an Sterilisation Kaufman schon vor 1941 plagten: 1939 war er im Namen seiner »American Federation of Peace« an den US-Kongreß mit der Forderung herangetreten, alle Amerikaner sterilisieren zu lassen, damit ihre Kinder sich nicht zu mörderischen Monstern entwickelten.

Wolfgang Benz legt dar, daß nach dem Ende des Dritten Reichs alte und neue Rechtsextremisten von Paul Rassinier über Adolf Eichmann bis zu Frey die Legende von Theodore Kaufman und den jüdischen Plänen zur Vernichtung des deutschen Volkes immer wieder aufzuwärmen versuchten, um die Judenpolitik der Nazis als Notwehr zu rechtfertigen. Kaufmans Büchlein und die Legende vom jüdischen Plan zur Auslöschung der Deutschen wurden zu Stereotypen antisemitischer Propaganda.

1941, als die Kaufman-Legende durch die NS-Presse ging, war Rudolf Augstein bereits als Autor im »Völkischen Beobachter« und in Goebbels Paradezeitschrift »Das Reich« aufgetreten. In den fünfziger Jahren beschäftigte er den Dr. Paul Carl Schmidt, der die Kaufman-Legende 1941 im Auftrage Ribbentrops in die NS-Medien drückte, als Autor für »anspruchsvolle« Serien, unter anderem 1959 für die Serie über den Reichstagsbrand, mit der der »Spiegel« Van der Lubbe zum Alleintäter und die Nationalsozialisten zu Unbeteiligten der Reichstagsbrandstiftung 1933 machte. Dr. Diewerge, aus dessen Broschüre Augstein 1985 die falschen Angaben zu Kaufman abschrieb, dürfte ihm ebenfalls gut vertraut gewesen sein: Er trainierte in den fünfziger Jahren in der FDP, in der auch Augstein Mitglied war, die rhetorischen Qualitäten der Wahlredner.

An bloß fahrlässige Beihilfe zur Förderung rechtsextremistischen und antisemitischen Gedankenguts, wie Heribert Prantl es in der »Süddeutschen Zeitung« noch annahm, kann man nach alldem nicht mehr glauben. Der Fisch stinkt vom Kopfe.

Hersch Fischler lebt als freier Autor in Düsseldorf

Konkret 07/96, S. 30

Justus Wertmüller

So nicht, Juden!

Jetzt gehen auch die Antiimps in Bürgerpresse und Bundesregierung auf Distanz: Die Israelis haben falsch gewählt und sich den Entzug deutscher Sympathien selbst zuzuschreiben

Schon in jenen Zeiten, in denen mit Palästinensertüchern ausgerüstete Demonstranten massenhaft durch die Städte marschierten, »Solidarität mit den kämpfenden Völkern« bekundeten und »Sieg im Volkskrieg« skandierten, ging es nicht zuerst gegen das Expansions- und Machtstreben, das allen kapitalistischen Staaten eigen ist. Als Gegner firmierte eine Art Weltverschwörung, die mit Dollars, Coca-Cola und Waffen ganze Völker ihrer Freiheit und Würde berauben wollte: der Imperialismus. Freiheit und Würde sind für einen Antiimperialisten nicht Attribute einzelner Individuen, sondern Rechte eines Kollektivs, das auf angestammtem Land lebt, und zwar in der ihm historisch, ethnisch und kulturell angemessenen Form der Unterdrückung, dem Volksstaat.

Wie deutschnational diese vermeintlich internationalistisch-revolutionäre Befreiungsverheißung immer schon war, mußte der »Liga gegen den Imperialismus« und anderen vor 20 Jahren angesichts der entschlossenen Gegnerschaft des BRD-Staates und seiner Öffentlichkeit notwendig entgehen. Heute, da nach erfolgreichen Volksbefreiungen nicht mehr das Bündnis der »Befreiten« mit dem anderen Weltmarkt – dem des Warschauer Paktes – zu befürchten steht, demonstriert zwar kaum jemand mehr für den Antiimperialismus. Sein ideologischer Kern jedoch, die Forderung nach der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, ist spätestens seit dem Sieg des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen Gemeingut und Programm der offiziellen Politik.

Seinem Subcommandante, dem Dalai Lama, wartet beispielsweise Otto Graf Lambsdorff in einer Anzeige in der »Frankfurter Allgemeinen« so auf: »Eure Heiligkeit, ...wir erwarten 261 Gäste aus 53 Ländern, um gemeinsam mit allen Unterstützungsgruppen eine Strategie zur Bewahrung der tibetanischen Kultur, Sprache, Religion und zur Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechtes des tibetischen Volkes zu erarbeiten.«

Konsequenter Antiimperialismus beinhaltet notwendig auch ein Bekenntnis, für die das Palästinenser-Tuch immer schon Symbol war. Weil die Bestimmung eines echten Volkes und seiner berechtigten Ansprüche nicht möglich ist, und die allerorten feilgebotenen nationalen Mythen allein zur Begründung profaner Herrschaftsinteressen dienen, ohne die gesuchten identitätsstiftenden Natureigenschaften zu offenbaren, muß die Bestimmung *ex negativo* erfolgen. Unterschieden wird daher zwischen den weltweit berechtigten Bestrebungen nach Nationalstaaterei und der einzigen Ausnahme, den israelischen Juden und ihrem Staat. Israel firmiert als ein Unternehmen, in dem eine Gruppe sich zum Volk aufwirft, ohne es zu sein, sich Land genommen hat, das ihr nicht gehört, und sich einen Nationalismus leistet, der sich die Unterwerfung, wenn nicht gar Vernichtung einer ganzen Region zum Ziel gesetzt hat. Antizionismus, die Ideologie des berechtigsten aller antikolonialen Volkskriege gegen den perfidesten Unterdrücker, ist seit dem Frühling 1996 nicht mehr allein Sache der Linken, sondern Ausdruck gesamtdeutschen Weltverständnisses.

Ein kostbarer Rechtsstandpunkt

Jedes Sehnen nach nationaler Staatlichkeit leitet aus seinem völkischen Mythos unveräußerliche Rechte auf Besitz und Herrschaft über ein Territorium ab, in dem die eigene, »Volk« genannte Klientel vor allen anderen privilegierte Bürgerrechte genießen solle. Über einen solchen Rechtsstandpunkt räsonierte die »FAZ«: »Die Palästinenser als politische Habenichtse hatten nur eine große Konzession zu machen, die logischerweise am Anfang stehen mußte: die irreversible Preisgabe des bisherigen Rechtsstandpunkts durch die Anerkennung des Staates Israels auf dem größten Teil Palästinas... Geht es nun nicht weiter mit dem Friedensprozeß, könnten sich auch friedenswillige Palästinenser in eine Falle gelockt sehen: Sie hätten das einzige weggegeben, was sie geben konnten, und dafür auf Dauer bloß den Zwischenzustand einer Teilselbständigkeit in Teilgebieten des nichtisraelischen Teils Palästinas erhalten. Die daraus rührende Verzweiflung könnte die Stagnation explosiv machen.«

Was das für ein Rechtsstandpunkt war, dessen Preisgabe aus Friedensfreunden in die Falle gelockte Betrogene machen könnte, denen bei Ausbleiben der erhofften Gegenleistung nur noch explosive Verzweiflung bliebe (die sich bekanntlich mit Vorliebe in den Bussen der Linie 18 in Tel Aviv entlädt), wird in der linksalternativen Wochenzeitung »WOZ« verraten: »Die palästinensische Nationalcharta« von 1968, die auch für das Schweizer Blatt mit den vielen deutschen Autoren und Lesern von einzigartiger Kostbarkeit ist, »ein historisches Dokument, die Verfassung der Bewegung«.

Was darin steht, verschweigt freilich auch sie. Die Ende April vorgenommene Abänderung erscheint ihr als ein Verbrechen am palästinensischen Volk. Immerhin beschreibe die Nationalcharta »die historischen Stationen palästinensischer Politik, so entwickelt sich Nationalbewußtsein«. Israel maße sich an, von den Palästinensern »so etwas wie eine Korrektur ihres Nationalbewußtseins« zu fordern. Damit »dringen (die Israelis) den Menschen unter die Haut, sie wollen kollektive Erinnerung ändern«. Und in der »jungen Welt« darf die linke Israelin Roni Ben-Efrat den palästinensischen

Rechtsstandpunkt verteidigen: »Die Charta war eines der wenigen Dokumente, die eine nationale Antwort auf die Vertreibungsgeschichte der Palästinenser gaben.«

Alle drei haben recht; die Charta ist Rechtsstandpunkt, Verfassung der Bewegung und eine wirklich nationale Antwort zugleich. Sie definiert völkische Einheit auf angestammtem Boden durch kompromißlose Abgrenzung vom Feindvolk. Palästina bilde »mit seinen Grenzen, die zur Zeit des britischen Mandats bestanden, eine geschlossene regionale Einheit« (Artikel 2), in der das palästinensische Volk sein Selbstbestimmungsrecht ausüben werde (Art. 3) und in dem »Juden, die vor Beginn der zionistischen Invasion dauernd in Palästina lebten, als Palästinenser« (Art. 6) gälten. Also allerhand Säuberungsbedarf gegenüber den »Invasoren«, die bekanntlich die große Mehrheit der israelischen Bevölkerung stellen. »Die Befreiung Palästinas ist nationale Pflicht, um die zionistische imperialistische Invasion des großen Arabischen Vaterlandes zurückzuschlagen und um Palästina von der zionistischen Präsenz zu reinigen« (Art. 15). Der Zionismus ist gemäß Artikel 22 »eine politische Bewegung, die organisch mit dem Weltimperialismus verbunden ist... in seiner Entstehung eine rassistische und fanatische Bewegung; aggressiv, expansionistisch und kolonialistisch«.

Von Tel Aviv nach Kana – der antiisraelische Durchmarsch

Nachdem zum Monatswechsel Februar/März sechzig Israelis bei Attentaten der Hamas auf Autobusse in Tel Aviv ermordet worden waren, schien noch alles beim Alten zu sein. Niemand feierte das antisemitische Mord- und Vertreibungszenario der Nationalcharta, stattdessen Empörung in der gesamten deutschen Presse über die Mörder, die damals noch Terroristen hießen, und Mitgefühl für die Opfer. Die Solidarität war allerdings mit einer Ermahnung an Israel gespickt. Die Anschläge dürften »nicht den Friedensprozeß zwischen Israel und den Palästinensern aufhalten« (Außenminister Klaus Kinkel).

Die israelische Libanon-Kampagne im April und vor allem der Beschuß des UN-Stützpunktes Kana, bei dem 104 libanesische Flüchtlinge ums Leben kamen, markierte den Schwenk von immer dringlicheren Mahnungen an die israelische Friedensbereitschaft hin zum blanken Ressentiment. Deutsche Pazifisten, die sich erst dann so richtig wohl zu fühlen scheinen, wenn ihr Reporter am Völkermordschauplatz bis zu den Knöcheln in Blut und Hirnbrei watet, werden von der »Frankfurter Rundschau« so bedient: »... abgerissene Gliedmaßen, verkohlte Körper, ein Kind ohne Kopf, aufgerissene Leiber, Gehirn und Blut, Väter, Mütter, Männer, Frauen in rasender Verzweiflung über den zerfetzten Sohn, die entstellte Tochter, den blutverschmierten Gatten gebeugt, die Schreie der Verletzen. Rufe, die niemand mehr zu beantworten vermag, stumme Liebkosungen toter Körper, Tränen, tote Augen, wirre Augen, Panik, schluchzende Greise; hilflose Helfer...«

Der Leser ist auf dergleichen Obszönitäten längst eingestellt und kommt zwangsläufig zu dem Ergebnis, das ihm vergleichbare Reportagen aus Bosnien und Tschetschenien schon nahegelegt haben: Die Toten von Kana stehen für das in der Region verwurzelte, unschuldige, autochthone Volk, das schutzlos der Vernichtungswut des imperialistischen Aggressors ausgesetzt ist.

Verhaltener, aber nicht weniger verlogen die »Frankfurter Allgemeine«: »Der Libanon ist allein, die Welt verhält sich gleichgültig.« Umso energischer das »Neue Deutschland«, das von jeher kundig und mutig mitzuteilen wußte, was vom jüdischen Staat und seinen Bewohnern zu halten sei: »Mit dem gestrigen Massaker im Libanon hat es (Israel) ganz nach dem Gesetz der Blutrache die Untaten, die die islamischen Terroristen verübten, mit Zins und Zinseszins vergolten.«

Die Wahl

Trotz eindringlicher Verwarnungen aus dem Ausland haben die Juden am Ende Mai falsch gewählt. Im »Spiegel« avanciert die Hamas von der Terrororganisation zur »militanten islamistischen Widerstandsbewegung«, und der Schriftsteller Rafael Seligmann macht dem Blatt den »Experten für israelische Sicherheitspolitik«: Der neue Ministerpräsident sei für den islamischen Terror gegen die Israelis verantwortlich. Seinerzeit sei Netanjahu von Jizchak Schamir aus den USA »heim ins Hebräer-Reich« geholt worden, wo er, von der fanatischen »Vorstellung besessen, den Terror ›ausmerzen‹« zu müssen, diesen überhaupt erst begründet habe. Netanjahu »peitschte die Ängste und Rachegelüste der nationalistischen Israelis immer weiter hoch« und habe seine »Verbündeten« schließlich in Gestalt der Selbstmordattentäter der Hamas gefunden: »Das Terrorismusgespenst, mit dem Netanjahu seine Landsleute seit Jahren schreckte, wird zur furchtbaren Realität.«

Der »Spiegel« wäre nicht das Deutschland-Magazin, das er ist, entdeckte er den wahren Schuldigen am islamistischen Terror nicht in den Juden, und das von Anfang an: »Manche fürchten eine Rückkehr zum zionistischen Revisionismus Wladimir Jabotinskis, der während der britischen Mandatszeit die gewaltsame Erkämpfung des jüdischen Staates predigte.« Was jahrzehntelang als unvermeidlich und berechtigt anerkannt war: daß die Israelis sich ihren Staat erkämpft haben und ihn seither mit Waffen verteidigen, heißt jetzt Revisionismus, ausgekocht vom Irgun-Militanten Jabotinski. Ben Gurions Sozialisten wird vorgehalten, »das Märchen einer jüdisch-arabischen Harmonie« verbreitet »und gleichwohl kompromißlos die Existenz eines jüdischen Staates« erkämpft zu haben. Schlimmer noch der Führer der Juden-Hamas: »Jabotinski dagegen meinte, die Araber würden sich erst dann mit dem Bestehen Israels abfinden, wenn der Judenstaat unangreifbar sei.« Mit einem jüdischen Staat, der ohne seine »Unangreifbarkeit« nicht zu haben wäre, haben sich deutsche

Antizionisten nie abgefunden. Ihr völkisches Denken stößt sich hartnäckig an dem gleichen Urübel wie das der Palästineser: an der »zionistischen Invasion«.

Das offizielle Deutschland hat Israel nie verziehen, daß dessen führende Politiker der BRD nicht nur mit internationaler Unterstützung Wiedergutmachungszahlungen aufgezwungen, sondern sich darüber hinaus eine Neuauflage der besonderen deutschen Außenpolitik im arabischen Raum verbeten haben – und das mit dem Argument, Deutschland möge wegen seiner Vergangenheit gefälligst auf antiisraelische Bündnisse mit arabischen und anderen islamischen Regimes und Bewegungen verzichten.

Längst müssen nicht mehr die Deutschen aus der Geschichte lernen, sondern ihre Opfer: »Mit Benni Begin gibt es noch einige Likud-Politiker, die lieber jeden Kontakt mit Deutschland meiden und so nicht aus der Geschichte lernen, sondern sie zur ideologischen Selbstbehauptung nutzen wollen. Sollte Netanjahu im deutsch-israelischen Verhältnis in jene Zeit zurückfallen, wo es Israel nur darum ging, der Deutschen schlechtes Gewissen auszunutzen, um daraus Geld zu prägen?« fragte von rechts die »Frankfurter Allgemeine«, und von links signalisierte der Vorstand der PDS, daß sich der deutsche Antiimperialismus bei seiner Abrechnung mit Israel und Neupositionierung auf Seiten des islamischen Lagers der vollen Unterstützung der Partei des demokratischen Sozialismus gewiß sein darf: »Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich den israelischen Staatsterrorismus eindeutig zu verurteilen. Durch ihr Nichtstun läßt sie eine wichtige Möglichkeit ungenutzt, Israel zur Achtung des Völkerrechts zu bewegen.« Frieden schaffen mit deutschen Waffen, heute in Bosnien (noch ohne die PDS), morgen schon auf dem Golan.

Justus Wertmüller schrieb in KONKRET 5/96 über die deutsche Liebe zum Islam

Konkret 07/96, S. 32

Gaby Hommel

»Schädlinge, Lohndrücker«

Sie arbeiten für einen Hungerlohn, sind der Willkür von Chefs und dem Rassismus ihrer Kollegen ausgesetzt: Ausländische Vertragsarbeiter, Asylsuchende und illegalisierte Flüchtlinge

Mehmet ist 24 Jahre alt und hat seine Eltern seit sechs Jahren nicht gesehen. In Deutschland besitzt er eine»Ersatzfamilie«. Sie stammt aus Sizilien und betreibt in Dortmund eine Schnell-Pizzeria. Hier ist der junge Kurde, der als anerkannter Asylbewerber eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis besitzt, für offiziell 40 Stunden in der Woche und brutto 1800 Mark im Monat angestellt. Tatsächlich arbeitet er sechs Tage in der Woche, zwölf Stunden am Tag, und wenn viel zu tun ist auch länger.

Mehmet hat Glück. Denn anders als sein Freund Hassan, der zu ähnlichen Konditionen in der Döner-Bude nebenan beschäftigt ist, erhält er regelmäßig zum vertraglichen Gehalt ein paar Hunderter bar auf die Hand. Und sein väterlicher Chef droht auch nicht sofort mit Kündigung, wenn er mal die Bestellungen verwechselt oder es gar wagt, krank zu werden.

Von solchen Bedingungen können die indischen Asylbewerber Nihal und Taraschönkur nur träumen. Für durchnittlich sechs bis sieben Mark in der Stunde putzen, spülen und kochen sie in einem Tübinger Restaurant. Ihre Arbeitszeit beginnt um 10 Uhr morgens und endet gegen Mitternacht. Geschlafen wird praktischerweise in einer vom Lokalinhaber bereit gehaltenen Kammer. Geregelte Pausen und freie Tage sind nicht vorgesehen. Fehl- und Krankheitszeiten gehen vom Lohn ab. Einen Arbeitsvertrag besitzen die beiden nicht; und obwohl mit Steuerkarte eingestellt, erfolgte ihre Anmeldung bei der Krankenkasse erst, nachdem Nihal mit seinem Finger in eine Küchenmaschine geraten war. 150 Mark Lohnabzug brachte dem ehemaligen Studenten der Landwirtschaft sein Arbeitsunfall und die Aufforderung zu gehen, wenn ihm etwas nicht passe. Getan hat er es bis heute nicht. Denn die härteste Maloche für den geringsten Lohn ist ihm immer noch lieber, als im Sammellager oder Containerdorf die Wände anzustarren, vom Fertigfraß und Taschengeld des Sozialamtes zu leben und jedes Bekleidungsstück beim DRK erbetteln müssen.

Viele Flüchtlinge denken genauso und verdingen sich vor allem in der Gastronomie, Land- und Hauswirtschaft, in Putzkolonnen und auf dem Bau für jede Drecksarbeit und zu jedem Preis. »On papers«, d.h. mit Sozialversicherung und zumindest theoretisch einigen Rechten versehen, gelingt dies den wenigsten. Denn an die Stelle des 1991 aufgehobenen generellen Arbeitsverbotes für Flüchtlinge ist ein Dschungel rassistischer Sondernormen getreten, der es Asylbewerbern und -bewerberinnen, Kriegs- und De-facto-Flüchtlingen praktisch unmöglich macht, eine legale Beschäftigung zu finden.

Dusco und Mirko, Roma aus Ex-Jugoslawien, können ein Lied davon singen. Seit sieben Jahren leben sie mit ihren Familien in einem Flüchtlingsheim. In ihren Duldungsbescheiden, die nach Gutdünken der Ausländerbehörde mal auf drei, mal auf sechs Monate befristetet werden, tragen sie den Stempel »abhängige Erwerbsstätigkeit gestattet«. Damit ist es ihnen gelungen, beim Arbeitsamt eine »allgemeine Arbeitserlaubnis« zu erhalten. Mit dieser sind sie monatelang von einem Betrieb zum nächsten gelaufen und haben die Erfahrung gemacht, daß die Bescheinigung im Grunde nutzlos ist. Weil sie an den unsicheren Aufenthaltstitel gebunden ist, setzt sie den Unternehmer dem Risiko aus, seine neuen Kräfte binnen kürzester Zeit wieder zu verlieren. »Auch ein netter Chef will das nicht«, sagt Mirko.

Trotzdem fanden er und sein Vetter schließlich einen kleinen Betrieb, der sie einstellen wollte. Allerdings kannte der Meister den sogenannten »Blüm-Erlaß« nicht, der die Arbeitsämter seit März 1993 verpflichtet, eine freie Stelle zunächst an Deutsche, dann an EG-BürgerInnen und erst, wenn sich nach mindestens sechs Wochen keine entsprechende Person gefunden hat, an einen Flüchtling zu vermitteln. Im Falle der beiden Roma bedeutete dies, daß sie mit dem endlich erlangten Einstellungsversprechen eines Arbeitsgebers zum Arbeitsamt zurückliefen, wo ihnen die Genehmigung zum Arbeitsantritt prompt verweigert wurde. Sie sollten im nächsten Monat noch einmal wiederkommen, hieß es. Solange konnte oder wollte die Firma allerdings nicht warten. Heute verschiebt Dusco Autos nach Osteuropas; Mirko arbeitet schwarz auf Baustellen.

Das tut auch Andrzej aus Polen, der Jahr für Jahr mit einem Touristenvisum einreist und jedesmal so lange bleibt, bis er bei seiner unerlaubten Maloche erwischt wird. Oft geschieht dies bei sogenannten »Außenprüfungen« der Arbeitsämter, die der Bekämpfung illegaler Beschäftigung nicht nur von AusländerInnen dienen und deren Zahl sich zwischen 1988 und 1994 verdoppelt hat. Mitunter gerät er aber auch in eine der groß angelegten Razzien, die seit Beginn der neunziger Jahre von 29 »Stützpunktarbeitsämtern« in Zusammenarbeit mit dem Zoll und der Ausländerpolizei organisiert werden.

Diesen Kontrollen, bei denen in Windeseile eine gesamte Großbaustelle abgeriegelt wird, ist schwer zu entgehen. Zumal die deutschen Arbeiter in aller Regel keinen Finger rühren, wenn ihre ausländischen Kollegen aus den Verstecken gezerrt und – mit Plastikarmbändern gekennzeichnet – zum Abtransport aussortiert werden. Andrzej hat es das letzte Mal auf einer Baustelle in Neuss erwischt, von wo er auf direktem Wege in den Abschiebeknast nach Düsseldorf geschafft wurde. Das Geld, das er in der Tasche hatte, ist ihm weggenommen worden. Angeblich wird es zur Deckung für die Abschiebekosten

und den Knastaufenthalt benutzt. Auch seinen noch ausstehenden Lohn von rund 2.000 Mark kann der Pole vergessen. Der Unternehmer, der das übliche Bußgeld von rund 1.500 Mark für die Beschäftigung von »Schwarzarbeitern« zahlen mußte, hat 500 Mark gespart.

Taylan sitzt ebenfalls im Abschiebeknast. Im Unterschied zu seinen osteuropäischen Mitgefangenen jedoch, die in der Regel froh sind, wenn sie nach wenigen Tagen ins Flugzeug nach Hause gesetzt werden, setzt er alle Hebel in Bewegung, die drohende Abschiebung in die Türkei zu verhindern. Obwohl die deutschen Behörden und Gerichte es nicht wahrhaben wollen, drohen ihm dort Gefängnis und Folter, vielleicht sogar der Tod. Er hat, nachdem sein erster Asylantrag abgelehnt wurde, einen zweiten gestellt. Dessen Ergebnis sollte der Kurde in einem Flüchtlingslager fernab von jener Stadt abwarten, in der er bislang gelebt und seine Freunde hatte.

Zur Untätigkeit verdammt, mit Gutscheinen und ein paar Mark Almosen vom Sozialamt abgespeist sowie den wahrscheinlich negativen Ausgang seines Verfahrens vor Augen, beschloß Taylan, sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und sich fortan als sogenannter »Illegaler« durchzuschlagen. Als Koch arbeitete er in verschiedenen Restaurants, schlief bei Bekannten und entwickelte sehr bald den Blick dafür, welche Situationen ihm gefährlich werden könnten. Das scheinbar harmlose Pärchen etwa, das einen Abends zum Essen in die Kneipe kam, in der er damals jobbte, erkannte er sogleich als Fahnder vom Arbeitsamt. Der Razzia am Folgetag konnte er deshalb entkommen, nicht aber der Ausweiskontrolle am Bahnhof einige Wochen später.

»Iren und Russen stampfen das neue Berlin aus dem Boden«, und »30.000 deutsche Bauarbeiter arbeitslos« überschrieb die »Westdeutsche Allgemeine« am 7. Juni diesen Jahres einen Bericht, in dem für die notfalls gesetzliche Durchsetzung des Mindestlohnabkommens geworben wird. Wachsende »Emotionen« gegenüber ausländischen Billigarbeitern könnten ansonsten nicht mehr gebremst, der »soziale Frieden« nicht mehr gesichert werden, heißt es zur Begründung der Forderung, mit der Dumpingtarife in Zukunft auch für inländische Beschäftigte durchgesetzt werden sollen. Gleichzeitig erfahren die interessierten Leser, daß »in der Berliner Mitte immer mehr Pubs für die englischsprachigen Bauabeiter« eröffnet werden. Und es wird ihnen Georg H. vorgestellt, der »angesichts des Gezerres« um Rassismus auf dem Bau nur noch müde abwinkt, da ihm, dem arbeitslosen Eisenflechter aus Marienheide, bei der Jobsuche immer bloß gesagt wird: »Tut uns leid. Sie sind Deutscher und leider zu teuer.«

Der Artikel ist typisch. Denn egal ob sie legal oder illegal beschäftigt sind, politische, Wirtschafts- oder Kriegsflüchtlinge, ArbeitsmigrantInnen, Saison- oder Vertragsarbeiter: Ausländer gelten als »Lohndrücker« und »Schädlinge der Solidargemeinschaft«, als Gefahr für die vermeintlich eigenen Interessen und gesellschaftliches Grundübel, das nicht nur in den Augen der Baugewerkschaften und ihrer Mitglieder gemeinsam bekämpft gehört. Wie in der deutschen Geschichte und in anderen brandaktuellen Fällen üblich, werden Opfer zu Tätern gemacht, sie sind schuld, nicht die in Mark und Pfennig rechnenden deutschen Großbetriebe, nicht die windigen Subunternehmer, nicht der Kneipenwirt, nicht die bornierte Klientelpolitik der Gewerkschaften und schon gar nicht die Förderung, die Staat und Politik der Flucht und der Ausbeutung, der Arbeitslosigkeit und dem Rassismus zuteil werden lassen.

Namen und persönliche Angaben von Personen wurden geändert. Literaturhinweise: »Rechtlos auf Arbeit – Interviews und Hintergründe«, Broschüre des ZAK, Belthestr. 40, 72070 Tübingen, Tel.: 07072/80298 und »Off Limits«, Antirassistische Zeitung Nr. 11, zu beziehen über Werkstatt 3 e.V., Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040/392191

Gaby Hommel schrieb in KONKRET 3/96 über den Lübecker Brandanschlag

Konkret 07/96, S. 34

Zu Protokoll

»Nach rechts auf jeden Fall« – ein Beitrag des NDR-Fernsehmagazins Panorama (von Ulrich Rosenbaum und Volker Steinhoff) zeigt, wie der Kampf um den »Standort Deutschland« nicht nur in deutschen Proleten, sondern auch in ihren Gewerkschaften den Rassismus wachruft

Moderator: Bisher ging es auf den Baustellen hierzulande erstaunlich friedlich zu. Obwohl tagtäglich Dutzende von deutschen Bauarbeitern entlassen und durch Polen, Portugiesen und Engländer ersetzt werden. Ruhe vor dem Sturm? Es könnte sein. Denn seit Anfang der Woche ist klar, daß das vom Bundestag bereits verabschiedete Entsendegesetz zur Garantie von Mindestlöhnen in der Bauwirtschaft scheitern wird. Die Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat nämlich bereits offiziell angekündigt, den tariflich vereinbarten Mindestlohn am Bau im Tarifausschuß beim Bundesarbeitsministerium abzulehnen. Dieses Nein trifft Bauindustrie und Bauarbeiter ins Mark. Eine neue Pleitewelle droht ebenso wie die Entlassung von weiteren hunderttausend deutschen Bauarbeitern zugunsten der ausländischen Billigkonkurrenz. Ein neuer Treibsatz für Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus auf dem Bau und in der Baugewerkschaft.

Sprecher: Sklaven des Billiglohns – so sehen sich die Bauarbeiter. Gestern in Essen Auftakt zu einer Protestserie in den nächsten Tagen. Dreihunderttausend Bauarbeiter sind schon arbeitslos, mindestens ebensoviele Ausländer arbeiten inzwischen auf deutschen Baustellen. Wohin die Tendenz auf den Baustellen geht, ist klar.

Demonstrierender Bauarbeiter: »Jetzt würde ich sagen, daß sie nach rechts geht auf jeden Fall. Und es wird mit Sicherheit nicht bei den Sprüchen bleiben. Ich geh mal davon aus, es könnte zum offenen Kampf werden.«

Hamburg – »die Billiglohnarbeiter aus Polen haben uns den Arbeitsplatz gestohlen« (steht auf einem Plakat, das gezeigtwird). Noch keine offene Ausländerfeindlichkeit, aber erste Anzeichen. Stader Betriebsräteversammlung. Lagebericht über einen Toilettenstreit. Deutsche finden die Polen zu dreckig.

Dieter Lobert von der IG Bau, Stade: »Das hat man geklärt, indem man für beide Gruppen einen einzelnen Wasch- und Sanitärcontainer hingestellt hatte. Danach war überhaupt kein Problem mehr.«

Frage: »Was stand auf den Türen?«

Lobert: »Nicht für Polen.«

Wie es auf den sauberen deutschen Toiletten aussieht, zeigt ein Blick hinter eine Leipziger Baustelle. Sprüche, die noch nicht offen fallen: »Ist der letzte Jugo tot – gibts keine Not«. An den Parolen gemessen ist es eigentlich noch erstaunlich ruhig auf den Baustellen. Gewalt gegen Ausländer ist bisher die Ausnahme. Etwa in Berlin.

Interview auf einer Baustelle: »Es waren auf der Baustelle ungefähr hundert Leute am Arbeiten, davon waren ungefähr zehn Deutsche und denn ging das wirklich derart zuwege, daß die sich mit Zaunlatten da schon bekriegt haben.«

Hans Schmid/IG Bau Hamburg: »Wir stehen an der Grenze, wo viele darüber nachdenken, ob man nicht mit radikaleren Mitteln gegen die illegalen Arbeitnehmer auf den Baustellen vorgeht.«

Frage: »Also mit welchen?«

Schmid: »Na ja, es gibt da so Bausprüche, die dann so sagen: Wasserwaage oder Dachlatte.«

Wie stark der Trend nach rechts ist, haben die letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg gezeigt. Während von der durchschnittlichen Bevölkerung nur 9 Prozent Republikaner wählten, waren es bei den Bauarbeitern 18 Prozent.

Ursula Feist vom Demoskopie-Institut infas: »Bauarbeiter haben doppelt soviel Republikaner gewählt im Vergleich zum Wählerquerschnitt, aber nicht nur das, sie stehen an der Spitze im Vergleich zu allen anderen Berufsgruppen.«

Klaus Wiesehügel, Bundesvorstand IG Bau: »Also ich glaube nicht, daß nun unsere Kollegen jetzt republikanisch wählen, und die Anbiederei wollen wir auch nicht haben und sagen uns ganz klar auch davon los.«

Der Gewerkschaftsboß irrt. Während von den Bauarbeitern schon 18 Prozent rechts wählten, waren es bei den Gewerkschaftlern sogar 19,2 Prozent. Ähnlich dasVerhältnis bei den Wahlen in Rheinland-Pfalz.

Ursula Feist, infas: »Man sollte ja glauben, daß Gewerkschaftsmitgliedschaft immunisiert gegen rechts, aber das ist ganz und gar nicht der Fall. Wir haben festgestellt, daß Bauarbeiter, die in der Gewerkschaft sind, sogar noch etwas stärker Republikaner gewählt haben.«

Wie kommt das? Bayreuth, Demonstration der IG-Bau. Als Ausländer verkleidet tragen die Gewerkschafter die deutschen Arbeitsplätze zu Grabe. Hamburg, Millerntor, hier arbeiten fast nur Ausländer. Die IG-Bau organisiert die Einkesselung der Baustelle.

Ein Gewerkschafter mit Megaphon: »Kollegen, ich bitte Euch, schließt die Kette um die Baustelle, daß die Baustelle abgeriegelt ist.«

Menschenketten um Ausländer – das ist nicht alles. Die Gewerkschafter organisieren bundesweit das Ausheben illegaler Arbeiter, und das sind meistens Ausländer.

Hans Schmid: »Meine Sekretäre gehen über die Baustellen. Die fragen die Betriebsräte. Und dort wird ja sehr schnell erkannt, ob ausländische Arbeitnehmer auf der Baustelle sind. Dann setzen wir uns mit den Zollbehörden in Verbindung, und die werden dann ‘ne Razzia machen. Und so läuft das jeden Tag eigentlich ab. Also wir sind da miteinander gut verzahnt. Es funktioniert hervorragend. Wenn wir sie anrufen, dann gehen sie dann auch dort zum Revidieren und wissen dann auch, die Tips, die sie von uns kriegen, die sind dann hundertprozentig.«

Ein erfolgreicher Tip: die Rheumaklinik in Bad Bramstedt. Letztes Jahr arbeiteten hier noch Polen – dann die Razzia, Gewerkschaft und Zoll Hand in Hand.

Otto Sierck, Polier: »Dann bin ich mit dem Mann vom Zollamt durchs Gebäude gegangen und hab ihm die Leute gezeigt, die wir vermuten, daß das eben Illegale oder Schwarzarbeiter sind.«

Die Polen wollten weglaufen. Der Zoll war nur mit fünf Mitarbeitern vor Ort.

Sierck: »Der Kellergang war ziemlich eng, und denn haben sich eben einige Leute da mit vorgestellt, daß die eben zwischen uns und dem Zoll...«

Frage: »Das heißt, Sie haben dem Zoll geholfen, die einzufangen?«

Sierck: »So isses.«

Gewerkschaft gegen polnische Arbeiter.

Hans-Peter Meister, polnischer Sozialrat: »Das kann doch nicht sein, daß die Gewerkschaften hier zur Selbstjustiz und zur Denunziation aufrufen. Ich denke, die Gewerkschaften müssen begreifen, daß sie die Leute organisieren müssen, sich mit ihnen beschäftigen und ihnen helfen müssen.«

Schmid: »Wir sind auf keinen Fall Menschenjäger, sondern wir wollen Ordnung auf unseren Baustellen haben. Wir sind keine Verfolgungsbehörde, wir sind auch keine Hilfssheriffs der Stadtverwaltung. Aber dort, wo augenscheinlich ist, daß dort illegale Beschäftigung stattfindet, und auch durch die Tips unserer eigenen Mitglieder werden wir natürlich tätig.«

15. März vor dem roten Rathaus in Berlin. Wieder eine Aktion der IG Bau. Geschäftsführer Klaus Schröder verteilt einen offenen Brief. Sein Thema: Illegale Beschäftigung, Auslandsarbeiter. Schröder spricht von Parasiten. Seine Forderung: Die Polizei müßte auf dieses »Krebsgeschwür angesetzt werden, damit unsere Baustellen wieder sauber werden«.

Meister: »Das ist eindeutig eine Sprache, wie sie im Dritten Reich verwendet worden ist. Das ist unglaublich. Solche Leute haben an sich in einer öffentlichen Stellung nichts verloren.«

Nachdem der Brief auf der Kundgebung verteilt worden war, ging die Berliner IG-Bau erst einmal auf Tauchstation. Schließlich, vier Wochen später, machte die »Taz« den Vorfall öffentlich.

Klaus Pankau, IG Bau Berlin: »Ich habe daraufhin sofort reagiert. Ebenso wie der Bundesvorstand hat der Landesvorstand reagiert, und für uns sind die Dinge dann mit dem Rücktritt des Kollegen Klaus Schröder sozusagen geregelt.«

Zur Kundgebung gestern in Essen kamen nur noch ein paar hundert Bauarbeiter. Die Mitgliedszahl der Gewerkschaft geht zurück. Beim Kampf um einen Mindestlohn und damit gegen ausländische Billiglohnarbeiter hat sie wenig Aussicht auf Erfolg. Einer ihrer letzten Trümpfe: Warnung vor Militanz.

Schmid: »Die Arbeitnehmer werden mit großem Zorn reagieren. Es ist dann nicht mehr ausgeschlossen, daß auf den Baustellen es wirklich zu schweren Auseinandersetzngen kommt. Ich habe mal formuliert, es könnten bürgerkriegsähnliche Zustände auf einigen Baustellen entstehen.«

Meister: »Ja, die Gewerkschaften sind offensichtlich in einer schwachen Position. Sie können gegenüber den Arbeitgebern offensichtlich nicht durchsetzen, daß der Mindestlohn auf den Baustellen nun akzeptiert wird, und versuchen anscheinend nun auf die Politik und die Arbeitgeber Druck auszuüben, indem sie wie gesagt eine Pogromstimmung herbeireden.«

Henry Köster, IG Bau Essen: »Wir wandern auf dem Grat der Ausländerfeindlichkeit. Wir müssen aufpassen, welche Aussagen wir öffentlich machen und welche Aussagen man überhaupt als IG-Bau nach außen dringen läßt. Weil es gibt intern natürlich auch auf den Baustellen Stimmungen, die sehr schnell umschlagen können.«

»Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer.« Neonazi-Parolen in Berlin-Marzahn am 1. Mai. Bisher haben die Rechten das Thema weitgehend verschlafen. Abgesehen von vereinzelten Publikationen. Etwa die »Westdeutsche Volkszeitung« von letzter Woche oder von den Republikanern ein Strategiepapier zur Rettung der deutschen Baustellen.

Ernst Uhrlau, Chef des Landesamts für Verfassungsschutz, Hamburg: »Ich bin leider sicher, daß Rechtsextremisten in den nächsten zwei bis drei Jahren die Auswirkungen von Maastricht und der Globalisierung der Weltwirtschaft für sich thematisieren und zuspitzen wollen mit der sehr platten Forderung: Arbeitsplätze und Wohnungen für Deutsche zunächst und dann erst die anderen.«

Konkret 07/96, S. 36

Georg Fülberth

Der Illusionist

Nach Eric Hobsbawms »Zeitalter der Extreme« (KONKRET 12/1995) liegt nunmehr ein zweites Buch vor, das den Anspruch erhebt, eine Bilanz des Zwanzigsten Jahrhunderts zu ziehen: »Das Ende der Illusion« von Francois Furet

1. Des Kaisers neue Kleider

Wer beide Texte vergleichen will, wird nicht Gesinnungen messen, sondern erst einmal aufs Handwerkliche sehen. Zum Beispiel könnte man sich auf die Grammatik verständigen, die bekanntlich verschiedene Zeiten kennt: Präsens, Futur, Perfekt, Imperfekt, Plusquamperfekt. Der Historiker wird besonders die Vergangenheitsformen nutzen und sich dadurch die Ausdrucksmöglichkeiten sichern, die deren Variation bereithält.

Dies läßt sich denn auch bei Hobsbawm beobachten, zumal dieser noch den Kunstgriff vornimmt, auch über die Gegenwart in Perfekt und Imperfekt zu schreiben. Von solchen Versuchen, Abstand zu halten, hält Furet nichts. Sein Ausgangs-Tempus auf über 700 Seiten ist das Präsens, ganz egal, wann das behandelte Ereignis stattfand. Das Opus drängt sich dem Publikum mit gehetztem, heißem Atem auf. Thema ist nicht die Geschichte, sondern ausschließlich das Urteil des Autors.

Die Unterschiedslosigkeit in der Wahrnehmung zeigt sich zweitens darin, daß Furet jede Gliederung seines Stoffs in voneinander absetzbare Perioden vermissen läßt. Bei Hobsbawm folgt auf ein »Zeitalter der Katastrophen« das »Golden Age«, und danach kommen die Jahrzehnte des »Erdrutschs«. Das ist vielleicht nicht der Weisheit letzter Schluß, es mögen andere Einteilungen denkbar sein. Bei Furet aber gibt es gar keine. Er behilft sich mit abgespulter Chronologie. Sein Gegenstand – »Der Kommunismus im 20. Jahrhundert« – zieht sich ihm in einer Momentaufnahme zusammen, wobei der Augenblick allerdings auf knapp vierzig Jahre (1917-1956) erstreckt wird. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU ist der Rest nur noch einen Epilog wert.

Sogar in den historischen Seminaren einiger Universitäten hat sich herumgesprochen, daß, wer Geschichte analysiert, zumindest wissen sollte, daß es verschiedene Ebenen gibt: Ökonomie, Gesellschaft, Politik, Kultur. Furet interessiert sich nur für Ideologie, und zwar für eine einzige: die Vorstellungen, welche sich Intellektuelle vom Kommunismus machten. Daß Fakten und ihre Kausalität dem Autor egal sind, ist kein Kunstfehler, sondern sein Programm, an das er immer wieder ausdrücklich erinnert. Eine dieser für Furet typischen Zwischenbemerkungen liest sich so: »Die Geschichte der Anfänge des Kalten Krieges lasse ich bewußt beiseite, um dessen Auswirkungen auf die kommunistische Idee, die sich die UdSSR mehr denn je auf die Fahnen geschrieben hat, den Vorrang zu lassen.«

Bleibt man aber dabei, daß auch Reales zu beachten ist, und wendet man diesen Grundsatz auf das Zwanzigste Jahrhundert an, kommt man nicht darum herum, noch weiter zu diversifizieren. Keineswegs ist alles mit allem identisch, sondern es findet sich doch sehr Verschiedenes: die innere Dynamik des Kapitalismus, die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaften, der Konflikt beider Systeme sowie dessen Rückwirkung auf jedes von ihnen, die nachkolonialen Gesellschaften einerseits für sich, anderseits in ihrer Stellung zwischen Ost und West und in ihrer Abhängigkeit von den Zentren. Das ist viel Arbeit, und wer sie sich sparen will, wird sich gern mit der kritischen Nacherzählung von Ideologischem bescheiden.

Na und?, werden einige fragen. Geistesgeschichte hat ebenfalls ihren Platz in der Wissenschaft, und saubere Philologie ist allemal genauer als Allgemeine Soziologie und manches, was sich als Empirie ausgibt, aber auf falschen oder gar nicht erst reflektierten Annahmen beruht.

Schon recht. Aber auch Ideologie-Forschung bemüht sich um solide Techniken, auf die man allenfalls dann verzichten kann, wenn, wie bei Furet, nur ein stürmischer »Essay« abgeliefert werden soll. Sonst allerdings wäre nach Personen, Richtungen, Ländern und Zeiten zu sortieren. Kommunistische Intellektuelle in China sehen nicht nur anders aus als – zum Beispiel – in Frankreich. Und allezeit wird man im Gedächtnis behalten, daß man sich Selbstbeschränkung auferlegt, wenn man nur über Gedanken und Vorstellungen schreibt, also bestenfalls über eine Etage der Realität. Dies gilt umso mehr, als die kommunistische Bewegung des Zwanzigsten Jahrhunderts gerade dort, wo sie stark war, nicht mehrheitlich von Intellektuellen getragen wurde.

Furet interessiert das nicht. Er geht ohne langes Überlegen davon aus, daß seine Wahrnehmung der kommunistischen Ideologie identisch mit der Erkenntnis der sozialen und politischen Wirklichkeit ist, und daß damit nicht nur über Personen und Organisationen etwas ausgesagt ist, sondern über das Jahrhundert und die ganze Welt.

Wir haben es also mit einer Mogelpackung zu tun, und zwar mit einer hochgelobten und erfolgreichen. In Frankreich sind bereits hunderttausend Exemplare verkauft, und in der BRD macht Piper mit großem Effekt Reklame. »Der Autor wird Anfang März zu Vorträgen und Presseterminen nach Deutschland kommen« – diese zarte Lockung wurde schon lange vor Erscheinen des Buches herumgeschickt, und noch ehe es auf irgendeinem Verkaufstisch lag, konnten zusammen mit den

Druckfahnen den Rezensenten Zitate zur Handreichung übermittelt werden, darunter Augsteins Urteil, Furet sei »einer der blendendsten Geister der französischen Geschichtsschreibung«. Blendend, blendendst... Der Lärm, mit dem Schirrmacher in der »Frankfurter Allgemeinen« das Buch als endgültige Erledigung der linken Intelligenz feierte, verstärkt den Eindruck des Zirkushaften, der dem Unternehmen anhaftet.

Es wird wohl einige Zeit dauern, bis ein Kind ausplaudert, daß der Kaiser keine Kleider anhat. Einige vorsichtige Rezensenten – Wehler in der »Zeit«, Gregor Schöllgen in der »Süddeutschen Zeitung« – haben immerhin neben der Lieferung des opportunen Enthusiasmus insofern Vorsicht walten lassen, als sie ein paar stichhaltige sachliche Einwände deponierten, vielleicht für später.

Mag Furets Buch literarisch und intellektuell bedeutungslos sein, so ist es doch ein Ausdruck von gegenwärtiger Macht. Folgen wir also dem Geist der Zeit, nehmen wir es ernst.

2. Nette Bürger und schlauer Stalin

Furet hat seine Argumentation an einem gespielten Staunen aufgehängt, das in der Literaturgeschichte als gängiger Kniff bekannt ist. Ausdruck dieser Verblüffung ist eine Frage von der Art, wie sie der hessische Mundartdichter Friedrich Stoltze vor ca. 130 Jahren stellte: »Es will mer net in de Kopp enei, wie kann nur ein Mensch net von Frankfort sei.«

Auch Furet gibt sich fassungslos, allerdings über eine andere Anomalie. Ihn wundert, weshalb bürgerliche Intellektuelle im Zwanzigsten Jahrhundert Kommunisten werden konnten. Ein bißchen betrifft ihn das auch persönlich, denn er war zwischen 1949 und 1957 Mitglied der französischen KP.

Das von ihm nunmehr beanstandete Verhalten von Intellektuellen erklärt er daraus, daß diese eben Bürger sind, also einer Menschengruppe angehören, welche von der Ungleichheit lebt, sich aber auf die Egalität beruft und in ihren etwas nervöseren Vertretern deshalb immer wieder schlechtes Gewissen produziert. Abhilfe hätten sie in der Geschichte gesucht. Indem die bürgerliche Gesellschaft als in einem Prozeß befindlich gesehen wird, an dessen Ende sie sich revolutionär aufhebt, wird ihre bisherige Entwicklung einerseits gerechtfertigt – als notwendiger Durchgang – , andererseits im Vorwärtsschreiten liquidiert. Die Söhne und Töchter aus gutem Haus, die das begriffen zu haben meinen, wechseln die Seite.

Dieser Glaube an das antibürgerliche Walten der Geschichte finde sich jedoch nicht nur auf der Linken, sondern auch im revolutionären Anspruch des Faschismus, der die bürgerliche Gesellschaft nicht in der Diktatur des Proletariats, sondern in der Herrschaft des Führers, der Herrenmenschen-Nation und einer Rasse habe beseitigen wollen.

So kommen aus gleicher Wurzel die beiden Extreme, welche die Demokratie bedrohen: Totalitarismus. Sie brauchen einander: Hitler rechtfertigte seine Politik durch die Gefahr der bolschewistischen Verschwörung. Stalin habe sich als der konsequenteste Antifaschist angeboten und sich als der Schlauere von beiden erwiesen. Als er 1936-1938 praktisch die eigene Partei vernichtete, habe er seine intellektuellen Anhänger im Westen, deren kommunistischer Glaube dadurch hätte zerstört werden müssen, gegen Hitler auf seiner Seite halten können. Derselben Nötigung seien auch die bürgerlichen Regierungen erlegen, insbesondere nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion. Furet unterstellt ein verdecktes Zusammenspiel der Diktatoren, bei dem letztlich der Teufel mit dem längeren Löffel gewonnen habe: Stalin. Die Parole des Antifaschismus habe ihm ebenso die Gefolgschaft erhalten wie später noch seinen Nachfolgern die Verabscheuung des Antikommunismus, der »Haß auf die Vereinigten Staaten« und »auf das Kapital«. Schließlich aber kam es »zu jenem allerletzten Moment, da die Geschichte schlicht und einfach durch ihren Stillstand das Verschwinden jener Idee« – des Kommunismus – »nach sich zog«.

3. Ein sanftes Ruhekissen

Das Erstaunlichste an Furets Buch ist sein Umfang angesichts der Tatsache, daß es keinen einzigen neuen Gedanken enthält. Die These von der politischen Unschuld der Bourgeoisie findet sich schon bei Schumpeter, die Ablehnung eines historischen Determinismus bei Popper, und das Ende der Geschichte propagierte in den achtziger Jahren der stellvertretende Chef des Planungsstabs im State Department, Fukuyama.

Eine Widerlegung ist einerseits leicht, andererseits unmöglich. Unschwer könnte – und zwar zum x-ten Mal – nachgewiesen werden, daß Faschismus und kommunistische Bewegung völlig verschiedenartige gesellschaftliche Voraussetzungen und einander ausschließende Ziele hatten. Ein solcher Nachhilfe-Unterricht wäre für die Katz, wollte man damit Furet überzeugen. Dieser akzeptiert nämlich keine materialistische, an der Realhistorie orientierte Argumentation, sondern nur eine idealistische. Auch darin ist er lediglich ein Nachahmer. Schon Francis Fukuyama sah in der Niederlage des Sozialismus zugleich den Sieg des Idealismus über den Materialismus. Geschichte mit einer nichtkapitalistischen Perspektive gibt es bei Furet nur in der Einbildung von Doktrinären. Sie gewann eine scheinbare Evidenz durch deren Versuch, das Vorgestellte mit Gewalt zu verwirklichen. Jede materielle Realität, die man ihm entgegenhalten wollte – etwa

tatsächliche Interessengegensätze, und gar zwischen Klassen – wird er sofort von einer Ursache in eine Folge umdeuten. Eine solche Theorie hätte Vater Popper wohl als »selbstimmunisierend« mißbilligt, was Furet jedoch auch nicht weiter juckt.

Es handelt sich nämlich vor allem um einen Gebrauchstext. Er findet sein Publikum nicht nur bei Leuten, die ein Buch verschenken müssen, und bei politischen Konfirmand(inn)en, welche in die Heils- und Unheilsgeschichte eingeführt werden, sondern auch bei der einst linken Intelligenz. Völlig zu Recht liest sie darin das Angebot, sich in der alternativlos gewordenen bürgerlichen Gesellschaft jetzt ohne schlechtes Gewissen einzurichten. Allerdings hat sie diese Avance schon angenommen, bevor sie gemacht wurde.

4. Noltes Vertreibung

Aufmerksamkeit erregte eine lange Fußnote auf den Seiten 648-651. Dort distanziert sich Furet von Ernst Noltes Versuch, Hitlers Judenmord als eine Verteidigungsmaßnahme der Zivilisation gegen den Bolschewismus zu verstehen. In einem französischen Journal gerieten die Herren aneinander. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland« berichtete darüber. Sie lieferte damit nicht nur eine interessante Information, sondern wurde auch eigenen Interessen gerecht: Wieder einmal ergreift sie gegen Nolte, der jahrzehntelang einer ihrer Lieblingsautoren gewesen ist, Partei.

Solange die Linke als eine Gefahr galt, wurde sein nachvollziehendes Verständnis für den Faschismus hingenommen. Vielleicht hätte man sogar über seine neuerlichen Eskapaden hinweggesehen, wären nicht mittlerweile seine Dienste durch die Niederlage des Feindes entbehrlich geworden. Da außerdem nicht mehr so viele alte Nazis integriert werden müssen, ist auch seine Abweichung von der Totalitarismus-Doktrin eher störend. Für Nolte war der Faschismus eine Reaktion auf den Bolschewismus. Bei Furet sind beide, da »revolutionär«, im Prinzip dasselbe, woraus zu schließen ist, daß den Kommunisten auch der Judenmord zuzutrauen gewesen wäre. Ein Weltbild schließt sich – für eine neue Generation.

Francois Furet: *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert.* Aus dem Französischen von Karola Bartsch, Eliane Hagedorn, Christiane Krieger und Barbara Reitz. Piper: München 1996, 724 Seiten, 88 Mark

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 5/96 über den italienischen »Ölbaum«

Konkret 07/96, S. 39

Werner Pirker

In diesem Sinne
0:3 gegen Boris Nikolajewitsch

Zuerst wählten sie Jelzin, dann verloren sie gegen die Deutschen. Die Mitglieder der russischen Fußballauswahl leisteten den Wahlkampfstrategen im Kreml einen Bärendienst. Denn das gab es noch nie in der Geschichte des tausendjährigen Staates: daß die Futbalisti bei einer EM abgeschlagen Letzter wurden. Das wäre anders gekommen, hätten sie mehr trainiert und sich weniger um Politik gekümmert, ist Iwan Iwanowitsch nun felsenfest überzeugt.

In der Kriegsmarine soll das Abstimmungsergebnis ähnlich gewesen sein. Verteidigungsminister Gratschow trat lange vor der offiziellen Bekanntgabe des Wahlergebnisses mit der Vollzugsmeldung an die Öffentlichkeit, daß die Matrosen von der Ostsee bis zum Stillen Ozean hunderprozentig ihrer staatsbürgerlichen Pflicht nachgekommen seien, indem sie Boris Jelzin ihre Stimme gaben. Das Ritual ist altbekannt. So lange sind sie ja auch nicht her, die Zeiten der moralisch-politischen Einheit des ganzen Volkes.

Auch dem Kriegsherrn des ruhmlosen Tschetschenien-Feldzuges hat sein enthusiastisches Engagement für den Chefingenieur des kapitalistischen Aufbaus nichts mehr genutzt. Da der erste Wahldurchgang keineswegs mit einem 99,99prozentigen Votum für den amtierenden Präsidenten endete, sah sich das Machtlager zu einer umgehenden Umgruppierung seiner Kräfte gezwungen. Pawel Gratschow, den sie ob seiner Vorliebe für deutsche Limousinen »Mercedes-Paule« nennen, mußte gehen. Und es dauerte keinen Tag, da war der Überraschungsdritte des ersten Wahlgangs, Alexander Lebed, der sich selbst für einen »geborenen Sieger« hält und behauptet, seit zwei Jahren alkoholabstinent zu sein, auch schon in den Herrschaftsapparat eingebaut. Jelzin bot ihm umgehend den Posten des Chefs des Nationalen Sicherheitsrates an.

Denn der General mag die Kommunisten, die »Partei der alten Nomenklatura«, nicht. Dabei müßte er eigentlich wissen, wo die Nomenklaturisten ihre neurussische Heimat gefunden haben. So aber wird endlich Wirklichkeit, was eigentlich immer schon die Strategie des Selbstherrschers hätte sein müssen: ein antikommunistisches Bündnis von westlerischen Demokraten und weißen Nationalisten. Doch Gennadi Sjuganow hat seine Hoffnungen auf das Zustandekommen eines »volkspatriotischen Blocks«, der die linken und nationalistischen Gegner des Jelzinismus zum Sieg führen soll, noch nicht aufgegeben. Sein Kalkül besteht darin, daß die Wähler dem General nicht unbedingt ins Lager der Herrschaft folgen werden. Jedenfalls die Armeeangehörigen aber werden wohl mit gesteigertem Enthusiasmus ihrer Pflicht gegenüber dem Vaterland und seinem Präsidenten auf Lebenszeiten gerecht werden. Und falls ihnen die Stimmzettel ausgehen sollten, könnten sie ihr »gesellschaftliches Engagement« ja auf andere Art zum Ausdruck bringen.

Konkret 07/96, S. 39

In diesem Sinne

Volker Rühe
Europa muß sich einig sein!

Die Lebensgrundlage für unsere neue Nato ist und bleibt die enge Sicherheitsgemeinschaft zwischen Amerika und Europa. Daran hat sich auch Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nichts geändert, Bosnien ist der beste Beweis.

Aber: In Zukunft kann es Krisen geben, bei denen USA und Europäer sich einig sind: »Das müssen die Europäer alleine lösen!«

Dafür können wir nur Nato-Strukturen nutzen, weil militärisch nichts anderes Sinn macht. Unter europäischer politischer Kontrolle.

Wichtig ist aber für rein europäische Lösungen neben der Einigkeit mit Amerika vor allem auch, daß wir Europäer unter uns selbst einig sind. Mit einem einheitlichen Willen handeln.

Hieran müssen wir noch arbeiten.

Fußnoten: 1. Der Beitrag des Bundeskriegsministers erschien zuerst in der »Bild«-Zeitung vom 6. Juni. 2. Wenn Rühe unsere Nato sagt, dann meint er unsere. 3. Einheitlich ist der europäische Wille, wenn Briten und Franzosen nicht wieder so versagen wie im Balkan-Krieg.

Konkret 07/96, S. 39

Oliver Tolmein

In diesem Sinne
Hätten Sie's gewußt?

Der Chefredakteur mußte leider draußen bleiben. Und auch sonst war am 11. Juni 1996 im Druckhaus am Treptower Park, wo die »junge Welt« ihren Sitz hat, alles so, wie es sein soll in der freien Marktwirtschaft, die für linke Zeitungen nicht nur Strafen für mangelnde Anpassung an die Gesetze des Marktes bereithält, sondern auch noch allerlei sonstige Herausforderungen: gut gerüstete Polizeibeamte auf den Fluren, einen Staatsanwalt ohne Dienstsiegel, so daß zwar Adressen und Papiere beschlagnahmt, aber die Beschlagnahmung nicht ordnungsgemäß beurkundet werden konnte(n). Aber was sollen sich die olivgrüne Truppe von Hilfsbeamten und ihr Staatsanwalt auch nennenswerte Mühe mit der Einhaltung von Formalien machen, wenn es doch vor allem darum geht, die Instrumente zu zeigen, über die man sonst noch verfügt.

In den guten alten Zeiten, als der Staatsapparat noch Notstandsgesetze erlassen wollte und vielzuviele dagegen protestierten, gab es eine Debatte über Pressefreiheit, die ganz wesentlich auch die Freiheit meinte, sich Informationen zu verschaffen. Das ist lange her. Die Notstandsgesetze spielen in der öffentlichen Diskussion keine Rolle mehr, und die Medien haben sich in der Folgezeit meistens dann, wenn der Staat keine Nachrichtenveröffentlichung wünschte, selbst beschränkt. Aus Protest dagegen hat sich dann die »Taz« gegründet, für die heute der Hamburger Verfassungsschutzchef Ernst Uhrlau einer der wichtigeren Informanten ist. Aber das Thema ist jetzt nicht Verfassungsschutz, sondern Informationsbeschaffung: Und da stellt sich die Lage heute ganz anders und doch recht ähnlich dar wie Ende der 60er Jahre. Es geht um Informationsbeschaffungsrechte – nur diesmal fordert sie der Staat gegenüber den Medien und seinen Bürgerinnen und Bürgern ein. Das Gewaltmonopol wird um ein großzügig ausgestaltetes Informationsbeherrschungsrecht ergänzt. Und wenn, wie der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof feststellen mußte, »frühere Ermittlungsverfahren zeigen, (daß) die Redaktion nicht bereit ist, Beweismittel freiwillig herauszugeben«, dann müssen sich die Herren der Inneren Sicherheit, was sie wissen wollen, eben selbst beschaffen. Daß die Presse durch ein Beschlagnahmeverbot in der Strafprozeßordnung davor geschützt ist, zählt nicht. Die Strafprozeßordnung garantiert schließlich auch, daß kein/e Beschuldigte/r gegen sich selber aussagen muß – und trotzdem darf die Polizei Lockspitzel auf Verdächtige ansetzen, um sie auszutricksen und zum Reden zu bringen. Und wenn das Grundgesetz dem großen Lauschangriff entgegensteht – dann wird es eben geändert.

Der Chefredakteur durfte schließlich wieder rein. Die olivgrüne Truppe ist nach einigen Stunden abgezogen. Mit zwei, drei Seiten Papier mehr in den Taschen eher unbeschwert. Den Medien war der Überfall am nächsten Tag nur eine kurze Meldung wert. Die »junge Welt« durchsucht. Na und? Morgen ist Hintergrundgespräch im Fall Reemtsma, übermorgen sind neue Infos über die Autonomen dran – der gute Staat gibt, was er sich nimmt, ja aufbereitet auch wieder zurück.

Konkret 07/96, S. 40

Rayk Wieland, Heike Runge, Klaus Bittermann, René Martens, Fritz Tietz, Jürgen Roth

Kunst & Gewerbe

Gespenster an toten Männern

Die Brechterben, bislang nicht eben durch Zurückhaltung beim Einstreichen von Tantiemen auffällig geworden, haben gegen den Verlag Kiepenheur & Witsch eine einstweilige Verfügung erwirkt. Bis auf weiteres darf Heiner Müllers letztes Stück »Germania 3. Gespenster am Toten Mann«, das seit mehr als zwei Monaten im Handel ist, nicht vom Verlag vertrieben werden. Grund dafür sind zwei von Müller aus der Suhrkamp-Ausgabe zitierte Textstellen, deren Abdruckgenehmigung die Erben verweigern, außerdem eine Paraphrase, in der Müller auf Brechts Gedicht »Ich benötige keinen Grabstein« anspielt, dessen berühmter Schluß »Er hat Vorschläge gemacht. Wir / Haben sie angenommen« bei Müller lautet: »Er hat Vorschläge gemacht, wir haben sie / Nicht angenommen.« Sie soll gestrichen und durch den Originaltext ersetzt werden, da ansonsten das »Lebensbild des betroffenen Urhebers« entstellt würde. Kiepenheuer & Witsch hat Widerspruch eingelegt und die einstweilige Verfügung als »Eingriff in dasWerk Heiner Müllers« bezeichnet.

Pikant ist der Kasus nicht nur, weil Brecht Fragen geistigen Eigentums selbst sehr lax handhabte – somit seine Erben ein durchaus zweifelhaftes Erbe beanspruchen, ja das »Lebensbild des betroffenen Urhebers« nachgerade mißkennen – , sondern auch, weil Paraphrasen dieser Art in Müllers Werk Legion sind. Vielleicht, wenn die Brecht-Erben mit der Lektüre nachkommen, soll demnächst Müllers Gesamtwerk durch den Originaltext ersetzt werden? Das könnte immerhin eine Überlegung wert sein.

Gespenster am Biermann

Wolf Biermann, der oftmals und ausgiebig geehrte, mit vielen Preisen und Auszeichnungen behangene schnauzbärtige Dichterdissident (»mit der Guitarre«), hat sich erneut unbeliebt zu machen gewußt – mit einem gedichteten Lied. Es heißt »Legende vom Selbstmord der Inge Müller im Jahre ‘66« und bezeugt seine unübertreffliche Meisterschaft unter anderem dadurch, für das gesamte deutsche Alphabet nur einen einzigen Vers zu benötigen: »Stein auf Stein hat sich das Menschenkind nochmal alleine ausgebuddelt: A-B-C-D-E-F-G-H-I-J-K-L-M-N-O-P-Q-R-S-T-U-V-W-X / Ypsilon und Z riskiert sie endlich eine Lippe / Und sie flieht aus ihres genialen Mackers Mickerleben / Und sie springt dem guten Tod, Freund Hein, auf die Schippe.«

Verständlich, daß Frau Brigitte Mayer-Müller diese Hommage an Frau Inge Müller, die 1966 durch Selbstmord aus dem Leben geschiedene frühere Frau des inzwischen ja mit großem Pomp begrabenen »Mackers« Heiner Müller, nicht erfreut in einer bereits vom Aufbau Verlag angekündigten Anthologie mit Texten von und über Inge Müller bemerkte und diese kurzerhand verbot. Sie kann es sich leisten, denn die Rechte an eben diesen Texten liegen inzwischen bei ihr (und Inge Müllers Sohn). Und man zögert eingedenk auch der obig kundgetanen Umstände nicht, die ganz pietätlose Hoffnung zu hegen, daß Biermanns Erben künftighin eine ebenso rigide Haltung einnehmen werden und zumindest die spätere Drucklegung einiger weniger seiner allzu vielen Werke verhindern mögen.

Rayk Wieland

Die Stunde der Underdogs

Allenthalben findet sich einer, der wichtige Miene aufsetzt, um das Versagen der Politik, wahlweise der Literatur, des Managements oder Theaters kundzutun. Nichts, was nicht schon zigmal versagt hätte, und zwar komplett, im großen Stil, auf ganzer Linie, vollends & völlig, ganz und gar, in toto und extenso. Kombiniert wird die Standpauke, mal mehr mal weniger geschickt, mit eigenen Ideen, wie dem Versager das Versagen abzugewöhnen wäre. Ein solches Kombi bietet derzeit der Dramatiker Rolf Hochhuth an, der selbst aber im Stande wäre, erste Hilfe zu leisten, und zwar mit der eigens von ihm kreierten Spielart des *Looser*-Theaters. Ganz faule Sachen spiele man indes heute im »königlich gemästeten« Subventionstheater, beklagte der Mann, der wohl auch deshalb einen aufwendigen Streit um Grund, Boden und Einfluß mit dem Berliner Ensemble führt, weil er die Brecht-Bühne mit juristischen Winkelzügen zur Aufführung seines »Stellvertreters« zwangsverpflichten will. Immer nur, maulte er der Nachrichtenagentur ADN in die Aufnahmegeräte, immer nur Tschechow, der zwar »als Stückeschreiber« gut, aber auch schon tot beziehungsweise eben nicht mehr aktuell sei. Jetzt »sei die Stunde gekommen, wo sich die Künstler« existentiell drängenden Problemen der Gegenwart annehmen müßten, denn das Publikum wolle »durchaus seine eigenen Probleme auf der Bühne sehen«. Wenn »in der Politik der kleine Mann nicht mehr repräsentiert ist«, sei es umso dringlicher, daß sich die Künstler »wieder den Underdogs zuwenden, wie einst die große Käthe Kollwitz oder auch Heinrich Zille«. Hochhuth geht in Sachen Underdogs mit gutem Beispiel voran beziehungsweise folgt einfach der großen Käthe, insofern er derzeit an seinem neuen Stück mit dem

schillernden Titel »Arbeitslose« schreibt. Ob die deutschsprachige Dramatikerszene allerdings auf das von diesem Titel ausgehende Fanal reagiert, um demnächst mit »Alleinerziehende« (Peter Handke), »Rentenkasse« (Elfriede Jelinek) und »Ladenschluß« (Peter Hacks) die inländischen Spielpläne zu bereichern, ist derzeit überhaupt noch nicht abzuschätzen. Wahrscheinlich aber ist, daß sie alle wieder vor der Größe der Aufgabe versagen werden, und zwar in toto und extenso.

Heike Runge

Heißes Blech im ZDF

Nach fast einem Monat Schweigen im Fall Reemtsma, hatte sich die Polizei Ende Mai entschlossen, die Presse einzuschalten. Sie hatte das Haus gefunden, in dem Reemtsma festgehalten worden war, und war gerade den zwei mutmaßlichen Verdächtigen auf der Spur, die inzwischen festgenommen worden sind. Ein Fall für Ruprecht Eser, der im »ZDF-Spezial« den Beweis lieferte, daß Journalismus wirklich komisch sein kann. Lauschen wir den investigativen Ausführungen der Reporterin Claudia Burkhardt: »Wir sind hier leider mitten auf der grünen Wiese, denn hundert Meter entfernt liegt das Haus, aber da wären wir in einem sogenannten Funkloch und das heißt, von dort können wir nicht senden, aber man kann vielleicht trotz Dunkelheit ein bißchen erahnen, in welcher Idylle wir uns hier befinden, und es ist schwer vorstellbar, daß hier der Schauplatz einer schrecklichen Entführung gewesen ist. Wir haben das Haus heute morgen schon sehr früh entdeckt, meine Kollegen, und zwar nur deshalb, weil es sich unterschieden hat von den anderen Häusern. Es war etwas mehr los, eine große dunkle Limousine stand vor dem Haus mit Blaulicht und Menschen gingen ein und aus, jetzt ist es wieder ganz ruhig.«

Man sieht Außenaufnahmen von einem abgeschieden gelegenen Ferienhaus bei Tag.

Ruprecht Eser: »Gut, daß wir die Bilder vom Tage haben, hinter Ihnen ist es nämlich einfach nur dunkel. Man kann sich ja, wenn man so ein idyllisches Haus sieht, überhaupt nicht vorstellen, unter welchen unwürdigen Umständen Jan Philipp Reemtsma da gefangen gehalten worden ist. Der Chefermittler Daleki hat ja heute darauf hingewiesen.« Meines Wissens soll es öfter vorgekommen sein, daß man einem Haus von außen nicht ansieht, was innen vor sich geht. Wie auch immer, etwas skurril ist es schon, daß es in der Vorstellung des ansonsten eher vorstellungsarmen Eser in einem idyllischen Haus nur idyllisch zugehen kann.

Claudia Burkhardt, daraufhin sichtlich verwirrt: »Ich kann auch nur sagen, was auf der Pressekonferenz gesagt worden ist, daß Jan Philipp Reemtsma unter unwürdigen Zuständen gelebt haben muß, aber eine ganze Entführung ist etwas unwürdig.« Und da hat sie zweifellos recht.

Zurück im Studio präsentiert Ruprecht Eser nun den Experten, Herrn Disselnkötter, der, wie man erfährt, weltweit in Entführungsfällen tätig ist, wobei es das schon im wesentlichen gewesen ist, was man von ihm erfährt. So sehr sich Ruprecht Eser auch anstrengt und Herrn Disselnkötter durch die Formung seiner Hände zu verstehen gibt, daß er ihn für ein Arschloch hält, aus Disselnkötter ist nicht viel herauszubekommen, weshalb Ruprecht Eser ihn mit Suggestivfragen zu ködern versucht. Falls die Polizei die Täter nicht zu fassen kriege und das Geld verschwunden bleibe, werde »die Gefahr einer Nachfolgetat nicht desto größer? Geld macht sinnlich. 30 Millionen sind erpreßt worden«, stochert Eser in seinem von aristokratischer Starre befallenen Gegenüber herum. Antwort von Disselnkötter: »Sicher hat Geld eine sinnlichmachende Wirkung. Ganz sicher ist das so. Und auf der anderen Seite ist eine Entführung nicht aus dem Boden zu stampfen. Das haben wir gesehen.« So wie man eine Entführung auch nicht aus der Luft greifen kann, nehme ich jedenfalls mal stark an.

So schaukeln sich Eser und Disselnkötter fachsimpelnd durch die Sendung, unterbrochen von einem Beitrag über Jan Philipp Reemtsma, »ein Mann, der anders denkt, der anders lebt als seine Vorfahren«, wie Ruprecht Eser einleitend rhabarbert. Ein Beitrag, der es verdient, ausführlich zitiert zu werden.

Klaus Bittermann

Sehr launig

Der TV-Ansager Reinhardt Münchenhagen wußte neulich einen Filmbeitrag über magersüchtige Mädchen so abzumoderieren: Kaum nämlich war der Film im N3-Magazin »DAS!« mit den traurig stimmenden Aufnahmen von einigen eher tödlich abgemagerten Mädchen und dem ziemlich bedeutungsschweren Bild einer ins Schloß fallenden Tür geendet, da wandte sich der Fernsehmann durchaus launig seinem Studiogast zu, dem Shanty-Rocker Achim Reichel, um sich bei ihm im jovialsten und gerade Münchenhagen so ganz eigenen Plauder- und Kumpelton nach dessen fleischlichen Vorlieben zu erkundigen und ihn also zu fragen: »Mögen Sie dünne Frauen?«

Willkommen, Reinhardt Münchenhagen, im Klub der Überleitungskönige!

Sehr rätselhaft

Der Unterhaltungskonzern Sony teilt mit: »Michael Jackson – King of Pop – Gibt die Daten seiner Ost-Europa-Tour bekannt.« Das allein wäre keine Wiedergabe wert, würde man aus dem aufgelisteten Terminplan nicht erfahren, daß von den neun angekündigten Konzerten zwei in Casablanca und je eines in Saragossa und Kairo stattfinden. Sehr rätselhaft! Wer ideologiekritisch erklären kann, warum der König oder sein Vertragspartner Marokko, Spanien und Ägypten zu »Ost-Europa« rechnen, gewinnt eine Michael-Jackson-Single aus meiner Sammlung.

René Martens

Sehr abgewichst

Zugegeben, Künstlerinnen haben's mitunter schwer; schwer sogar manchmal einen an der Waffel. Eine Einladungskarte, mit der unlängst die Autorin, Zeichnerin und Filmemacherin Mariola Brillowska ihr Publikum in die »Hohe Tatra Berlin« lockte, liefert dafür jedenfalls einen beeindruckenden Beweis. »Ihr Werk«, heißt es nämlich da zunächst über Brillowskas Werk, sei »durchtränkt von ewiger Sehnsucht nach Liebe« und reiche »von Malerei über Zeichentrickfilm bis Poesie.« »Ihre gesichtslosen Figuren«, heißt es dann über ihre gesichtslosen Figuren, »belebt sie durch ein Loch im Kopf, das spricht: Seid immer geil!« Und weiter: »Für die Welt des erigierten Verlangens ... prostituierte sich Mariola Brillowska bereits in zahlreichen Bordellen öffentlicher Ausstellungen, Publikationen, Lehraufträgen und Festivals im In- und Ausland. Zur Zeit produziert sie ihren ersten Spielfilm _Katharina & Witt, ficton & reality . Er ist den abgewichsten Galeristen, Arschlöchern von Museumsdirektoren, Kuratorfotzen und übrigen Kulturleichen gewidmet, die heute noch nicht gefickt haben.« Die dafür aber, so ist nach unserer Kenntnis des Kunst- und Kulturbetriebs jedenfalls zu befürchten, nichts mehr schätzen als solch amoklaufend sich gerierendes und waffenscheinpflichtig anmutendes Künstlerinnentum und also Frau Brillowska auch weiterhin so ordentlich featuren werden, wie bislang ja offensichtlich schon geschehen. Darauf spekuliert mal ebenso wie die Künstlerin

Fritz Tietz

Totalitäre Metaphysik

Daß mehr und mehr Bücher über Fußball erscheinen, ist eine gute Sache. Vorbei sind die Zeiten, in denen man sich mit eher versteckt publizierten Untersuchungen begnügen mußte. Die augenblickliche Konjunktur schafft, auch wenn mancher unkt, der Anspruch zunehmender Intellektualisierung verweise auf das Ende des Spiels, eine Situation, in der Politisierungsversuche deutlicher als zuvor Kontur gewinnen. Insofern wurde auch Dirk Schümers *Gott ist rund* (Berlin Verlag 1996, 272 S., 36 Mark) mit einer gewissen Spannung erwartet. Der »FAZ«-Feuilletonredakteur sorgt seit einigen Jahren mit weit ausgreifenden, ab und an sogar in der Tiefdruckbeilage plazierten Analysen zur meist sog. »nationalen« Lage des Fußballs für Kontroversen unter im Prinzip sich gegenseitig sehr wohlgesonnenen Fußballinteressierten.

Der sympathisch-hartnäckige Adorno-Schüler Dieter Bott etwa stuft Schümer als prototypisch rechten, zynischen Parvenu ein, während andere seinen Interventionen zugute halten, daß sie beim Namen nennen, was Sache ist – daß sich im Fußball nämlich nur jene technokratischen Imperative peu à peu geltend machen, die in maßgeblicheren Bereichen der Gesellschaft längst zur Herrschaft gelangt sind. Wo jedoch sein linksliberaler Widerpart, der »FR«-Kulturredakteur Helmut Böttiger, Katachresen auf Analogien,verquollene Metaphern auf windschiefe Bilder türmt, um »schulmädchenhaft« (Gerhard Henschel) die – so Gott will – utopischen Qualitäten eines G. Netzer zu bejubeln, betreibt Schümer sein Geschäft, die kulturgeschichtlich aufgeladene Fußballzeitdiagnostik, wohl abgeklärter, deshalb aber auch um kaum einen Deut gescheiter; sondern eben nur wohlfeiler.

Die famose Widerspiegelungstheorie eines Gerhard Vinnai (*Fußballsport als Ideologie*, 1970) dürfte manchem noch geläufig sein. Nun wird sie vom stilistisch deutlich gewandteren »FAZ«-Mann einfach übernommen: »(...) die bleiernen Jahre der Terroristenzeit, in denen die neue Machtverteilung und der Generationswechsel gewaltsam ausgetragen wurde, fanden gleichfalls ihren fußballerischen Ausdruck in den zynischen, bis zur Rücksichtslosigkeit effizienten Zockertruppen um Schumacher, Kaltz und Reinders. Jupp Derwall, der verzagte Sicherheitsfußballer, wurde zum Zwillingsbruder von Horst Herold, dem Computerfahnder, der sich im Bundeskriminalamt verbarrikadierte.«

Während Uwe Reinders das eigene Vermögen am Roulettetisch verspielte, agierte Jahre zuvor sein Pendant weit erfolgreicher: Es ist, darin wiederum Böttiger verwandt, Günter Netzer, der dem Schöngeist Schümer als Ausweis einer von großen Männern gemachten Republikgeschichte gilt. Obwohl gemeinhin noch über die kümmerlichen Reste einer durch 68 markierten Libertinage in Wallung, sprudelt es im Gedenken an die seligen Frühsiebziger aus ihm heraus: »Spieler wie Breitner und Hoeneß, Netzer oder gar Beckenbauer haben die Mentalität der Bundesrepublik nach 1968 entscheidender geprägt als jeder Künstler, Filmemacher und schon gar als jeder graue Funktionärsträger der Politik.«

Wer wie Schümer stark auf »Mentalitäten«, Ethnifizierung, »Volk« und ähnliche Residuen des rechten Ressentiments hält und demzufolge auch schon mal gerne über »Spieler baskischen Volkstums« schwadroniert, hat es nicht leicht, seine andererseits nüchtern vorgetragene Technokratisierungsthese gegen die eigenen Impulse einer reaktionären, von Fall zu

Fall romantisierenden Entfremdungskritik durchzuhalten. Die »professionelle Ausbeutung des Fußballs für die Gemütslage der Nation« befinde sich erst im Anfangsstadium, was wohl heißen soll, daß dem Affen künftig via Vermarktung (»Fußball und Kapitalismus harmonieren prächtig miteinander, weil sie wesensgleich sind: Spiel und Markt sind eins«) so was wie mystisches Einverständnis mit dem Ganzen geboten, eine entfernt doch wieder Hegelsche Einheit von Subjekt und Objekt ins Haus stehen soll. Klarer wird durch ungezählte Spekulationen und Diagnosen dieser Art nur, warum die empiriefaule Fußball-Literatur am Ende wäre, wartete sie nicht zielsicher doch immer wieder mit Einsichten auf, die so banal sind wie Banane: »Was zählt, sind die Quoten.«

Trotzdem richtet Schümer, der im Nachwort mit der Inkompetenz des Nicht-Experten kokettiert, weit höhere Analysemaßstäbe ins Werk. Sein Handwerkszeug ist in Bruchstücken Semiotik, ein Häppchen Systemtheorie, ein bisserl postmodernes Mediengeraune: »Fußball, dieser lärmige Dauerwahlkampf, ist die fröhliche Kommunikation des Systems mit sich selbst. Die Politik, soweit sie das noch nicht getan hat, wird folgen.« Auch die Analogiebildung verschmäht er nicht: »›Im Mittelfeld sind wir optimal besetzt , hat der deutsche Nationaltrainer Hans Hubert Vogts einmal selbstbewußt verlautbart und damit mehr über die Lage der Nation ausgesagt, als er ahnte.« Obwohl aber »Fußball selbstreferentiell und politisch völlig sinnlos«, die Stufe der »selbstreferentiellen Unterhaltung« längst erreicht sei, ja, obgleich gelte: »Fußball ist Fußball. Er löst nichts auf und verspricht seinen Anhängern nichts« – regierten trotz alledem fataler »Angestelltenfußball« und »gesichtslose multinationale Konzerne« sein gegenwärtiges Erscheinungsbild: nicht zum Nutzen des Spieles, wie es scheint. Denn laut Schümer wird (auch im Sinne seiner beflissenen Konkurrenz von der linksalternativen »Bewegungs«-Politikerfront) alles unaufhaltsam immer schlimmer. Was er vermißt, ist die Bindung an höhere Werte, ans Bewußtsein von der integrationistischen Kraft, die dem Fußball sozusagen qua seiner spirituellen, religiösen Motive eigne, wie bereits und im Grunde unmißverständlich Nikolaus von Kues in *De ludo globi* zu verstehen gibt. Nach der dort niedergelegten Auffassung sei Fußball »weltumspannend. Man könnte sogar sagen: totalitär. Fußball lohnt die höchste begriffliche Anstrengung. Wenn wir alle seine Aspekte verstanden haben, dann haben wir auch das Leben verstanden.«

Schümer, der *Gott ist rund* im Kloster verfaßte, weil er dort den aktuellen Fußball meinte am besten verstehen zu können und das Leben sowieso, hätte auch Spinoza oder meinethalben eben Hegel zur gewichtigen Schrulle aufplustern können, um feuilletonistisch zu illustrieren, warum das Spiel als *ordo* zu vergegenwärtigen sei, der für den letzten Rest eines substantiellen sozialen Zusammenhalts bürgt. Schümers neokonservative Litaneien über die zweckrationale Organisation »unseres Lebens« und der scheinbar kühle Blick des Chronisten können den Zuchtmeister nicht verbergen, der weiß, daß auf dem Feld der Alltagskultur trotz widerstreitender eigener Verlautbarungen noch manche Schlacht um die Auslegungsmeisterschaft zu schlagen ist.

Jürgen Roth

Das muß ich meiner freien Entscheidung überlassen, es hängt davon ab, ob ich zum gleichen Zeitpunkt ein Koalitionsgespräch habe. Dann ist der Vergnügungswert natürlich höher.

Finanzminister Theo Waigel auf die Frage, ob er zu einem Konzert von Michael Jackson gehen würde

Hamburger Anthologie*

Peter Schütt

Thälmann-Demonstration (Eppendorf, den 15. April 1976)

Auf der Leinwand
des Abendhimmels
ein Farbfilm in Technicolor:
da scheint es, als
liefen wir mit unserer Demonstration
aus der Straßenzeile
geradenwegs hinein

in die Abendsonne.

Unsere Fahnen
und die Transparente
bauschen sich im Frühlingswind
wie bunte Segel,
sie steigen auf als Drachen,
an die wir unsere Träume heften.

Es geht sich leichter,
wenn man in einer Reihe geht,
Schulter an Schulter
werden wir zum Tausendfüßler,
vertausendfacht sich unser Schritt.

Unser Gesang,
der vorwitzige Barrikadenkämpfer,
läuft davon,
verfängt sich
im Silbergespinst der Kastanienknospen,
springt von Balkon
zu Balkon wie Lächeln
von Mund zu Mund.

Und vorn an der Spitze,
der Zug ist straßenlang,
weiß ich, geht unser Thälmann,
geht unser roter Tambour.

Wenn auch schon Leser, potentielle Verfasser und Einsender unverlangt eingesandter Gedichte mithin, zu klagen beginnen, daß die an diesem Platze allmonatlich ausgestellten Zettel ihnen den Mut zum Selberdichten und Einsenden nehmen, und anfragen, warum »keine guten Gedichte« hier zu allgemeiner Hudelei abgedruckt werden, greifen wir ungerührt in den Karton und fördern, von ganz unten, etwas zu Tage, das »Thälmann-Demonstration (Eppendorf, den 15. April 1976)« betitelt ist – das Gedicht eines Parteigängers offenbar, in dem so ziemlich alles, was die bessere Gesinnung auszeichnet, zusammenkommt: Engagement und Poesie, Gemeinschaftsdenken, Hoffnung und Traditionsbewußtsein, übermütige Zuversicht. Die Sterilität der Klischees indes verrät den sehr faulen Zauber; nahezu alles ist Humbug hier. Nämlich: Niemand läuft mit seiner Demonstration aus der Straßenzeile »geradenwegs« in die Abendsonne rein; kein Traum ist zu befestigen an wie Drachen fliegenden Fahnen oder Transparenten; nicht leichter geht es sich in Reihen, und kein Mensch wird hiedurch gleich zum Tausendfüßler; Gesang kämpft weder an der Barrikade, noch verfängt er sich in einem Knospen-Silbergespinst, noch springt er lachend vom Balkon; und auch Thälmann ist nicht der Tambour, der an der Spitze geht, nie gewesen. Und trotz alledem hat's Peter Schütt, ja eben jener Muster-DKPist, uns unverdrossen eingesandt – einst im Mai. Die Tage wurden trüber.

*unverlangt eingesandter Gedichte

Konkret 07/96, S. 43

Stefan Ripplinger

Verbrauchende Journalisten klagen an

Schlimm: Die ganze Welt lacht über Deutschland. Es ist nicht die Volksmusik, es ist nicht Lea Rosh, es ist nicht das Bündnis für Arbeit, es ist noch nicht der Tarifvertrag – es ist der Ladenschluß um halb sieben. Da kann die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AgV) seit Jahren darauf hinweisen, solche »Kuriositäten würden im liberaleren Ausland nur noch mit Heiterkeit aufgenommen«. Umsonst. Da muß sich der liberale Wirtschaftsminister im Bundestag öffentlich schämen, weil »die ganze Welt« sich über die »deutsche Haltung beim Ladenschluß« vor Lachen ausschütte. Die deutsche Haltung bleibt stocksteif: keine Lamborghinis nach halb sieben.

Endlich muß sich – eine Schande – sogar die Arbeitsgemeinschaft Verbrauchender Journalisten (AgVJ) einschalten. Verbraucherin Andrea Böhm meldet aus Washington: »Auch nach Sonnenuntergang noch Milch kaufen zu können, ist nicht das Ende der Welt, sondern eine Dienstleistung, die US-AmerikanerInnen für selbstverständlich halten.« (»taz«, 21.5.1996) Umso skandalöser, wenn »BesucherInnen aus der Alten Welt« nach ihrer Rückkehr noch um 18.31 Uhr im Supermarkt Milch kaufen wollen – bloß um die »SupermarktverkäuferInnen« ein »empörtes ›Seh'n-se-nich'-daß-wir-geschlossen-haben‹« sagen zu hören. Böhm: »Und ob wir das sehen. Aber wir sehen es nicht ein.« Denn wir wollen kaufen, und ihr wollt nicht arbeiten.

Verbittert bemerkt Verbraucher Markus Franz zur Ladenschlußgesetz-Anhörung im Bundestag, die Rede sei nur »einmal kurz auf die KonsumentInnen« gekommen. Und schon wieder wird gelacht, jetzt sogar im Inland: »Mit höhnischem Gelächer und abfälligen Bemerkungen wurden die Stellungnahmen für die Lockerung quittiert.« (»taz«, 21.5.) Konsument Franz fühlt sich von brutalen SupermarktverkäuferInnen und ihren Gewerkschaftsluden vorgeführt und schreibt einen bösen Kommentar: »Stichhaltiges haben die Gewerkschaften nicht vorzuweisen. Sie versuchen lediglich, liebgewonnene Gewohnheiten zu betonieren, unabhängig davon, wie sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation entwickelt hat.« Denn seit 1989 ist der Kunde wieder König, und wer nicht arbeitslos werden will, muß flexibel bleiben. Verbraucher Franz hat es satt, gegen den Beton der den Gewerkschaften lieben Gewohnheiten zu prallen und sorgt sich um das Ansehen seines Landes, denn ohne offene Läden »bestätigt sich der traurige Ruf, daß Deutschland im Dienstleistungsbereich international hintansteht«. Und das wäre doch traurig, nicht wahr, Henryk M. Broder?

Broder ist erst seit kurzem bekennender Verbraucher in der AgVJ. Als er noch nicht ganz so viel verbrauchen konn-te, schrieb er, nur »ganz Schlaue« seien überzeugt, die Ursachen für Deutschlands Misere seien »die Pornographie, der Ladenschluß und das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb« (»taz«, 3.12.1994). Als »Spiegel«-Autor zählt er sich selbst zu den »ganz Schlauen«, denn wohin soll er denn auch mit den ganzen Honoraren? »So hätten die Deutschen allen Grund, mit sich und dem Schicksal zufrieden zu sein. Sie könnten sich entspannt zurücklehnen, den Otto-Katalog auswendig lernen und darauf warten, daß der Ladenschluß aufgehoben und die 30-Stunden-Woche eingeführt wird.« (»Spiegel«, 40/1995) Um das zu schreiben, hat er keine 30 Stunden gebraucht, nun würde er sich gerne entspannt zurücklehnen und im Otto-Katalog blättern, aber er muß noch »Spiegel«-Honorare ausgeben, bevor die Geschäfte schließen. Und so steigt in ihm eine namenlose Wut hoch, ein Haß auf das zubetonierte Deutschland, er möchte schreien: Bürger, noch eine letzte Anstrengung, wenn ihr freie Konsumenten sein wollt!

Es ist der dem Marquis de Sade entliehene Schlachtruf der Verbrauchenden Journalisten, und sie sparen auch sonst nicht an Sadismus: »In den Rezessionsjahren«, schreibt ein anonymer Verbraucher im »Spiegel« (31/1995), »blieben nur wenige deutsche Industriearbeiter von flexibleren Arbeitszeiten verschont. Damit schrumpft das Mitleid der Kunden mit der Verkäuferin, die noch abends an der Kasse stehen muß.« Wenn alle sich ausbeuten lassen, warum sollte ausgerechnet der Kassiererin eine Extra-Wurst gebraten werden? Sie ist es doch, die mit ihrem Gespreize und Geziere dafür sorgt, daß hart und flexibel arbeitende Journalisten noch immer im »Ladenschluß-Entwicklungsland Bundesrepublik« (ebd.) leben müssen.

»Flexible Arbeitszeiten gelten in zahlreichen Dienstleistungsbereichen und mittlerweile auch in der Industrie. Warum nicht im Handel?« fragt auch Verbraucherin Margarita Chiari im »Tagesspiegel« (16.7.1995). Gewiß, durch eine Liberalisierung werden kleine Läden schließen müssen und die »Nachfrage nach Teilzeitkräften« (à 580 Mark ohne Sozialversicherung) wird zunehmen, »und das in einer Branche, die nicht von fetten Löhnen geprägt ist«, aber andererseits: Warum sollen ausgerechnet Redakteure nach Redaktionsschluß schmachten müssen? Zumal »Teilzeitstellen allemal besser sind, als keine Stellen«. Die Sklavin im Karstadt soll froh sein, daß sie nicht ausgepeitscht wird, wenn abends – oder nachts – die Kasse nicht stimmt. Sie hat einen Teilzeit-Job, wozu das Gemecker?

Außerdem: Gibt es denn gar kein »Mitgefühl« für jene, »die sich durch die deutschen Verkaufsverbote behindert fühlen«? Das »Verkaufsverbot«, verbessert der behinderte Verbraucher Rainer Stephan (»Süddeutsche«, 21.5.1996) sogleich seine eigene Formulierung, ist das nicht auch ein »Einkaufsverbot für alle«? – Für alle, die am Abend noch Geld haben. Also

immerhin ein Fünftel der Gesellschaft. Der schäbige Rest – 79 Prozent der Deutschen – ist laut der von Günter Rexrodt in Auftrag gegebenen ifo-Studie mit der jetzigen Regelung zufrieden.

Aber so darf man nicht rechnen, schreibt der behinderte Verbraucher Stephan in »Deutschland, Schlaf- und Schließgesellschaft«: »Man stelle sich vor, eine Umfrage ergäbe, daß 79 Prozent der Deutschen nie eine Opernkarte oder ein Anglerhandbuch kaufen wollen oder nicht besonders gerne Federball spielen. Würde ein Mensch, der bei Verstand ist, daraus den Schluß ziehen, man müsse Anglerhandbücher, Federball und Opern auf der Stelle verbieten?« Eine zwingende Argumentation. Es muß endlich ein Minderheitenschutz für Ausbeuter und ihre Freunde geschaffen werden. Verbraucher und KonsumentInnen sollen sich nicht mehr verbergen müssen, sie dürfen nicht länger das Gespött der Weltöffentlichkeit sein. Wer Läden absperrt, schließt auch Konsumenten aus – er behindert, nein er verkrüppelt freie Verbraucher.

Aber, wenn ich um eines bitten darf: Bevor der große Befreiungsschlag erfolgt, faule Verkäuferinnen aus dem Schlaf gescheucht werden, damit das obere Fünftel anständig einkaufen gehen kann bis in die Puppen, muß ein Verbraucherverband gegründet werden, der Leserinnen und Leser vor konsumbewußten Journalisten schützt. Und wenn es so weit käme, daß sie ihre Kalauer vor abends halb sieben nicht verkaufen dürften!

Konkret 07/96, S. 44

Marius Babias

Der Polit-Biker

Was J□ rg Immendorff vom Antikommunisten Georg Baselit□ und Seiner Magnifi□ en□ Markus L□ pert□ unterscheidet

Stiefeletten aus Kroko, enganliegende Lederhosen mit Bügelfalte, das Hemd offen wie ein Hosenschlitz, Kratzbart und Kurzhaarschädel. Irgendwie ähneln sie sich, die deutschen »Malerfürsten« (»Der Spiegel«) Georg Baselitz, Markus Lüpertz und Jörg Immendorff. Sie sind Maler und nebenbei Bildhauer, bekleiden hochdotierte Professorenämter, lieben Schmuck, schnelle Autos, Rassehunde und Hugo Boss. Während sich Beuys (»Jeder Mensch ein Künstler«), der Missionar, durch Kraftvergeudung ernährte, reihten sie sich in die kleinbürgerliche Tradition der Boheme ein und prägten das Abziehbild des kraftstrotzenden, genialischen Künstler-Egoisten. Jetzt, mangels Konkurrenz, sind sie ganz obenauf, Staatskünstler. Baselitz, Lüpertz, Immendorff: die deutschen Galopper des Jahres aus dem Gestüt des Kölner Großgaleristen Michael Werner. Die Republik – ein großes Weideland. Die »Patriarchen einer neuen wilden Malergeneration« (»Der Spiegel«) sind zu »National-Pinseln« aufgestiegen (»Die Woche«), die »im Ausland für kulturelle Reputation sorgen«, wie Immendorff in »Focus« verriet. Sie bekennen sich uneingeschränkt zur Demokratie und mehren das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland: Lüpertz mit gemalten Stahlhelmen und Kanonen, Baselitz mit flotten Sprüchen (»DDR-Künstler sind Arschlöcher«), Immendorff mit Selbstkritik (»Heute habe ich ein differenzierteres Verhältnis zur Volksrepublik China«). Die Kulturnation Deutschland dankt es ihnen mit Großausstellungen im Dreierpack: Baselitz in der Berliner Nationalgalerie (bis 29.9., gesponsort von Hugo Boss), Immendorff im Kunstmuseum Wolfsburg (bis 11.8., gesponsort von VW), Lüpertz in der Düsseldorfer Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen (bis Anfang Juni, gesponsort vom Staat).

Soviel die drei auch gemeinsam haben, in zwei Punkten können Baselitz und Lüpertz dem virilen Jörg das Wasser nicht reichen. Immendorff rangiert zwar auf dem internationalen Kunstmarkt hinter den beiden Kollegen. Im »Capital«-Kunstkompaß 1995 wird Baselitz auf Platz 4, Lüpertz auf Platz 48 und Immendorff auf Platz 55 geführt. Aber was politisches Abenteuerertum und Sex-Appeal angeht, ist der schöne Jörg einsame Spitze. So posierte er, zigarrerauchend und klunkerbehängt, in einer Anzeige seines Kunsthändlers Michael Werner als Pascha zwischen zwei nackten Girls, dafür bezahlt, ihm die Stiefel abzuküssen und die Zigarre abzulutschen. Das war markant, hatte Stil, strahlte jene in Kunstkreisen beliebte skandalöse Seriosität aus, ohne die nichts läuft. Offenes Hemd ja, aber es muß von Jaques Britt sein. Lederhosen? Meinetwegen, aber bitte Calvin Klein.

Mit dieser Anfang der neunziger Jahre in Kunstzeitschriften geschalteten Anzeige war dem alternden Jörg ein geiler Image-Transfer gelungen: vom Polit-Künstler zum Kunst-Biker. Als sich Mitte der achtziger Jahre der Wind von rechts drehte, verstand es der einstige Apo-Rebell Immendorff, der damals seine Kunst »vor den Imperativen der Weltrevolution verantwortete« (so der Münchner Akademieprofessor Walter Grasskamp in seinem Buch *Der lange Marsch durch die Illusionen*), einige Bürgerschreck-Ideale in die Neunziger herüberzuretten und daraus ein neues kompatibles Ego, eine Designer-Gesinnung zu basteln. Ein bißchen KPD/ML, ein bißchen Ost-West, eine Prise Halbwelt, ein Hauch Egoiste von Dior – schon war Ich ein Anderer. Nichts liebt das Bürgertum mehr als den Bürgerschreck: Immendorff borgte sich bei der Talkshow-Prostituierten Domenica, wie vor ihm schon Wolf Wondratschek, S/M-Handwerkszeug und gab ihnen die Peitsche. Und er richtete ihnen 1984 eine Kneipe in St. Pauli ein, »La Paloma« am Hans-Albers-Platz, wo sie, erschöpft vom Leben, die alten Zeiten im SDS Heidelberg hochleben lassen konnten.

Der Polit-Biker Immendorff hat es zwar nicht ganz so weit gebracht wie Baselitz, der ein Schloß in Niedersachsen und eine Villa an der Riviera besitzt. Er muß sich mit 1.000 qm kleinen Atelierräumen in seinem Düsseldorfer Haus bescheiden. Aber andere Kombattanten, wie Eugen Schönebeck, der Rotarmisten gemalt und zusammen mit Baselitz das »Pandämonische Manifest« verfaßt hatte (was in den meisten Kritiken verschwiegen wird), gingen ganz unter und müssen von Almosen leben. Immendorfs Bilder kosten nicht bis zu 1 Million Mark (wie Baselitz'), aber bis zu Hunderttausend schon. Auch den Vergleich mit Lüpertz braucht Immendorff nicht zu scheuen. Markus trägt Nerz und besitzt einen Bentley, dafür hat Jörg eine Rockerjacke, liest »Playboy« und fährt Porsche. Während Baselitz und Lüpertz hart für die Karriere arbeiten mußten, saß Immendorff schon immer in der ersten Reihe. Früher auf Vollversammlungen in K-Gruppen, heute bei Henry Maske, wo ihm schon mal sein lautes Mundwerk durchgeht. So soll er Gentleman Henry zum finalen Schlag angefeuert haben, was er hinterher heftig dementierte. Die Widersprüche der Biographie zum Stilprinzip erklären, das konnte höchstens Joseph Beuys, sein Lehrer an der Düsseldorfer Kunstakademie. Von Beuys, dem politischen Legomanen, hatte Immendorff die hohe Kunst der multiplen Persönlichkeitsspaltung gelernt.

Das geht so: Als Beuys 1982 die Ausstellung »Beuys, Rauschenberg, Twombly, Warhol« mit Werken aus der Kunstsammlung des Berliner Immobilienhändlers Erich Marx in der Berliner Nationalgalerie eröffnete, tobte in Kreuzberg und Schöneberg der Hausbesetzerkampf. Die Spekulanten ließen die Häuser lieber verkommen, als sie auf Dauer zu vermieten. Eine Sanierung auf Staatskosten brachte bei Weiterverkauf höhere Gewinne ein. Die Marx-Brothers Karl und Erich standen sich unversöhnlich gegenüber. Wo aber war der Platz des Künstlers, auf Seiten der Kommunarden oder des

Kapitals? Indem Beuys einerseits die Hauspatenschaft des besetzten Hauses Bülowstraße 52 übernahm und sich sogar mit den Besetzern der zum Marx-Besitz gehörenden »Villa Schilla« solidarisierte, andererseits aber am Abend desselben Tages die Huldigungen seines Sammlers vor geladenem Publikum entgegennahm, vollbrachte er eine diplomatische Meisterleistung. Equilibristen unter sich. Der »Freundeskreis der Nationalgalerie«, eine vielgliedrige, machtpolitische Verflechtung von Personen, Parteien und Ämtern, und Beuys, der für die Grünen kandidiert, für eine dezentrale Politikauffassung und eine soziale Kunstauffassung geworben hatte, zusammen tafelnd. Marx erinnert sich gern zurück: »Ja, das war eine herrliche Geschichte.« I love the Hausbesetzer and the Hausbesetzer loves me. Morgens Aronal, abends Elmex. Die Grünen hatten wohl recht, als sie trotz seines im Fernsehen vorgetragenen Pop-Songs (»Lieber Sonne statt Reagan«) darauf verzichteten, Beuys auf die Kandidatenliste für den Bundestag zu setzen.

Immendorff hatte kapiert, daß Solidarität mit politischen Underdogs nur Scherereien einbringt, und sich rechtzeitig auf die neuen Zeiten vorbereitet. Die Begegnung mit Ralf Winkler alias Penck inspirierte ihn zum Bildzyklus »Café Deutschland« (1977-83), monumentale deutsch-deutsche Öl-Schinken mit historischem Nullwert. Von Havemann über Honecker, Beuys und Helmut Schmidt treffen sich deutsche Geistesgrößen zum Plauderstündchen in einem fiktiven Künstlercafé. In diesen »gemalten Talkshows« (»Woche«) darf einer nicht fehlen: Conférencier Immendorff selbst.

Der ob der deutschen Thematik angegriffene Immendorff – immerhin inszenierte der Staat den »Deutschen Herbst« – redete sich geschickt heraus: Die »Café Deutschland«-Serie sei seine Antwort auf den KPI-Künstler Renato Guttuso, der nicht daran glaubte, »daß ein Künster der Realität mit dem Vorsatz die Stirn bietet, sie zu verändern«. Aus dem Scheinargument, mit Kunst die Gesellschaft verändern zu wollen, schlug Immendorff doppeltes politisches Kapital. Er bekannte sich zu den kunstpolitischen Zielen der Studentenbewegung und wurde zugleich für bürgerliche Kreise interessant, die ihn spätestens seit 1989 als Visionär der »Deutschen Einheit« feiern.

Mit seiner Bronze-Großskulptur »Naht (Brandenburger Tor – Weltfrage)« für die Documenta 1982 in Kassel hatte er sich auf dem Höhepunkt der Entspannungspolitik für eine nationale VIP-Loge empfohlen. Heute, endlich zum Gesprächspartner von Lafontaine und Möllemann avanciert, kann er freimütig zugeben: »Die Ideologien haben sich als unnütz erwiesen, Begriffe wie rechts und links sind aufgehoben« (»Die Woche«). Mit einem dialektisch geschulten Begriffsbesteck zerlegt er jetzt den deutschen Einheits-Schweinebraten: »Ich habe ja keine bestimmte Form der Wiedervereinigung gemeint. Also sicherlich nicht diese imperialistische Form, wo wir abgehalfterte Politiker gen Osten schicken (...) Ich wollte ungehindert Freunde wie A.R. Penck treffen können« (Interview in »Focus«). Hinter dieser Sympathieerklärung für die Landsleute im Osten steckt wiederum eine politische Legitimationsstrategie: den radikalen Impuls seiner Polit-Aktionen in den sechziger Jahren (»Lidl«-Akademie) als laue Reminiszenz wachzuhalten.

Früher links, heute rechts: Diese griffige Formel reicht nicht aus, um zu erklären, wieso gesellschaftspolitische Entwicklungen im kulturellen Überbau ästhetisch vorbereitet und gestützt werden. Die wilden sechziger Jahre, die den Mythos des »Polit-Künstlers« Immendorff speisen, sind kunstpolitisch vielleicht gar nicht so aufregend gewesen. Im ideologischen Pingpong zwischen Abstraktion (West) und Realismus (Ost) manifestierte sich eine Entpolitisierung der Künste durch kurzfristige Politisierung. Deutschland 1961: Der kleine Jörg war gerade mal 16 Jahre alt, als die Berliner Mauer gebaut wurde. Die Mauer, deutsch-deutscher Steinbruch, der Politiker und Militärs, APO-Studenten und Stasi-Opfer gleichermaßen mit Wurfgeschossen versorgte, ermöglichte es endlich auch den Künstlern und Intellektuellen, im Ost-West-Konflikt mitzumischen. Mitunter wurde auch scharf geschossen – in der Frage des von Scharoun und Henselmann entworfenen Bebauungsplans Gesamt-Berlins – und in die Luft gesprengt, so 1950 das teilzerstörte Berliner Stadtschloß. Scharoun hatte sich vergebens bei Otto Grotewohl dafür eingesetzt, eine Tribüne in die Stadtschloß-Ruine einzuziehen, von wo aus die SED-Nomenklatura die Defilees der Werktätigen abnehmen sollte.

Der Jung-Dandy Immendorff hatte schnell gemerkt, daß der Kultur-Krieg ebensowenig mit einer Politisierung der Kunst wie mit einer Ästhetisierung der Politik zusammenhing, eher mit politischem Provinzialismus. Die von Walter Benjamin mit Blick auf das aufkommende Massenmedium Film entwickelte dialektische Beziehung zwischen Kunst und Politik (»So steht es um die Ästhetisierung der Politik, welche der Faschsimus betreibt. Der Kommunismus antwortet ihm mit der Politisierung der Kunst«) spielte selbst für die Aktivisten des »Bitterfelder Weges« eine untergeordnete Rolle. Tatsächlich wollte der Offizierssohn Immendorff etwas ganz anderes: »Schon während meiner Schulzeit träumte ich von einer Künstlerkarriere. Ich wollte in Paris sitzen mit schwarzem Rolli und Rotwein trinken: ein Bohemien rundum«. Für ihn können die politischen Unruhen der Sechziger nicht mehr gewesen sein als eine Bühne, auf der er Kunststückchen vorführte.

In der Kunstpolitik der fünfziger Jahre war der Eiserne Vorhang durch die Auseinandersetzung zwischen Abstraktion und Realismus zu einer lichten Gardine weichgespült worden. Der Siegeszug der Abstraktion im alliierten Nachkriegseuropa resultierte aus einer doppelten »Appeasement«-Doktrin. Die Abstraktion zog keineswegs die Lehren aus dem Faschismus, wie Arnold Bode argumentierte; vielmehr dämmte sie sowohl die kritische Aufarbeitung der »entarteten« Kunst (mit der Folge, daß »entartete« Kunst, darunter auch der irrationale Expressionismus, mit Humanität gleichgesetzt wurde) als auch den Sozialistischen Realismus ein. So konnte Bode 1955 die Kasseler Documenta durchsetzen. Die Gegenständlichkeit

diesseits des Eisernen Vorhangs war für Jahrzehnte inkriminiert. Ein Maler wie Otto Dix stand zum zweitenmal auf der Schwarzen Liste, diesmal bei den Allierten, während der Expressionist Johannes R. Becher erster Kulturminister der DDR wurde. Die Theorie war unerbittlich, und die Praxis steckte voller Widersprüche. Immendorff streckte seinen Finger in den Wind und entschied sich für Realismus. Auch Baselitz widerstand dem US-Import Abstrakter Expressionismus: »Ich wollte nicht kolonisiert werden.« Der im Westen verpönte Realismus versprach politische Profilierung und Profit am Kunstmarkt.

Daß die CIA den Abstrakten Expressionismus propagandistisch ausschlachtete, gilt heute als sicher. Die Protagonisten des Abstrakten Expressionismus wurden – nicht nur von McCarthy – zunächst des Kommunismus verdächtigt. Nicht einmal zu Unrecht, denn Barnett Newman verstand sich in der Tradition Kropotkins und Jackson Pollock in der Tradition der mexikanischen Muralisten. Alfred Barr, damaliger Direktor des Museum of Modern Art, gab der CIA zu verstehen, daß sich mit der Abstraktion der Kalte Krieg munitionieren ließe. Die von der CIA mitfinanzierte Europa-Tour der Abstrakten Expressionisten 1958 durch Basel, Mailand, Berlin, Amsterdam, Brüssel und London legte eine Spur der Steine, die schnurstracks zur Berliner Mauer führte. Wenn man so will, war die Mauer die Antwort des Realismus auf die Abstraktion. Jetzt hatte man endlich jenes Hindernis real vor Augen, an dessen Beseitigung man so lange gearbeitet hatte.

Weil an ihnen Wiedergutmachung betrieben werden kann, sind Ex-68er wie Immendorff oder Peter Stein in bürgerlichen Kreisen sehr beliebt. Berlins CDU-Kultursenator Peter Radunski bezeichnet Peter Stein als Held seiner Jugend und geht ihm als kugelrunder Eckermann bei der gigantomanischen »Faust«-Inszenierung zur Hand. Gelegentliche Provokationen, wie sie beispielsweise Akademie-Präsident Günter Grass 1985 mit seiner Realismus-Debatte hervorrief, ließen die zu Profiteuren der staatlichen Versorgungsprogramme aufgestiegenen 68er noch enger zusammenrücken. Das beliebte Klischee, die Immendorffs dieser Republik hätten ihren Frieden mit dem System gemacht, greift nicht. Sie sind aus dem Kollektiv herausindividualisiert worden, wie der Bizeps eines Bodybuilders, vollgepumpt mit Ruhm, Geld und anderen Anabolika.

Früher prügelte sich Lüpertz in der Potsdamer Straße. Die Szene provozierte mit Aktionen, Fluglättern, Performances. Die Nacht war im Eimer – zumindest auf dem gleichnamigen sog. Skandalbild von Baselitz (1963). Kaum zu Handelsvertretern einer Galeristen- und Kritiker-Clique hochgepusht, setzten die Kraftmeier der neuen deutschen Malerei sehr schnell Speck unter der Yves-Saint-Laurent-Unterwäsche an. Vom Erfolg ermattet, hängen sie heute in der Paris Bar, im La Paloma oder im Düsseldorfer Rochus Club herum. Und wieder ist die Nacht im Eimer. Lüpertz, die Hände voller Klunker, kriegt keinen geraden Pinselstrich mehr hin. Der aus Sachsen stammende Baselitz, der 1977 die Documenta boykottierte, weil auch DDR-Künstler eingeladen waren, sieht seit 1969 die Welt verkehrt herum. Und Immendorff, der Easy Rider der Kunstpolitik, starrt die leere Leinwand an und hört Easy Listening.

Marius Babias ist Redakteur einer Berliner Stadtillustrierten

Konkret 07/96, S. 47

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Witzeerzählen, Gletscherskifahren, Kinderelektrodreiräder mit 6 Volt-Akku, ca. 5km/h, Batterieleistung ca. 3 - 5 Std, komplett mit Batterie und Ladegerät DM 159, – sexuelle Schnellbefriedigung mit einem Hundertmarkschein **erpressen**

*Auf solche und ähnliche Entgleisungen fällt mein verzeihendes Auge, aber eines passiert meinen Blick nicht unverdammt: Das **Gummibärchenfressen***

Was sind das bloß für besonnte Troglodyten, denke ich mir

Erschüttert wie

Verbittert

*Haben die denn so gar keinen **Verstand***

*Die sind doch (wenn auch über eine gewisse Anzahl von Ecken) mit so Großen wie Abraham, Lazarus, Nofretete, Bertha von Suttner und Kant **verwandt***

*Die müßten doch mit einem Fünkchen goodwill die Tragweite dessen **ermessen***

*Also daß das rein vom Kulturellen her gesehn nicht geht, das mit diesem **Gummibärchenfressen***

*Aber nein, wie von Sinnen oder von den Mächten der Dämlichkeit **getrieben***

*Müssen sie sich diesen Glibber manisch mang de Kiemen **schieben***

*Manchmal, wenn ich ihrem Tun beiwohne, werde ich rasend, dann möchte ich ihnen den Klarsichtbeutl aus der Hand reißen oder schlagen, daß die Dinger durch die Gegend wie Minensplitter spritzen; dann wieder gibts Zeiten, da legt sich auf die **Gummibärchenkauer***

*Der milde Schatten meiner **Trauer***

*Da möchte ich sie dann in den Arm nehmen und ihnen heraushelfen aus dem **Graus***

*Und ihnen, wie entsetzlich es auch ekelt mich, die offne Hand hinhaltend, sagen: Komm, sei Mensch, spucks **aus***

Samstagnacht auf Sonntagmorgen

(Protokoll eines Mahrs)

Ich

Im Schlafsack

Im Bierzelt

In Sibirien

Kein Bier

Keine Tische

Keine Bänke

Keine Leute

Kein Laut

Nur

Ich

Im Schlafsack

Im Bierzelt

In Sibirien

Und der Reißverschluß
Klemmt

Für meine Freunde Peter (Herzhinterwandinfarkt) und Paul (Schlaganfall, Lähmung rechtsseits)

Einst waren wir leicht wie Feder
Ach was Feder wir waren Flaum
Ein jeder von uns ja ein jeder
Lief Elfsieben die Hundert Meter
Und wir schnauften dabei kaum

Wir waren Luftikusse
Schmucke mit kein Gramm Schmer
Wir lebten auf leichtem Fuße
Als Vertreter der Firma Muße
Am Strand vom Sorglosmeer

Wir erlegten flotte Käfer
Allnachts im Tanzpalast
Andere waren Schläfer
Wir sprangen als muntere Kläffer
Von einem zum andern Kontrast

Doch eines Tags im Aprile
Bezugsweise über Nacht
Verpaßte uns wer eine Pille
Und weg war das Juvenile
Und es hatte sich mit der Pracht

Einst aufrecht lieng wir nun darnieder
Ab ist der rotzfreche Lack
Vergichtet sind die Glieder
Und wir riechen nicht mehr wie Flieder
Sondern nach spitalem Sack

(Doch merket, liebe
Freunde: Lieber
als spitaler Sack denn
gar nicht auf der
Welt, istn't it?!)

Wie einmal ein gemeinsamer Badeausflug zu einem Teil ins Bier fiel

Ein von lichterloher Sonne ausgebleichter Azur über, die Teerblasen schlagende Landstraße zwoter Ordnung entlang der S-Bahn-Trasse München/Geltendorf unter mir – so litt ich es gern, im Sattel meines Renners an jenem Julitag 94, als ich von einem Studiotermin im Bayerischen Rundfunk zugunsten des Sonntagsmagazins beim WDR Richtung Ammersee bretterte,

runden Tritts und vergnügt, weil es giebt nicht viel Schöners für mich, als wie, beflügelt von der Gewißheit, ein kleines Funkstück orntlich hinter mich gebracht zu haben, im Sattel in knallender Hitze heimwärts zu schnüren, noch dazu wenn der Gott des Gegenwindes mit sich spaßen läßt. Wie ich nun am Finanzamt Fürstenfeldbruck, wo ich nach dem Tod meiner Eltern deren Rente der letzten Jahre nachversteuern mußte, ritual fluchend vorüber und in die Schöngeisinger Straße eingebogen war, stoppte ich an der Adler-Apotheke, um einen Blick auf Uhr und Thermometer zu tun. Es war 13 Uhr 30, und das Quecksilber köchelte bei 52 Rad. Ich rieb mir mit dem Handtuch aus dem Lenkertascherl den Oberkörper frei vom Schweiß und hielt, das Rad schiebend, aufs »Bürgerstüberl« zu, wo ich mit Wieland Schleymbichler, meinem schwergeschätzten Kriegsdienstverweigerungskameraden, zum Badeausflug verabredet war. Wie immer war der Kreisstadt führendes Asyl auch an diesem Gluttag rappelvoll mit Kismetgebeutelten, tatooten Frührentnern, auf Bewährung Bestraften, von Alk und Ehen Zerrütteten und übergewichtigen Gelegenheitsstricherinnen. Und – mittendrin – mein Freund.

Ich, dessen Blut von der Sonne Glut und dem Dreißigerschnitt im Sattel aufgeschäumt war, in dessen Oberstübchen die Elfen mit den Primzahlen poussierten, ich war nix wie Sehnsucht nach fließendem Wasser ... Mein Herzenskamerad Wieland aberkam, hinabgezogen von Alk & Depress in die hopfenundmalzverlorne Hölle des Bürgerstüberls, nicht hoch mit dem Ausflugsarsche. Es bedurfte keines erklärenden Wortes; sein Blick aus der Gefangenschaft der siebten achten Halben hell sprach Bände. Um ihn nicht zu quälen und mir nicht zu schaden, warf ich ihm eine Kußhand zu und – mich in den Sattel. Wenig später hing ich nackert am Ast einer am Ufer wurzelnden Buche und ließ mich von den Wassern des Amperflusses umschmeicheln.

Konkret 07/96, S. 48

Holm Friebe

Buch & Deckel

Claudia Hart: Machiavelli für Kids. Edition Nautilus, Hamburg 1996, 48 Seiten, 14,80 Mark

Eine gewisse Renaissance erlebt gegenwärtig der Machiavelli. Ehedem harsch angefeindet ob der mangelnden Moralhaftigkeit seiner Schriften, reüssiert er im selbst nicht gerade zimperlichen Postfordismus als spätmittelalterlicher Begründer der Realpolitik. Das Standardwerk *Il Principe* (*Der Fürst*) wird landauf landab neu gelesen und behutsam heutigen Gepflogenheiten angepaßt. Bereits 1985 erschien bei Econ *Management und Machiavelli*, das einer über die bloße Alliteration hinausgehenden Affinität von Marktwirtschaft und Machtpolitik nachspürte und mitunter erstaunliche Erkenntnisse zutage förderte: »Geschäft und Krieg ähneln einander so sehr, daß jedes Stadium der Militärgeschichte seine Parallele in der industriellen und kommerziellen Kriegsführung findet.«

Seither war der Siegeszug des sympathischen Italieners in allen zwischenmenschlichen Bereichen so gut wie nicht aufzuhalten. Selbstredend, beinahe, daß in einem solchen gesellschaftlichen Klima die Kindheit kein idyllischer Ort außerhalb bleiben kann, nicht bleiben darf, daß vielmehr die Vorbereitung auf den draußen tobenden Krieg Aller gegen Alle nicht früh genug erfolgen kann. Wo F.K. Waechters *Anti-Struwwelpeter* – noch mit dem 70er-Jahre-Ballast einer solidarischen Gesellschaftsutopie versehen – nur das Terrain sondierte, macht Claudia Harts *Machiavelli für Kids* kurzen Prozeß. Kindgerechte Versionen wesentlicher Sentenzen aus dem *Fürst* illustriert die in Berlin lebende Amerikanerin mit ins Krude kippenden Adaptionen geläufiger Kindermotive, von der *Häschenschule* bis zum *Kleinen Prinzen*. Mit Vehemenz wird der harmonische Kinderbuchkosmos zertrümmert, der mit der Realität schon längst nichts mehr zu tun hatte; die Bruchstücke lesen sich dann wie folgt: »Hilf Deinen Freunden, wenn sie in Gefahr sind, sonst überleben sie vielleicht doch und fallen Dir dann in den Rücken.« – Im Resultatein How-to-do-Buch für den alltäglichen Daseinskampf, das in keinem progressiven Kinderzimmer fehlen darf.

Konkret 07/96, S. 48

Peter Hetzler

Buch & Deckel

Backslash, Hack-tic, Jansen & Jansen: Der kleine Abhörratgeber. Edition ID-Archiv, 140 Seiten, 18 Mark

Es soll immer noch Leute geben, die glauben, daß man ein Fax nicht abhören, Mobiltelefone nicht anzapfen und per Internet unüberwacht miteinander kommunizieren kann. Und die dann im Knast lange darüber nachdenken, mit welch perfider Methode der Staatsschutz das Attentat auf die Katze des Kanzlers aufgeklärt hat.

Weil das so ist, publizierte in den Niederlanden eine Gruppe von Hackern und Techno-Anarchisten das Buch *De muren hebben oren*, das jetzt auch in der BRD – auf hiesige Verhältnisse umgearbeitet – als *Der kleine Abhörratgeber* erschienen ist. Raumüberwachung, Telefonsysteme, Funkempfänger, Peilsender, Packet Radio, CB-Funk, Computer, Internet, E-Mail, Kameras und Richtmikrofone sind die Themen. Die Autoren loten Möglichkeiten und Grenzen moderner Überwachungstechniken aus. Leider muß man bei der Lektüre feststellen, daß im Zeitalter von Multimedia und ISDN von ernsthaften Grenzen kaum noch die Rede sein kann. Wo es sie doch gibt, werden sie nicht von der Technik, sondern von dem Etat gesetzt, den der Staatsschutz zur Verfügung hat, um die Technik anzuschaffen.

Ähnliches gilt allerdings auch oft für die Tips, die die Autoren als Gegenstrategie empfehlen. Die einfachen kleinen Hilfsmittel, mit denen man in früheren Zeiten Abhörmikrofone neutralisieren oder aufspüren konnte, taugen bestenfalls noch, um einen Privatdetektiv zur Verzweiflung zu treiben. Wer sich der Neugier von Geheimdiensten erwehren möchte, braucht Hilfsmittel, die entweder teuer sind, oder im Selbstbau den technischen Horizont eines linken Durchschnittsintellektuellen weit überfordern.

Trotzdem erzeugt das Buch kein Gefühl von Ohnmacht. Es vermittelt das nötige Wissen, um Abhörmöglichkeiten realistisch einschätzen und sich gegebenenfalls darauf einstellen zu können. Erfreulich ist außerdem, daß die Herausgeber das Verschlüsselungsprogramm »Pretty Good Privacy« (PGP) beigelegt haben. PGP ist ein Softwarepaket, mit dem E-Mail und sonstige Daten so verschlüsselt werden können, daß man mit der derzeitigen Technologie einige Jahre Rechenzeit bräuchte, um sie wieder lesbar zu machen.

Alles in allem also ein ebenso informatives wie hilfreiches Buch (nicht nur) für die Praxis – und größtenteils sogar allgemeinverständlich geschrieben. Kaufen, solange es dieses Werk noch zu kaufen gibt.

Konkret 07/96, S. 48

Dietrich Kuhlbrodt

Buch & Deckel

Mathias Wedel: Erich währt am längsten. Edition Tiamat, Berlin 1996, 160 S., 26 Mark

Der beigetretene Osten ist inzwischen wieder ausgetreten, jedenfalls was die »Befindlichkeit« anlangt; Wedel beschreibt in *Erich währt am längsten* die autonome Zone der Beleidigten und Entrechteten, in welcher die Massen der Opfer, wenn sie nur wollten, schlagartig überall, vor allem in Sachsen, die Regierung bilden könnten. Sein Vorschlag, Umbenennung der PDS in Partei der Beleidigten (PdB) oder besser in Partei der tief Beleidigten (PdtB), wählbar für den *kleinen Mann*, »dieses massenhaft auftretende Monster«, das darauf bestehe, »immer und zu jeder Zeit der Angeschissene zu sein«. Der Ostberliner Autor (*Einheitsfrust, Land unter*) zählt in seinen Beleidigten-Psychogrammen die beklagenswerten Symptome der zonalen Opfer-Psychose auf, wobei er seine ostelbischen Mitbürger noch weiter in die Krise treiben wird, denn er spart nicht an polemischen Attacken gegen die Alt-Simulanten des Sozialismus, die sich jetzt in postkommunistischer Kommunalethik versuchten. Mit räsonnierender Redundanz plus einigen derben Kalauern rechnet er mit der alt-neuen Bequemlichkeit von uns Ossis ab □ beflissen, labil, flexibel, wie sie sind. Das ist, wie es sich für jede Polemik gehört, ungerecht bis dort hinaus, aber schlichtweg wahr.

Täter sind im Falle Wedel jedoch die Wähler vom einzigen linken Verein, nämlich von der PDS, die bequemerweise davon ausgehen, daß es am Status Quo nichts mehr zu rütteln gebe und daß es jetzt darauf ankomme, sich »einzubringen«. Wedel beklagt Verluste: vorbei die anarchische Haltung, alles, was (kapitalistischer) Staat ist, zu ignorieren; vorbei der sportliche Ehrgeiz, sich an Sabotageakten zu beteiligen. Für derlei klassische Subversion ist kein Mensch in den neuen Provinzen zu gewinnen. Wedels Horrorfantasie: Was passierte, wenn zwar nicht die Partei, wohl aber diese »marodierenden Gemütsmenschen« an die Macht kommen: Krakeeler, Terroristen, Reps, Befürworter der Todesstrafe und des Waffenscheins für volljährige Deutsche, Vorkämpfer für die Abschiebung der Türken und die Errichtung von Hochspannungszäunen an den deutschen Grenzen, Streiter für die Lynchjustizbei Notwehr und bei der Begegnung mit vietnamesischen Zigarettenhändlern, Kämpfer gegen die »Feminisierung der Gesellschaft« und gegen die Gleichstellung von Schwulen... Und alle, so Wedel, simulieren, wie gehabt, menschengemeinschaftliche Harmonie, gemeinsames Wollen, konstruktive Mitarbeit und loyale Mitgestaltung. In diese alt-neue Blase (Untertitel des Buches: »Die Zone darf nicht sterben«) sticht unser Autor. Ein Psychomassaker, diese ostdeutsche Phänomenologie des (Klein-) Geistes: mindestens ein Versuch, bislang. Denn, wie lange hält die Blase ?

Konkret 07/96, S. 49

Georg Fülberth

Buch & Deckel

B.K. Tragelehn: NÖSPL. Gedichte 1956-1991, Stroemfeld/Roter Stern, Basel/Frankfurt am Main 1996, 196 Seiten, 48 Mark

Für den Übersetzer, Regisseur und Lyriker Tragelehn ist die DDR – sei es von innen oder außen, zeitgleich oder danach – Wahrnehmungs-Voraussetzung in mindestens drei Bereichen: Politik, Theater, Sexualität.

1936 in Dresden geboren, wechselnde Handarbeiterjobs, dann Lehre bei Brecht und Engel, Inszenierungen. SED-Ausschluß und Entlassung nach der Uraufführung von Heiner Müllers: »Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande«, Braunkohletagebau, wieder Theater. Schließlich ohne Aufträge in der DDR, 1979 ff. Stuttgart, Frankfurt/Main, Bochum, Düsseldorf, München. Stoff für mindestens zwei Dissidenten-Karrieren, wovon man in diesem Fall aber nichts gehört hat. Längst wieder zurück im Osten, Vizepräsident des dortigen P.E.N.-Zentrums.

Die Gedichte – eine erste Auflage erschien 1982, der Text der zweiten, 1996, ist erheblich erweitert – sind chronologisch angeordnet, kommentieren markante Stellen dieser Biografie und sind doch, da gut, von ihr ablösbar.

Dies übersah sogar der kompetente Interpret Heissenbüttel. Er befand zwar anläßlich der ersten Auflage: »Ich halte diesen Gedichtband Tragelehns ohne Rückhalt für beispielhaft« – worin ihm zuzustimmen wäre, wüßte man, was er meint – , doch er verfehlt gerade das Titelgedicht:

Nicht wachen nicht schlafen das Herz / Petrograd Sierra Maestra Hiroshima / Vietnam Stalingrad Auschwitz Yenan / Nicht wachen nicht schlafen das Herz / 107.862 qkm 10-15 ö.L. 50-57 n.B. / Planquadrat DDR NÖSPL regiert still.

Heissenbüttel liest hier »die Namen der Verhängnisse im 20. Jahrhundert«, was für Hiroshima und Auschwitz gilt, für Vietnam, Stalingrad, Petrograd, Yenan nicht. Also verbietet sich eine umstandslos negative Konnotation der DDR, deren Absonderung von möglicher Geschichte – »Nicht wachen, nicht schlafen« – Tragelehn moniert.

Völlig daneben schließlich der Stasi-Jäger Corino, der sich in der »Stuttgarter Zeitung« ausgerechnet an einem der schönsten Texte des Bandes vergriff, dem Liebesgedicht »Ein Abend in Deutschland«. Der Rezensent vermißt die ihm vertraute Missionarshaltung und sieht »unter dem offenen Deckmantel der geschlechtlichen Obszönität die politische Obszönität der deutsch-deutschen Grenze«. Wüßte der Herr Voyeur etwas, dann fiele ihm auf, daß die beiden, er Ost, sie West, bei sexueller Manipulation und Erzeugung von Fäkalien offenbar tun, was sie wollen, er aber nicht.

Da und dort überholen die Verse das, worauf Tragelehn sie zunächst beschränken wollte, zum Beispiel 1990: »Am Werderschen Markt das geschmeichelte Lächeln / Des Idioten gewählt von Idioten«. Man denkt völlig zutreffend an Kohl und Diepgen, doch der Autor weiß es in einer Annotation – Seite 185 – scheinbar besser: »Am Werderschen Markt steht das Gebäude des Zentralkomitees der SED, dort wurde im Herbst 1989 Egon Krenz zum Generalsekretär (als Nachfolger von Erich Honecker) gewählt.«

Es bleibt ein durch Lebens- und Zeitgeschichte vergifteter Kommunismus, etwa in einem Lenin-Zyklus, der das Scheitern des Versuchs in die frühe Ohnmacht des Revolutionärs, hier »L« genannt, spiegelt. Einleuchtend ist die historisch-dialektische Interpretation des Diktums »Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist«. Tragelehn: »L ganz unten, sozusagen im Keller, sehr laut / Einmal oben prügelt mit diesem Satz / Sein genialer Schüler die blöden Knechte / Bis sie blöd bleiben. Wer nicht blöd bleibt, stirbt.«

Der Verlust des Mauer-Bonus nach 1989 kommt nicht nur von der Gemeinheit des Feuilletons, sondern hat eine Ursache auch darin, daß Ost-Dichter über den Kapitalismus nichts Originelles zu sagen wissen. Außer Waldsterben und Ellbogengesellschaft fällt ihnen kaum etwas ein. Tragelehn hat vielleicht das Zeug zur Ausnahme. 1981 kommentierte er einen Konflikt am Frankfurter Schauspielhaus über eine Erklärung des Ensembles zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen, das rabiate Vorgehen des Oberbürgermeisters und das feige Verhalten eines Theaterdirektors. (Der Autor verlor mal wieder seinen Job.) Eine Annotation verdeutlicht: »Die zwei Frankfurter Würstchen (oder Ärsche) sind Walter Wallmann und Johannes Schaaf.« Das ist gut. Doch auch dieses Gedicht muß nicht auf den vom Poeten geouteten Namen sitzenbleiben.

Konkret 07/96, S. 49

Dietrich Kuhlbrodt

Buch & Deckel

Peter Kern: Jeder kriegt sein Fett weg. Titan Verlag, München 1996, 221 Seiten, 19,80 Mark

Der dicke (175 kg) Regisseur, Schauspieler und Talkgast Peter Kern schrieb ein Buch über sich, seine Rollen, seine Filme, seine Amouren, vor allem aber darüber, wie er sich Geld beschafft und wem er Geld schuldig bleibt. Die Produktionsgeschichte des Buchs (Untertitel: »Abspecken in 30 Speisen«) ist gleich die beste, denn die Diätfirma Figura Fit hat die Pseudoabspeckstory finanziert, Publicity für ihr Produkt erwartend. Wer sein Fett wegkriegt, das sind jedoch alle anderen, mit denen Kern zu tun hatte, und das sind auch die, die wir bislang ehrten und liebten. Und jetzt dies: Das Buch aufschlagen und beleidigt zu sein ist eins. Zu den »Totengräbern des Theaters« sieht sich »ein Herr Schreiber« gerechnet, der sich regelmäßig in der »Frankfurter Rundschau« ergießt und den Kern immer dicker macht, denn der bringt den Kritiker in Gedanken um, zerstückelt ihn und frißt ihn auf »wie ganz normales Kantinenessen«. – Ja, viele Jahre Frust & Fett, aber mit dem Buch ist die Stunde der Abrechnung gekommen, und die ist, zugegeben, die bessere Diät; Figura Fit wird dies einsehen müssen. Klatsch und Tratsch (»wie Fassbinder auf den Strich ging«), hemmungslos, aber nie weitschweifig. Kern verteilt Zensuren (»Die Wehleidigkeit Wim Wenders', die Frustration von Werner Herzog, das peinliche Machogetue des Volker Schlöndorff, die Schwulenattitüde eines Sönke Wortmann, doch Monika Treut ist der einzige _Mann in der deutschen Filmszene«). Auch outet er »die schwulen Festivaldirektoren«: »Wo Minderheiten an den Hebeln der Macht auftauchten, da halfen sie auch ihresgleichen; der schwule Film wird dann unter dem Deckmantel der Kunst einem breiten Publikum zugänglich gemacht«. Auwei! So was von Wiener Schmäh habe ich in einem Buch noch nicht gelesen.

Das ist als Autobiografie – Kern spart sich mitnichten aus – bös-charmant und wieder von Belang. Die Schonzeit ist zuende für unsere selbststilisierten, sich berufen fühlenden, auch schlicht eingebildeten deutschen Film- und Theatergrößen. Ihnen wird in *Jeder kriegt sein Fett weg* von einem Proletenkind aus Wiens Arbeiterviertel, dem II. Gemeindebezirk, unverblümt die Meinung gesagt. Hier, in einer Ein-Zimmer-Wohnung, war Peter Kern aufgewachsen, wöchentlich umschichtig gab's Kartoffelgulasch oder eingebrannte Kartoffeln (nämlich in Mehlsauce). Der Vater (Arbeiter in der Baufirma Pittel und Brausewetter) war Kommunist mit Leib und Seele, infolgedessen schnell arbeitslos, als Österreichs Osten nicht mehr rot war. Zuhaus las er »Die Volksstimme« (Auflage 70.000, davon gingen 30.000 in die UdSSR). Der junge Peter bildete sich in der kommunistischen Jugend. Doch als Onaniervorlage dienten ihm Diskus- und Speerwerfer in einem Nazibuch, das unbegreiflicherweise neben Marx und Lenin geraten war. Und als die Kern-Sippe 8.000 Schilling Wiedergutmachung für den im KZ ermordeten Großvater bekam, der Jude gewesen war, durfte Peter sich ein Magnetofongerät wünschen. Und los ging's auf dem Weg zu Künsten & Kilos.

Konkret 07/96, S. 50

Georg Seeßlen

Altes Glück, neues Elend

Konstruktionen des Deutschseins und innere Gefährdungen des Zuhauseplatzes: Deutsche TV-Serien und ihre Vorbilder aus den dreißiger und fünfziger Jahren. Schluß des zweiteiligen Beitrags über Kontinuitäten in der nationalen Film- und Fernsehunterhaltung

V.

Aber die Kontinuitäten liegen möglicherweise noch sehr viel tiefer. Dazu nur ein paar Modelle:

1. Die Modernisierungsfabel

Wesentlich für den nationalsozialistischen Unterhaltungsfilm ist die Parabel eines Modernisierungsprozesses: da wird ein Theater, eine Kaffeestube, ein Kaminkehrerbetrieb etc., rührend altmodisch, durch das »junge Blut« erneuert und einem größeren Gedanken unterworfen. Gerade in den österreichischen Filmen dieser Zeit spielt der Gedanke von Zusammenschluß dabei eine Schlüsselrolle. Ein Kaffeehaus, das geteilt wird, und sich wieder zusammenschließen läßt, ist eine so probate wie unverdächtige Parabel auf den Anschluß Österreichs an Deutschland. Dieselbe Geschichte wird in der Nachkriegszeit unter dem Motiv des marktwirtschaftlichen Umbaus erzählt. Man modernisiert nun die Bauernhöfe zu Ferienhotels und, in den siebziger Jahren, die Dorfwirtschaft zur Diskothek. In den entsprechenden Fernsehserien, von »Forsthaus Falkenau« bis »Ein Schloß am Wörthersee« scheint zunächst die Modernisierung eher abgeschlossen und es vorwiegend darum zu gehen, die »übertriebene« Modernisierung rückgängig zu machen, die Idyllen zu rekonstruieren, die man im letzten Jahrzehnt verloren hatte. Aber dahinter vollzieht sich ein weiterer Prozeß der Modernisierung, hin, vielleicht, zu einer ökologischen Universalität. Die Umbauten produzieren nun vor allem eine Art Medialisierung; die Kinder der »alten Bauern« wollen nun nicht mehr, wie noch zwei Jahrzehnte zuvor, eine Autowerkstatt im Dorf errichten (wohl wissend, auf welche ökonomischen Gefahren sie sich dabei einlassen würden), sondern sie wollen Ski-Stars werden und ziehen als erstes die Fernsehkameras ins Dorf. Und schließlich hat die deutsche Serie mit Ost und West ihr eigenes Anschluß-Syndrom, das »gemeinsame« Haus, das immer wieder spannungsvoll im Mittelpunkt steht, wie bei »Unter einem Dach«.

So hat die deutsche Fernsehserie zwei imaginäre Bezugspunkte in der Geschichte, das ständische Deutschland der dreißiger Jahre und das optimistisch bunte Deutschland der fünfziger Jahre. Das Anknüpfen der Serien an die fünfziger Jahre bedient wie bei dem Boom der volkstümlichen Musik, der ein wenig nach dem Erfolg der »neuen« deutschen Fernsehreihen einsetzte, nicht bloß die wachsende Publikumspräferenz, sondern ist auch von der Produktionsseite geplant und verstärkt; jeder Schauspieler, von Christian Wolff bis Christian Quadflieg (»Der Landarzt«), mußte im obligaten Produktionsinterview auf die Produktion der Fünfziger hinweisen, in denen die meisten Produzenten und Autoren mit festen Beinen standen. Was der Kritik möglicherweise sauer aufstößt, ist Prinzip dieser Produktion, daß ein Produkt wie ein Ei dem anderen, wie ein Ufa-Film dem anderen gleicht. Daß die Hubys, Lichtenfelds und Reineckers tatsächlich immer wieder die gleichen Geschichten ausstoßen, wiegt kaum schwerer als der Umstand, daß die immergleichen Kamerafahrten, die literarisch-assoziativen Schnitte, eine Spezialität des Ufa-Films (wie war denn das noch mit dem Koffer? / Schnitt. / Ein Koffer) exzessiv verwendet werden.

Die Kontinuität der Ästhetischen Produktion in der deutschen Unterhaltungsindustrie liegt keineswegs allein darin, daß stets anhand scheinbar ewiggültiger Figuren und Ambientes (der Arzt, der die immer gleiche Autorität ausstrahlt über alle Jahrhunderte hinweg; die alpenländische »Heimat«) die beständigen gesellschaftlichen Umbauten erklärt werden – eine Konstruktion, die in sich bereits durchaus »nationalistisch« ist und die es in dieser Art in anderen Sinn-Industrien nicht gibt. Vielmehr geht es dabei auch um das Verhältnis zwischen den Teilbereichen des Kontinuierlichen (der Zeichen-Repertoires der jeweiligen Genres, die im übrigen und nicht zuletzt das »Deutschsein« des Ereignisses bezeichnen), der Modernisierung (den Fabeln, die erklären, warum Anpassung zum Fortschritt führt und umgekehrt) und des Bewußtseins. Der Held der traditionalistischen deutschen Fernsehserie versteht sich auf die Kunst, zugleich das zu sein, was die CDU »wertkonservativ« und unsereins erzreaktionär nennt, und sich keinem technischen und ökonomischen Fortschritt in den Weg zu stellen. (Der Versuch von »Peter Strohm«, gleich in einem universalen Sinn reaktionär zu sein, endet denn auch in unfreiwilliger Komik.)

2. Die Familienbilder

Die Organisation der Gesellschaft im faschistischen Unterhaltungsfilm ist, natürlich, keine demokratische, sondern eine ständische. Auch wenn sozusagen von »Politik« und »Geschichte« vollkommen abgesehen wird, ist in allen Familienbildern, ja sogar in den Tänzen und Liedern die ständische Organisation der Gesellschaft präsent: Glücklich ist,

wer ganz in seinem Stand aufgeht (und als Vertreter seines Standes ist er dann, mythisch, in der »Volksgemeinschaft« als gleichwertiger repräsentiert). In der dazugehörigen Zeichenwelt verhält man sich nun nur anders. Der Förster in »Forsthaus Buchholz« läuft gewöhnlich im Anorak durch den Forst, verwandelt sich aber pflichtschuldigst bei einer Prominenten- und Aristokratenjagd in das geforderte Bild mit Gamsbart-Hut und Lodenjacke.

Daß es in diesen Filmen immer Figuren gibt, die die Grenzen der Stände sozusagen berufsbedingt überschreiten, weist zum einen auf die Definitionsmacht dieser Bewegung, zum anderen auf die Militarisierung der Gesellschaft hin. Der Jäger ist eben nicht, wie gelegentlich behauptet, so etwas wie der Sheriff, der Vertreter der guten Dorfgemeinschaft gegen die Outlaws (die Wilderer), er ist vielmehr einer, der die Grenzen der Stände überwacht, die Jagdprivilegien der Herrschaften und die Holzrechte der Bauern. Daran hat sich auch im »Forsthaus Falkenau« nichts geändert. Insbesondere in den Heimatserien ist diese ständische Organisation der Gesellschaft gar heimliches Hauptthema, das gesellschaftliche Oben und Unten wird ganz topographisch wiedergegeben, vom Adel bis zum »Gesindel«.

3. Die Beziehung der Geschlechter

Für den nationalsozialistischen Unterhaltungsfilm spielte nicht zuletzt die Umformung der Frauenrolle eine bedeutende Rolle. Die Verwandlung der Frau in die Mutter war dabei nur eines der Ziele, ein anderes, den Rahmen der weiblichen Bewegung neu zu definieren. Es ist daher wohl kein Wunder, daß es im faschistischen Film so viele Frauen gibt, die sich in Männerkleider begeben oder sich, wie die »Geierwally«, männliche Verhaltensweisen aneignen. Diese Bewegung einer sozusagen steckengebliebenen Emanzipation entsprach den Erfahrungen und führte stets dazu, die angestammten Rollen wieder einzunehmen. Auch der deutsche Unterhaltungsfilm der Nachkriegszeit spricht, wiederum unter geänderten Vorzeichen, von einer Modernisierung der Frauenrolle und ihren Grenzen. Marianne Koch als »Landärztin« (1958) mußte den Dorfbewohnern erst einmal zeigen, daß auch eine Frau diese Funktion einnehmen kann, um sich am Ende doch den Ratschlägen des »erfahrenen« Rudolf Prack zu beugen und die »richtige« Frauen-Rolle einzunehmen.

In der TV-Produktion der dritten Generation ist dies nicht weniger Thema: die Frauen müssen sich in allen nur erdenklichen Berufen bewähren, sie werden Streifenpolizistinnen (»Großstadtrevier«) oder Kommissarinnen, Pfarrerinnen, Journalistinnen, Richterinnen usw. und müssen doch zugleich immer wieder beweisen, daß sie dabei auch »Frauen« bleiben. Zum Auftrag der Mütterlichkeit ist ein weiterer, allgemeinerer der Humanisierung getreten: Polizistinnen beweisen zugleich, daß sie genau so gut schießen können wie ihre männlichen Kollegen, und daß sie es nicht so oft und schon gar nicht so gern tun wie diese. Sie vermütterlichen die Institution (und lancieren, nebenbei, offensichtlich eine Mode, nach der mittlerweile auch die Hälfte der »echten« Polizistinnen mit gezopftem Blondhaar erscheinen wie schwerbewaffnete BDM-Mädels).

Die wahre Beziehung zwischen den Geschlechtern scheint sich in der zwischen dem Arzt und der Schwester zu zeigen, und sie definiert nicht zuletzt die Machtverhältnisse im Reich der Sinne: »Dr. Stefan Frank« (RTL) hat eine hübsche Sprechstundenhilfe, der die männlichen Patienten gern einmal auf den Hintern gucken, was der Gynäkologe und Chirurg nicht etwa denen, sondern ihr ankreidet: Sie solle sich doch so kleiden, daß die Patienten und Patientinnen nicht »abgelenkt« werden. Schnellkursus in Viktimologie, vom »Arzt, dem die Frauen vertrauen«, dessen Vater ihm die Praxis übergeben und sich selbst eine junge Freundin zugelegt hat, die der Sohn als »zu mollig« empfindet: »Wieso, da hat man was zum Anfassen!«. Die alten Verhältnisse sind ohne Scham wiederhergestellt, der Arzt, »dem die Frauen vertrauen«, ist ein chauvinistisches Arschloch, der sich mit einem faschistischen Vater prächtig versteht. Die böse Frau ist »Keksfabrikantin« (eine deutsche Frau soll ihre Kekse gefälligst allein für die deutsche Familie backen), und aus lauter Karrierismus vernachlässigt sie ihren Sohn, der entsprechend von Dr. Frank wie von Sauerbruch gerettet werden muß: Die Ordnung der Welt ist in diesen Arzt gespiegelt.

Aber auch dieser Aspekt erhält seine eigentliche Bedeutung erst auf einer tieferen mythischen Ebene. Der weibliche Held ist in der populären Mythologie in der Regel eher territorial, der männliche eher temporal definiert. Sieht man die deutschen TV-Serien mit weiblichen Helden oder mit »gemischten« Gruppen darauf hin genauer an, so ergibt sich eine ausgesprochen vielsagende Differenz der Bewegungsradien: Die Frau, die sich als Heldin auch in der physischen Aktion bewähren darf, muß zugleich immer wieder auch ein territoriales Zentrum besetzen. Noch die »emanzipierteste« unter ihnen wirkt zumindest in ihrer mythischen Topographie als »deutsche Mutter«.

4. Der Raum und die Zeit

Es geht vor allem um die Besetzung des Raumes; der faschistische Unterhaltungsfilm warnt vor allem, was nicht an seinem Ort ist, selbst, wer eine größere Reise hinter sich hat, ist in der Regel schon stigmatisiert, und der Nicht-Seßhafte kann nur Unruhestifter sein (der, außerhalb der Leinwand, deshalb auch vernichtet werden muß). Das ist im Heimatfilm der Nachkriegszeit nicht anders; unstetes Umherwandern macht eine Figur beinahe automatisch zum Feind. Unvorstellbar, einen Drifter zum Helden zu machen, wie es der amerikanische Film tut. Und in den Aufbruchsphantasien der

Wirtschaftswunderzeit, in den Ferienfilmen zum Beispiel, geht es vor allem darum, diese Bewegungen zu kontrollieren und zu begrenzen. Man achte nur einmal darauf, wie wichtig es in diesen Filmen ist, daß einer den anderen beobachtet, damit der seinen Freiheitsdrang nur ja nicht übertreibt, wie oft dieser Bewegung ein schnelles und eben doch »gutes« Ende gemacht wird und wie wichtig es den Personen ist, die zeitliche Begrenzung ihrer kleinen Fluchten in die damaligen Ferienparadiese zu betonen.

Ganz entschieden ist auch in den deutschen TV-Serien der territoriale As-pekt überrepräsentiert. So wie es dem Kriminalpolizisten vor allem beständig darumzu gehen scheint, sein »Revier« zu definie-ren, so besetzen Familien-Dynastien ihre mehr oder minder magischen Orte, die Winzerberge von »Moselbrück« meinethalben. Und wieder erscheint hier nicht nur die Spannung zwischen den Raumbesitzern unter den handelnden und den nomadischen Figuren erheblich, sondern auch die topographische Mythologie: Oben ist gut und unten ist schlecht. Oben herrscht Ordnung und unten das Chaos. Die Struktur der Serie bestimmt, in der Mehrzahl der Beispiele, die Verteidigung der Ordnung oben gegen das Chaos von unten.

Für den nationalsozialistischen Unterhaltungsfilm war das Land die Quelle der Volksgemeinschaft, die Stadt dagegen Ort der Sünde (der bolschewistisch-jüdischen Verschwörungen und der entarteten Künste sowieso). Der Nachkriegs-Unterhaltungsfilm wiederholte dies unter anderen Voraussetzungen; das mythische Drängen aufs Land und in die Provinz entsprach einem Mythem der Entschuldungsideologie: Hier bei den Bergen, in der Heide, im Schwarzwald, übertrug sich dem Menschen etwas von der »Unschuld« der Natur (die gleichwohl durch und durch »deutsch« zu sein hatte), übertrug sich der Diskurs der Nation in den der Heimat. Hier war man, als wäre man nie woanders gewesen, als habe man auf dem Bankerl auf der Alm gesessen, während ein fremder Krieg tobte. Die deutsche Fernsehserie wiederholt diesen Widerspruch noch verschärft: Das Ländliche ist gut, das Städtische schlecht. Nur der Grad der Bearbeitung hat zugenommen.

Seit den achtziger Jahren also kippt die Modernisierungsphantasie um. Ganz panisch waren die Helden des deutschen Unterhaltungsfilm in den sechziger und siebziger Jahren damit beschäftigt, ihren provinziellen Lebensraum zugleich auszudehnen und zu modernisieren. Und immer wieder war die neue Straße (als Bild der »Anbindung« an die Welt) und das modernisierte Wirtshaus (als allgemein gültiges Bild des »deutschen« öffentlichen Raumes) die zentrale Metapher. In den achtziger Jahren werden im Fernsehen genau dieselben Metaphern wiederverwendet, doch diesmal in entgegengesetzter Richtung, als Bilder dessen, was es zu verhindern und was es zu verteidigen gilt. In der »hessischen« ZDF-Komödie »Die Sache ist gelaufen« (1985) verteidigt sich die Dorfjugend dagegen, daß die Straße verbreitert und das Dorfgasthaus, ihr Treffpunkt, abgerissen wird. Und nun sind es gerade die Alten, die sich zu Agenten der Modernisierung machen lassen, und die Jungen, die, mehr oder wenig nostalgisch, das Traditionelle zu bewahren suchen. Das läßt sich als freundlicher ökologischer Appell an das Maß der Erneuerung lesen; es funktioniert freilich auf einer anderen mythischen Ebene gewiß auch als Bild der »nationalen« Situation. Nicht nur der konkrete Lebensraum, vielmehr die Räumlichkeit selber ist in Gefahr – jene besondere Form von Räumlichkeit, die wir als Konstante der deutschen Unterhaltungsfilme seit dem Faschismus kennengelernt haben, eine Räumlichkeit, in der sich die Zeichen der (deutschen) Bewahrung mit solchen der Modernisierung treffen können.

Der Widerspruch zwischen Stadt und Land vollzieht sich in den TV-Serien der dritten Generation noch immer nach demselben Schema. Je weiter man sich aufs Land begibt, desto schöner und ordentlicher wird die Welt (man könnte auch sagen: desto deutscher wird sie); je tiefer man sich in die Stadt begibt, desto schlechter und unübersichtlicher wird die Welt. Das endlose Leiden der »Lindenstraße«-Bewohner wäre, natürlich wider alle soziale Erfahrung, auf dem Land nicht möglich. Auch spart die Fernsehserie ganz offensichtlich genau jene Lebensform aus, die mittlerweile die Lebensbedingungen einer Mehrheit der Menschen in unserer Gesellschaft bestimmen, das Leben in Suburbia, in den wuchernden Wohnsiedlungen, die weder Stadt noch Land sind (und aus denen, nebenbei, der amerikanische Film ganz direkt eine Viehlzahl seiner Mittelstands-Horrorfilme und -Komödien entwickelt). Der Gegensatz zwischen Stadt und Land wird statt dessen offensichtlich als ästhetischer und mythischer aufrechterhalten, weil er sich so sehr als Metapher auf eine ständisch organisierte Gesellschaft eignet.

Das heißt nicht, wie es eine oberflächliche Betrachtungsweise ergeben könnte, daß nur noch eine heuristische Behandlung der aktuellen Probleme stattfindet (alles, was in der gesellschaftlichen Wirklichkeit vorkommt, kommt auch in der »Lindenstraße« vor) oder die Bewältigung von Scheinproblemen an die Stelle der »wirklichen« Probleme getreten sei. Die Entwirklichung selber ist ja das neueste Modernisierungsprojekt dieser Gesellschaft. So sind die bearbeiteten Konflikte eher kategorialer Art: die Verteidigung einer (deutschen) Ordnung gegen ein allfälliges Chaos, das auf der Zeitachse in den Raum zu brechen droht.

Noch tiefer liegend handelt die deutsche Serie fundamental von einem von außen bedrohten Innenraum. Die Grenzen zwischen dem Lebensraum Wohung und dem Lebensraum Nachbarschaft in einer amerikanischen Serie sind durchaus fließend; ein Gespräch, zum Beispiel, kann innen, außen und im Dazwischen auf dieselbe Art und in fließendem Übergang stattfinden. In den deutschen Serien, auch das eine der Kontinuitäten, spielt das Öffnen und Schließen der Haustüren und die Veränderung der Kommunikation zwischen innen und außen in der Regel eine bedeutende Rolle. Die böse Gestalt in

der »Lindenstraße«, Else Kling, ist eine Art Dämon ständiger Bedrohung der Grenzen zwischen Intimität und Öffentlichkeit, eine Hexe, die es darauf abgesehen hat, den Bereich der Türschwelle zu besetzen. Dieses Innen ist in beständiger Gefahr; die Kleinfamilie muß sich gegen das Eindringen der freien Radikale, aber auch gegen die unerwünschte Erweiterung der Familie zur Wehr setzen (und sei es, wie bei der Folge »Die Machtprobe« von »Diese Drombuschs«, das Eindringen einer herrschsüchtigen Oma in die Wohnung und, vor allem, in die Küche der Heldin).

Was sich aus der Beobachtung solcher Kontinuitäten herauslesen ließe, wäre zunächst so etwas wie eine »Mentalität«. Eine italienische, französische oder amerikanische Serie geht mit den Komponenten eben anders um als eine deutsche, und auch dort gibt es Konstanten, die sich aus dem wirklichen Leben in einer Gesellschaft ergeben mögen. Aber das Geflecht zwischen den Zeichenebenen Natur (oder Nicht-Natur) und Gesellschaft (oder Nicht-Gesellschaft) produziert eine mythische Struktur, die offenkundig nicht allein der Selbst-Identifikation, sondern auch der Definition von nationalen Prinzipien, Ansprüchen und nicht zuletzt Feindbildern dient. Es gibt, natürlich, nicht die geringsten Anzeichen eines manifestenFaschismus' in diesen Serien, wohl aber ist dieStruktur der Wahrnehmung auf eine im Medium spezifische Weise durchaus »völkisch«, »national« und »ständisch«. Geändert hat sich überdies nichts am primär autoritären Charakter des deutschen Serienhelden und seiner offensichtlich grenzenlosen Sucht, die Seinen zu »erziehen« und zurechtzuweisen.

Die deutsche Fernsehserie definiert, wie der faschistische Unterhaltungsfilm, wie der Genrefilm der Nachkriegszeit, ein Innen der Kleinbürgerklasse, das es eigentlich nicht gibt, sie definiert eine Klasse, die sich nur in ihren Aufstiegsträumen und ihren Abstiegsängsten aber um keinen Preis der Welt in ihrer politischen und gesellschaftlichen Situation definieren mag. Sie tarnt die Probleme, die sich in diesem dynamischen Prozeß ergeben, als »natürliche« und »ewige«; das Heiraten, das Kinderkriegen, das Häuserbauen, das Berufswechseln, das Sterben. Das Unheil und das kleine Glück werden geregelt von gewissen Schlüsselfiguren, den Ärzten, Kommissaren, Pfarrern, Richtern, Wirten, Winzern, Müttern, deren Aufgabe es ist, ein Schlüsselwort in Umlauf zu halten: »Lebensmut«. Den freilich kann diese Klasse, die so manisch von einer ständischen Ordnung träumt, wahrhaft brauchen. Denn zum ersten Mal gehört sie nicht mehr zu den Gewinnern, sondern zumindest in weiten Teilen zu den Verlierern der Modernisierung.

VI.

Die drei Hauptreize der deutschen Serie gegenüber der ausländischen Konkurrenz waren zu Beginn der neunziger Jahre klar erkannt und in die Konzepte eingebaut:

a) eine wiedererkennbare deutsche Landschaft, die in einem festen Rhythmus sozusagen als Lösungs- und Entspannungsmittel – und sei's durch noch so holprige Zwischenschnitte – eingefügt ist, eine Anhäufung von Zeichen des Deutschseins, nicht nur über die regionale Identifika-tion, sondern auch in den Details bis zum Essen;

b) die Familie als Fokus des Interesses, in der wiederum eine Dominanzfigur, die starke Mutter oder der starke Vater, der Patriarch wie Ernst Schröder in »Lorentz & Söhne« ganz noch in der Tradition der »Titanen« erkennbar sein muß (in einer Serie wie »Waldhaus« sieht man in einem Hotel vor lauter Familie gar keine Gäste mehr);

c) die Lösung der Probleme durch den kulturellen Rückgriff: Die Familiengeschichte zeigt eine Auswahl zwischen den vertriebenen Versagern und den Verwurzelten, in die sich aber immer wieder das Böse einnistet (die böse Schwiegertochter in »Lorentz & Söhne« oder der »deutscheste aller Kriminalhelden«, Inspektor Derrick, bekommen es immer wieder mit diesem »eingenisteten« Fremden zu tun).

Die Vorliebe der neuen deutschen Fernsehserie betrifft die gleichen Figuren, die auch der Ufa-Film und der Nachkriegsfilm favorisierte: Ärzte, Hoteliers, Förster, Kommissare, Fabrikanten, Gutsherren (und schließlich Pfarrer) mit ihren jeweiligen weiblichen Pendants: Figuren, die Territorien besetzen und definieren. Wie im deutschen Genrefilm gibt es feste Rollenklischees (Mario Adorf, immer wieder als fieser reicher, Christine Kaufmann als zickige Upperclass-Frau, Ruth Maria Kubitschek als »harte« Geschäftsfrau) und diese Rollenklischees, fortwirkend auch, wenn sie als Ausnahme einmal von anderen Schauspielern gefüllt werden, verzahnen die Serien untereinander zu einer vollständigen Kosmologie des Deutschseins.

Herbert Reinecker, der zu den personalen Kontinuitäten der deutschen Unterhaltung (und Propaganda) vom »Dritten Reich« in die Postmoderne des Deutschseins gehört, gibt (in einem Interview mit dem Magazin der »Süddeutschen Zeitung) eine ebenso vage wie aufschlußreiche Auskunft über sein Weltverständnis: »Unruhezeiten. Aufbruch- und Umbruchzeiten, irgendeine gewaltige Denkunruhe ist unterwegs. Ruhige Plätze, Zuhauseplätze, sind selten geworden«. Damit beschreibt er vielleicht genau das Wesen der neuen deutschen Heimatserie, vom Krimi bis zum Bergdoktorspiel: Gegen das Chaos der Veränderung, gegen »irgendeine« Denkunruhe, setzt man die Konstruktion eines »Zuhauseplatzes« (und indem man ihn setzt, muß man auch die Mythologie seiner Verteidigung setzen). Die deutsche Serie der vierten Generation handelt von den äußeren und inneren Gefährdungen des Zuhauseplatzes und von den Strategien der Konstruktion des Deutschseins.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 1/96 über die Renaissance des Nazikinos

Konkret 07/96, S. 54

Günter Amendt

Standortfaktor Drogenszene

Eine Stadt, die keine Stadt mehr sein will: Zürich, ein Jahr nach Schließung der offenen Drogenszene am Bahnhof Letten

Es kam, wie es kommen mußte: Ein Jahr nach Auflösung der offenen Drogenszenen am Bahnhof Letten präsentierte die Zürcher Polizeiführung eine Zwischenbilanz, die in allen wesentlichen Punkten bestätigt, was Drogenfachleute und Marktanalytiker prognostiziert hatten. Der Drogenhandel hat sich dezentralisiert und neu organisiert. Dabei machten sich die Kokainhändler bereits bestehende Verteilerstrukturen im Rotlichtmilieu zunutze, während die Heroinhändler ihr Aktionsfeld unter Einsatz modernster Kommunkikationstechnologien auf das gesamte Stadtgebiet ausdehnten, womit, wie die Polizeiführung einräumen muß, die Bekämpfung des Straßenhandels »eindeutig schwieriger geworden« ist.

Obwohl im Vorfeld der Räumungsaktion eigens das Ausländerrecht geändert – sprich: verschärft worden war, hat sich die Händlerstruktur Marktplatz Zürich nur unwesentlich verändert. Zwar erlauben es die neuen dezentralisierten Marktverhältnisse heute auch wieder einheimischen Junkies, ihren Eigenkonsum als Vermittler und Kleindealer zu finanzieren, doch wie schon zur Zeit der Lettenszene ist der Drogenhandel in Zürichs Straßen in den Händen »illegal anwesender Ausländer und in jüngster Zeit vermehrt auch von Asylbewerbern«. Das sagt die Polizeistatistik, und sie gibt nur wieder, was überall in Westeuropa zu beobachten ist. Auf der Straße, da wo das Risiko am größten und der Profit am geringsten ist, sind Ausländer, Flüchtlinge und Asylbewerber als Dealer aktiv. Das ist eine Tatsache. Sie ist politisch hochbrisant, weil sie es populistischen Vereinfachern erlaubt, das Drogenproblem mit der sogenannten Ausländerfrage demagogisch zu verknüpfen. Bezeichnenderweise ist über anonyme Kontenbewegungen, über die Aktivitäten von *white collar* Dealern, die in großem Umfang Geschäfte anbahnen und durchführen, ohne jemals mit Drogen in Berührung zu kommen, und über die Rolle Schweizer Banken bei der Wäsche von Drogengeldern in der Jahresbilanz der Zürcher Kriminalpolizei nichts zu lesen.

Auch wenn Zürich mit der Schließung des Lettenareals seinen Drogenzentralmarkt verloren hat, bleibt die Stadt Hauptumschlagsplatz für illegale Drogen aller Art. Nach einer vorübergehenden Heroinverknappung, die viele Junkies zwang, auf Rohypnol und andere Pharmadrogen umzusteigen, ist Heroin heute wieder überall auf dem Preisniveau vor der Lettenschließung erhältlich. Auf den Kokainmarkt hat sich die Räumungsaktion zu keinem Zeitpunkt ausgewirkt.

Man sollte also annehmen, daß Zürichs Drogenfahnder ein Jahr nach Schließung der offenen Drogenszene am Letten eingestehen, daß die Aktion, wie schon die Räumung der offenen Szenen am Platzspitz drei Jahre zuvor, ein Mißerfolg war. Doch die Zürcher Polizeiführung sieht keinen Grund für ein derartiges Eingeständnis. Im Gegenteil: »Von seiten der Polizei kann ein Jahr nach Schließung der offenen Drogenszene am Letten eine klar positive Bilanz gezogen werden.«

Das kann nur verstehen und akzeptieren, wer die veränderte Zielvorgabe verstanden und akzeptiert hat, was wiederum voraussetzt, sich noch einmal die extrem zugespitzte Situation in den Monaten vor der Räumung zu vergegenwärtigen.

Täglich versammelten sich Hunderte und an Wochenenden Tausende von Fixern und Fixerinnen auf dem Areal des stillgelegten Lettenbahnhofs. Dort bezogen sie von straff organisierten, nach ethnischen Kriterien rekrutierten Dealern ihren Stoff, den sie umgehend und in aller Öffentlichkeit konsumierten.

Die dem Lettenareal benachbarten Wohngebiete sahen sich mit einer dramatischen Zunahme von Raubdelikten und Entreißdiebstählen konfrontiert, sie mußte hinnehmen, daß rivalisierende Dealerbanden ihren Kampf um Marktanteile mit Waffengewalt in den Straßen des Viertel austrugen. Drogenhändler ängstigten die Stadt und demütigten die Polizei mit Bombendrohungen, und in der Drogenszene selbst kam es immer häufiger zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit Todesfolge. Das politische Leben der Stadt stand völlig im Bann dieser Gewalteskalation. Aufgeheizt von populistischen Parteien und Gruppierungen wurden Gegenstrategien öffentlich propagiert, die sich von rechtsstaatlichen Prinzipien weit entfernten. Die Anwendung des Notstandsrechts wurde gefordert, die Gründung bewaffneter Bürgerwehren angedroht, selbst der Einsatz der Armee wurde ernsthaft erwogen.

Durchaus nachvollziehbare Einwände gegen die Räumung der offenen Drogenszene hatten in dieser angespannten Lage keine Chance, Gehör zu finden. Denn was als »drogenpolitisches Maßnahmepaket« angekündigt wurde, war de facto ein Akt der Stadtsanierung zur Wiederherstellung des Stadtfriedens. Dabei ging es auch um die Grundsatzfrage, ob eine Stadtverwaltung und deren jeweilige politische Führung unter dem Druck von Kapitalverwertungsinteressen überhaupt noch in der Lage sind, die Stadtentwicklung zu steuern.

Nirgendwo sonst, von den USA in Wahlkampfzeiten einmal abgesehen, ist das Drogenproblem so in den Sog parteipolitischer Interessen und wahltaktischer Manöver geraten wie in der Schweiz. Besonders in den ländlichen Kantonen der Innerschweiz und im französischsprachigen Teil des Landes wird von politisch interessierter Seite hartnäckig suggeriert, Zürichs offene Drogenszene sei das Ergebnis eines geplanten sozialpolitischen Experimentes, für dessen Scheitern die rot-grüne Stadtregierung allein verantwortlich sei.

Tatsächlich jedoch hatte sich die offene Szene am Platzspitz quasi naturwüchsig herausgebildet, nachdem die Polizeiführung ihre Strategie geändert und beschlossen hatte, die bis dahin in Zürich übliche Vertreibungspolitik – vom Hirschenplatz zur Riviera, von der Riviera zum Bellevue, vom Bellevue zum Platzspitz – vorübergehend einzustellen. Erst nachdem die ständig wachsende Szene zur Ruhe gekommen war, wurden Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen, aber auch private Initiativen wie die Zürcher Gassenküche am Platzspitz aktiv.

Wer beansprucht, seine Argumentation auf eine seriöse Analyse der Marktverhältnisse zu stützen, wird erst gar nicht auf die Idee kommen, den Rat einer Stadt, egal wie er sich parteipolitisch zusammensetzt, für die Drogenmisere in der Stadt verantwortlich zu machen. Das, was Zürich als Drogenzentralmarkt der Schweiz so interessant macht, sind genau jene Standortfaktoren, welche die Attraktivität der Stadt auch als Handelszentrum und Finanzplatz ausmachen. Der illegale Handel mit Drogen nutzt die Infrastrukturen der Stadt so selbstverständlich wie sie auch der legale Handel mit Gütern und Dienstleistungen nutzt.

Was sich seit geraumer Zeit in Zürich und an vielen anderen europäischen Lokalmärkten abspielt, ist ein erbitterter und zunehmend gewalttätig geführter Kampf um Marktanteile. An Stoff fehlt es nicht. In den traditionellen Anbaugebieten werden ständig neue Anbauflächen erschlossen und die Kapazitäten zur Herstellung der Endprodukte ausgeweitet, während gleichzeitig neue Anbieter aus Osteuropa und den Staaten der GUS auf den Markt drängen.

Offene Drogenszenen gibt es in allen Zürich vergleichbaren europäischen Städten. Zürich ist da kein Sonderfall. Allerdings wird eine Drogenszene, die sich im *red light district* oder inmitten eines Armutsghettos ausbreitet, im Sozialgefüge einer Stadt weniger auffallen als eine Szene, die sich an markanten öffentlichen Plätzen, in sogenannten gutbürgerlichen Stadtteilen oder in der Einkaufsmeile der City niederläßt.

Ob die jeweilige offene Drogenszene nur ein Marktplatz oder auch eine Konsumstätte ist, hängt nicht nur vom allgemeinen Repressionsdruck, sondern auch davon ab, ob es anderswo im öffentlichen Raum Rückzugsmöglichkeiten gibt, die einen anonymen und streßfreien Drogenkonsum und ein Minimum an sozialen Beziehungen und emotionaler Geborgenheit ermöglichen. Doch für abweichendes Verhalten, für Randständigkeit gibt es keinen Platz in Zürich. Es gibt buchstäblich keinen Freiraum; schon gar nicht für Jugendliche, die unangepaßt leben. »Ich kenne keine andere große Stadt«, schreibt der Zürcher Architekt Marcel Meili, »in der jeder Quadratzentimeter Boden, jeder Kubikmeter Raum derart dicht mit Interessen überzogen wäre.«

Ob eine offene Drogenszene über ihre Funktion als Marktplatz und Konsumstätte hinaus, auch noch Schlafstätte und permanenter Aufenthaltsort für Fixer und Fixerinnen ist, hängt wiederum von der jeweiligen Lage am Wohnungsmarkt ab. Auf eine Formel gebracht: Je geschlossener der Wohnungsmarkt, desto offener die Drogenszene. Auch da hat Zürich ein chronisches Defizit zu verzeichnen. Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum gehört zu den Standardforderungen aller Jugendrevolten, von denen Zürich in der Nachkriegszeit heimgesucht worden ist.

Eine sichtbare und in den besonders belasteten Stadtteilen spürbare Entspannung würde erst dann eintreten, wenn es gelänge, die Süchtigen aus der Stadt zu drängen und die Straßenhändler einzufangen, einzusperren und, soweit sie sich illegal im Lande aufhalten, »auszuschaffen«, wie es im Schweizer Amtsdeutsch heißt. Das war die Zielvorgabe und damit zugleich das Erfolgskriterium der Lettenräumung, die auch als Befreiungsschlag einer Stadtregierung verstanden werden muß, die aus allgemein-politischen, aber auch aus haushaltspolitischen Gründen nicht länger gewillt war, die Folgen eines nationalen Problems allein zu tragen.

Eingriffe in eine offene Drogenszene mit dem Ziel, diese aufzulösen – oder in der populistischen Variante: sie zu zerschlagen – führen immer nur zu einer Verlagerung des Marktgeschehens. Bei der Auflösung der Lettenszene im Frühjahr 1995 galt es, diese Lehre aus dem Desaster nach der Räumung des Platzspitz drei Jahre zuvor zu berücksichtigen. Nachdem der Platzspitz, ein öffentlicher Park direkt hinter dem Zürcher Hauptbahnhof, geschlossen und abgeriegelt worden war, ergoß sich die Szene in die benachbarten Wohngebiete – die Dealer im Schlepptau. Unter Prohibitionsbedingungen ist das die ökonomische Konsequenz der Dezentralisierung. Der Markt wird aufgesplittert, wenn sich die Kundschaft unter Repressionsdruck absetzt. Es entstehen Kleinmärkte. Jeder Dealer wird, um auf seine Kosten zu kommen, danach trachten, sich an diesen Kleinmärkten neue Kundenkreise zu erschließen. In der Dezentralisierung der Drogenszene steckt, wegen gesteigerter Dealeraktivitäten, immer die Gefahr einer Dynamisierung des Drogenmarktes.

Weil die Maximallösung, nämlich die Szene aufzulösen und verschwinden zu lassen, schon aus rechtsstaatlichen Gründen nicht erreichbar war, und weil man realistischerweise davon ausging, daß sich die Szene irgendwie und irgendwo neu bilden würde, schließlich handelte es sich um einen Markt mit süchtiger Nachfrage, erklärte der Planungsstab die Verhinderung einer neuen stationären Großszene zum Operationsziel. Entsprechend lauten die Anweisungen an die mobilen Polizeikräfte: Die Szene ist ständig in Bewegung zu halten, öffentliche Ansammlungen von verdächtigen Personen sind umgehend aufzulösen. *Indoor deals*, also die Verlagerung des Handels aus dem öffentlichen in den privaten Raum, wie Wohnungen, Bars, Restaurants oder Spielsalons, sind dagegen, soweit sich der Handel diskret abspielt, zu dulden. Vorläufig.

Mit der politisch umstrittenen Verschärfung des Ausländerrechts und der ebenso umstrittenen Aufstockung von Gefängnisplätzen sowie dem Bau eines provisorischen Abschiebegefängnisses, dessen Anlage eingestandenermaßen gegen die Normen der europäischen Menschenrechtskonvention verstößt, wurde ein repressives Netzwerk geschaffen, das nach Auffassung der Polizeiführung ausreichen sollte, die Händler vom Markt zu nehmen. Diese Erwartung hat sich, wie sich heute zeigt, nicht erfüllt, obwohl es der Zürcher Kantonspolizei gelang, schon während der ersten zwei Monate nach Inkrafttreten der Zwangsmaßnahmen im Ausländerrecht über 500 Personen »auszuschaffen«.

Das Räumungskonzept des Zürcher Stadtrats setzt aber nicht nur auf Repression. Es enthält auch Angebote zum Ausstieg und Maßnahmen zur Überlebenshilfe. So gelang es, im Austausch gegen den Repressionskatalog der bürgerlichen Parteien, eine Ausweitung der medizinalisierten Opiatabgabe an sogenannte Schwerstabhängige durchzusetzen.

Abgesehen von einigen leicht behebbaren operativen Problemen, hat sich die medizinalisierte Opiatabgabe als außerordentlich erfolgreiche drogentherapeutische Maßnahme erwiesen. Schon nach kurzer Zeit verbesserte sich der gesundheitliche Allgemeinzustand der in das Programm Aufgenommenen. Auch ihre sozialen Verhältnisse haben sich stabilisiert. Fast die Hälfte hat den Kontakt zur Drogenszene abgebrochen und alte Beziehungen wieder aufgenommen. Auch bestätigt sich, was zuvor schon in England festgestellt worden war: Die ärztlich kontrollierte Abgabe von Drogen vermindert die Delinquenz bei Süchtigen. Somit ist das Programm auch unter dem Gesichtspunkt von *law and order* ein Erfolg.

Ermuntert von diesen positiven Zwischenergebnissen verlangt die Vorsteherin des Zürcher Sozialamtes nun, den auf Ende 1996 befristeten Modellversuch in eine definitive Abgabe umzuwandeln. Sie fordert auch, die Einstiegsschwelle zu senken, um jüngeren Fixern und Fixerinnen den Zugang zu erleichtern. Aber selbst dann werden, wie der bisherige Verlauf des Modellversuchs zeigt, nicht alle Junkies das staatliche Angebot einer medizinalisierten Abgabe von Drogen annehmen. Der Gedanke, auf diese Weise den Drogenmarkt austrocknen zu können, ist illusionär.

Um alle auf der Jagd nach Stoff durch die Stadt irrenden Fixer und Fixerinnen von der Straße zu holen, würde weder der repressive noch der sozialfürsorgerische Teil des Sanierungskonzepts ausreichen. Bereits in der Planungsphase waren sich die Beteiligten darin einig, daß das Operationsziel, die Szene so weit zu verdünnen, daß sie wenigstens optisch nicht mehr wahrnehmbar ist, mit dem zur Verfügung stehenden Instrumentarium nicht zu erreichen ist.

Aus welcher Amtsstube schließlich der rettende Gedanke kam, läßt sich nicht mehr rekonstruieren. Jedenfalls erklärte der Zürcher Stadtrat nach dem »ausländischen Dealer« nun auch noch den »auswärtigen Junkie« zum Zielobjekt der Operation Lettenräumung. Bei der Auswertung statistischer Erhebungen hatte sich nämlich herausgestellt, daß nur zwanzig Prozent aller am Marktplatz Zürich nachfragenden Heroinkonsumenten Zürcher Stadtbürger und -bürgerinnen sind. Ihnen sollte nach der Räumung auf die eine oder andere Weise geholfen werden. Das war Teil des Konzepts. Der Rest soll sich Hilfe da holen, wo er oder sie herkommt.

Demnach kann jeder auswärtige Fixer und jede auswärtige Fixerin von der Polizei aufgegriffen und in Rückschaffungshaft genommen werden. Innerhalb einer bestimmten Frist ist die aufgegriffene Person vom Rückschaffungszentrum in die Heimatgemeinde beziehungsweise den Heimatkanton zu verbringen.

Das Rückschaffungskonzept, das anmutet wie eine infantile Trotzreaktion, beruht auf der Vorstellung, man könne das ganze Problem auf einen Dorfkonflikt schrumpfen lassen und in nachbarschaftlicher Absprache lösen: Wir kümmern uns um unsere Junkies, kümmert ihr euch um die euren. Ausgeblendet werden dabei nicht nur die Motive, die, aus welchen Gründen auch immer, einen Menschen veranlassen, in die Anonymität einer großen Stadt einzutauchen. Ausgeblendet werden hier auch Grundrechte von Schweizer Bürgerinnen und Bürger, denen die freie Wahl des Wohn- und Aufenthaltsortes und das Recht auf Niederlassung garantiert ist. Nur der Kanton Genf hat bisher unter Verweis auf die Verletzung von Grundrechten das Rückschaffungskonzept des Zürcher Stadtrates kritisiert, welches nach Auffassung vieler Juristen einer Überprüfung durch das Oberste Gericht nicht standhalten würde.

Doch das Konstrukt, mag es juristisch noch so fragwürdig sein, funktioniert. In den Kantonsgemeinden um Zürich herum gibt es mittlerweile Notschlafstellen, Wohnprojekte und Beschäftigungsprogramme für Junkies, es gibt Kontakt- und Anlaufstellen, und es gibt Spritzenautomaten. Das Rückschaffungskonzept wird so lange funktionieren, wie die Gemeinden im Umland bereit sind, Einrichtungen zu finanzieren, deren wichtigster Zweck der ist, Junkies von Zürich fernzuhalten. Es wird funktionieren, solange sich niemand findet, der bereit ist, das Rückschaffungskonzept Deportation zu nennen und juristisch zu hinterfragen. Es wird funktionieren, solange die Zürcher Bevölkerung gewillt ist, über Steuerabgaben die polizeiliche Belagerung ganzer Stadtteile zu finanzieren.

Zwar kommen noch immer, und in den letzten Monaten wieder verstärkt, auswärtige Junkies und Gelegenheitsfixer in die Stadt, wo sie sich, angelockt vom Preisvorteil, mit Stoff versorgen. Doch sie bleiben nicht hängen in der Stadt. Damit ist für den Zürcher Kripochef »der Nachweis erbracht, daß das Ziel, auswärtige Drogenabhängige von der Stadt fernzuhalten, weitgehend erreicht worden ist«. Doch der Kripochef weiß auch, daß nur eine permanente und personalintensive

Polizeipräsenz die Entstehung einer neuen offenen Szene verhindern kann: »Wir befinden uns in einem labilen Gleichgewicht, bei dem die Gefahr einer neuen Szenenbildung latent vorhanden ist.«

Noch deutlicher wird der Drogenbeauftragte des Zürcher Sozialamtes: »Wir haben das Problem unter den Teppich gekehrt und laufen nun auf den Rändern herum, damit es nicht wieder hochkommt.« Und in der Tat: Der Angebotsdruck ist ungebrochen, und die Zahl drogenbedingter Todesfälle im Jahr nach der Lettenschließung ist gestiegen. Welche Auswirkungen die Dezentralisierung der Drogenszene auf die HIV-Prävention hat, läßt sich nur schwer abschätzen. Skeptiker befürchten, daß die Zahl der Neuinfektionen gestiegen ist. Die Bereitschaft auszusteigen ist dagegen gesunken, Entzugsstationen und Therapieeinrichtungen sind chronisch unterbelegt.

Als ein halbes Jahr nach Schließung der Lettenszene führende Vertreter der Schweizer Wirtschaft mit einer Art Drogenmanifest an die Öffentlichkeit gingen, wurde dieser Schritt in den Medien einhellig als »drogenpolitisches Signal« interpretiert. In einer Deutlichkeit wie nie zuvor wurde in diesem Managermanifest zur Drogenfrage der direkte und indirekte Schaden der Prohibitions- und Repressionspolitik beschrieben. Ein Umsatz von mehreren Milliarden Franken für Heroin und andere illegalisierte Drogen, steuerfrei – das bleibt volkswirtschaftlich nicht folgenlos. Schweizer Finanzexperten befürchten eine weitere Chaotisierung der internationalen Finanzmärkte, und sie warnen vor den volkswirtschaftlichen Risiken, die von dieser Schattenfinanz ausgehen. Auch der Imageverlust der Schweiz beunruhigt die Machtelite. Die Existenz von *needle parks* und die permanente Berichterstattung internationaler Medien über Geldwäsche und Drogendollartransfers schaden nicht nur dem Bankenplatz, sondern auch dem um Sauberkeit bemühten Touristenstandort.

Mit ihrer Intervention signalisieren die Schweizer Manager, daß früher oder später auch die Drogenpolitik einer Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen werden muß. Nur über den Faktor »Kosten« wird sich der hochideologisierte Drogenkrieg, der in den Konsumentenländern vor allem als Krieg gegen Junkies ausgetragen wird, beenden lassen. Das wird dann geschehen, wenn sich herausstellt, daß die repressive Durchsetzung des Betäubungsmittelgesetzes nicht länger finanzierbar ist.

Der Beitrag erscheint im August als Nachwort des Taschenbuchs *Die Droge, der Staat, der Tod. Auf dem Weg in die Drogengesellschaft* (Rowohlt)

Günter Amendt schrieb in KONKRET 12/88 über die Mißwahlen in Moskau

Konkret 07/96, S. 57

Rayk Wieland

Guerilla neuen Typs

Lesen und Zapatist werden: Die Botschaften des »Sub« Marcos liegen in deutscher Sprache vor

»Die Würde des Menschen ist unantastbar«, so steht es im deutschen Grundgesetz, und nicht wenige halten die Formel für einen essentiellen und »unhintergehbaren« Grundsatz der Demokratie. Dementsprechend unangetastet können die Würdenträger dieses Staates ihren Geschäften nachgehen, seitdem nun auch die RAF den bewaffneten Kampf abgesagt hat. Die radikale Linke hat inzwischen andere Ziele: Sie kämpft vor allem um Sprachregelungen (»Binnen-I«), Vollzugsbedingungen (»Zusammenlegung der Gefangenen«), für den Rechtsstaat (»Paragraph 129a«, »Asylrecht«), die Abschaffung des Patriarchats (»Kindesmißbrauch«, »Vergewaltigung in der Ehe«), die kulturelle Legitimierung von Minderheiten (»FrauenLesben«), gegen Relativierung und Kontinuität des alten und Verharmlosung des neuen Faschismus (»Antifa«) sowie die imperialen Weltmachtbestrebungen Großdeutschlands (»Antideutsche«) – unnachgiebig insgesamt gegen drei Arten von Unterdrückung (»triple opression«) und die bürgerliche Zivilgesellschaft schlechthin (»Schweinesystem«). An Strategien etwa zur Überwindung der Kapitalverhältnisse fehlt's ganz – doch seit zweieinhalb Jahren, seit dem Beginn des Aufstands der Zapatistischen Befreiungsfront (EZLN) in Chiapas keimt hier neue Hoffnung, scheinen romantische Revolutionsvorstellungen einen neuen Fluchtpunkt zu haben: »die Berge des mexikanischen Südostens«.

In der Tat agiert dort mit breiter Unterstützung der indianischen Bauern eine Guerilla neuen Typs, die sich von den Freiheitsbewegungen der letzten Jahrzehnte in Lateinamerika deutlich abhebt, ja distanziert; doch steht zu befürchten, dies allein ist nicht der Grund für die ungemeine Popularität der Zapatisten. Der neue Heilsbringer (und »Medienstar«, »Sexsymbol«, »Idol«, »Spekulationsmagnet« – »Süddeutsche Zeitung«, 19.4.) ist die »kollektive Stimme des Geheimen Revolutionären Indígenen Komitees«, Subcomandante Insurgente Marcos, kurz »Sub«. In ganz Mexiko ist er als Stroh-, Stoff- oder Holzpuppe, auf T-Shirts und Plakaten präsent; in einem der zahlreichen *Corridos* heißt es bereits: »Marcos, du bist der Messias.« Er gilt als »einer der besten Schriftsteller Lateinamerikas« (Regis Debray) bzw. »Shakespeare des Lakandonischen Urwalds«.

Der ausgesprochen literarische, bisweilen lyrische und vollkommen unideologische, spielerische und anspielungsreiche, selbstironische Charakter seiner »Botschaften« hat den Zapatisten nicht nur weltweit Sympathie eingetragen, sondern auch dem Leben einer weitgehend orientierungslos gewordenen urbanen Linken neuen Sinn gegeben: »Mag sein«, schrieb das ehemalige RAF-Mitglied Lutz Taufer in der »jungen Welt« (1.6.), »daß eine neue Sprache aus dem lakandonischen Urwald an unser Ohr dringt. Im Stich gelassen von den großen Wörtern der Analyse, macht sie uns an.« Sie spiegele »ein Bedürfnis der Menschen nach Würde und Schönheit – ein zivilisatorisches Bedürfnis, was auch im tiefsten Elend stärker sein kann als die Barbarei der Verwertungslogik«.

Die *Botschaften aus dem Lakandonischen Urwald*, die nun erstmals gesammelt auf deutsch vorliegen, zeigen Marcos als literarisch außerordentlich beschlagenen Erzähler, der anstelle einer politischen Erklärung oftmals die poetische Metapher bevorzugt, die sich mal auf indianische Sagen, mal auf Cervantes oder Shakespeare, Lorca, Neruda, Borges, mal auf Jazz bezieht. Der Regen im Urwald erfährt genauso Beachtung wie die angreifende mexikanische Regierungspolizei, wie Mondphasen, Neoliberalismus und Kordeln in Hosentaschen. Die Palette der Schreibweisen umfaßt den offenen Brief, in dem sich regelmäßig die »P.S.« selbständig machen, die Erzählung, an der auch mehrere Ichs beteiligt sein können, den Dialog zwischen Marcos und einen ihn begleitenden Urwaldkäfer namens Durito, der ein großer Neoliberalismus-Theoretiker und Pfeifenraucher ist – es gibt wortreichen Nonsense und allerlei ironische Volten. Bizarre Beobachtungen (»Der Mond ist ein Stier mit silbernem Ornament, der mit einem Paar gespitzter Hörner gegen Osten vorstürmt«) stehen unmittelbar neben politischen Erklärungen, die ihre Absicht, über die Ziele der EZLN aufzuklären, nie aus dem Auge verlieren.

Es gehört einiges dazu, diese Texte zu lesen und nicht Zapatist zu werden, zumal die Guerilla auch sonst alles ganz richtig zu machen scheint: Ihre »elf Grundforderungen« – »Arbeit, Land, Wohnung, Ernährung, Gesundheit, Erziehung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden« – unterstützen sogar rechte US-Kongreßabgeordnete; Beschlüsse und Aktionen legitimiert sie konsequent durch Volksbefragungen, die sich naturgemäß schwierig gestalten; in ihren Reihen kämpfen gleichberechtigt Frauen, die unter anderem ein absolutes Alkoholverbot durchgesetzt haben; sie erstrebt nicht die Macht, sondern die Schaffung eines »demokratischen Raums«, der den »indígenen Ureinwohnern« Mexikos mehr oder: überhaupt Rechte einräumt; und sie mobilisiert *la sociedad civil*, die Zivilgesellschaft all jener, die auf die Regierenden einen so starken Druck ausüben sollen, daß diese nicht anders können, als dem zapatistischen Konzept gemäß »gehorchend zu herrschen«. Mit den anderen politisch-militärischen Bewegungen Lateinamerikas teilen die Zapatisten erklärtermaßen das Ideal des freien demokratischen Volkes, nicht aber deren »Mißstände und Mängel«, wobei freilich »die indígene Komponente« eine herausgehobene Rolle spielt.

Das Programm ist im politischen Umfeld der Zapatisten nicht unumstritten, und eine Kritik vor allem seiner Bedeutung für die westeuropäische Linke müßte ergeben, daß hier Grundrechte und die Errichtung von kommunitären Strukturen eingefordert werden, die im bürgerlichen Rechtsstaat mehr oder weniger garantiert sind. Zu Recht bezeichnet Marcos deshalb den Versuch, den Zapatismus in eine weltweite Doktrin zu verwandeln, als »albern und gefährlich«. So muß gefragt werden, welchen exemplarischen Charakter der zapatistische Aufstand für die emanzipatorischen Bewegungen in den kapitalistischen Metropolen haben könnte. Die Forderung nach *dignidad* – Würde – , die sich stärker als die barbarische Verwertungslogik erweisen möge, ist wohl nicht ausreichend.

»Elemente einer neuen revolutionären Praxis« diskutiert die Redaktion des Informationsbulletins »Land und Freiheit«, die Erklärungen und Nachrichten zum Aufstand in Chiapas vertreibt. Sie führt an: »Absage an ein Konzept der politischen Machteroberung«; Vorrang, der verschiedenen Formen sozialer Selbstorganisation gegenüber getrennten politischen – zivilen gegenüber militärischen – Organisationen eingeräumt wird; Herausstellung des Zusammenhangs von sozialer Befreiung und universeller Emanzipation; Idee der Autonomie, die »Freiheit positiv als gemeinschaftliche Selbstbestimmung und -verwirklichung meint«. Internationale Klassenauseinandersetzungen und Befreiungsbewegungen seien »immer weniger von den Unterschieden zwischen der sozialen Lage in den Metropolen und der sogenannten Dritten Welt als vielmehr von der Angleichung der Kampfsituationen geprägt«. Daß in den Bergen des mexikanischen Südostens und den Metropolen ähnlich zu verfahren wäre, um den universellen Schrecken des Kapitalismus zu begegnen, kann bezweifelt werden, und es klingt ein wenig wie Rufen im Urwald, den es hier freilich nirgends gibt.

Subcomandante Insurgente Marcos: *Botschaften aus dem Lakandonischen Urwald. Über den Zapatistischen Aufstand in Mexiko.* Edition Nautilus, Hamburg 1996, 250 S., 24,80;

Gerold Schmidt: *Der Indio-Aufstand in Chiapas.* Knaur, München 1996, 288 S., 15,90 Mark;

vgl. auch: »Land und Freiheit«. Sonderblätter der Zeitschrift »Aktion«, 10 Mark/Heft, Bezug Edition Nautilus, Am Brink 10, 22029 Hamburg;

Zwei Jahre Aufstand in Chiapas/Mexiko: Durito. Chronik und internationale Diskussion über die EZLN, 40 S., erhältlich bei Viva Maria!, c/o Alhambra, Hermannstr.83, 26135 Oldenburg

Rayk Wieland schrieb in KONKRET 6/96 über den Fall Schirrmacher

Konkret 07/96, S. 58

Carsten Otte

Melodie & Rh□ thmus

Thomas Demenga: Bach, Suite Nr. 2 in d-moll f□ r Violoncello solo; Thomas Zehetmair: Zimmermann, Sonate f□ r Violine solo; Christoph Schiller: Zimmmermann, Sonate f□ r Viola solo; Thomas Demenga: Zimmermann, Sonate f□ r Cello solo; 1996 ECM Records

Die Sonate für Violine solo von Bernd Alois Zimmermann ist von einer Zwölftonreihe geprägt, die in den drei Sätzen des Stücks unterschiedlich bearbeitet wird. Im Präludium überläßt Zimmermann die Darstellung weitgehend dem Interpreten des Stücks, die Rhapsodie bindet den Improvisator schon enger an die Vorlage, die Toccata ist schließlich durch eine strikte Komposition gekennzeichnet, an deren Schluß das B-A-C-H-Motiv zitiert wird.

Die Musik Zimmermanns ist der Versuch, den seiner Ansicht nach nicht realisierten Anspruch der Neuen Musik, »unverbrauchte« Tonkunst zu sein, durch Elemente des Jazz doch noch einzulösen. Ob seine »komponierte Improvisation« dem gerecht wird, mag man allerdings bezweifeln; Zimmermann belegt mit seiner Musik eher, daß jener Maßstab grundsätzlich ein falscher ist: die Illusion von den Tönen, die nicht in die Totalität eingespannt sein sollen, ist romantische Ideologie auch und gerade dann, wenn die »befreiten Klänge« dem Rezipienten einen nahezu himmlischen Genuß bereiten.

Nun interessieren weniger die vermeintlich emanzipatorischen Aufgaben der Kunst als ihre ästhetischen Qualitäten. Was die Güte der Musik Zimmermanns anbelangt, so kann man diese anhand eines jüngst publizierten Tonträgers studieren, auf dem neben der Sonate für Violine solo Zimmermanns Sonate für Viola solo und seine Sonate für Cello solo zu hören sind; eingeleitet wird die CD mit Bachs Suite Nr. 2 in d-moll für Violoncello solo. Die vielschichtige Cello-Sonate wird von Thomas Demenga gespielt, der mit der Zimmermannschen Kompositionstechnik derart vertraut ist, daß er mit der schwierigen Improvisationsvorlage umgeht, als existierte sie nicht. »Technische Unmöglichkeiten«, die Zimmermann oft vorgeworfen werden, überführt Demenga im Auftrage des Komponisten in »musikalische Notwendigkeit«.

Bei der Sonate für Viola solo, die von Christoph Schiller bearbeitet wird, handelt es sich um eine Art Choralvorspiel. Das Choralthema »Gelobet seist Du Jesu Christ« wird in zwölf Abschnitten präsentiert, die ineinander übergehen, obwohl sie äußerst unterschiedlich aufgebaut sind: »So ist also das Eigentümliche der Solosonate in der allmählichen Zuführung und Zusammenschließung des musikalischen Entwicklungsprozesses in die Kontur des Choralthemas zu sehen«, schrieb Zimmermann in einem Aufsatz für »Intervall und Zeit«, der auszugsweise im Beiheft abgedruckt ist.

Bachs Suite in d-moll ist der ideale Einstieg für die Sonaten von Zimmermann. Das ebenfalls von Thomas Demenga vorgetragene Stück dokumentiert einen Ausgangspunkt der Kammermusik, auf den sich auch die Sonaten von Zimmermann beziehen: Als Zitat taucht das melodiöse Korsett noch auf.

Diverse; diverse

Ein Klischee, das stimmt: Die kleine Nachtmusik zum Essen, ein Stück aus Carmen zum Heiratsantrag und den Bolero zum Ficken. Mozart, Bizet und Ravel haben die Vergewaltigung ihrer Musik in der Kulturindustrie allerdings nicht ahnen können, es ist nicht die Schuld von Schönberg, wenn eines seiner Streichquartette für die Eröffnung eines großdeutschen Parlamentes herhalten muß, grundsätzlich kann ein Komponist nicht dafür verantwortlich gemacht werden, was Verwalter und Konsumenten eines Tages mit seiner Musik anstellen. Leute, die Musik hören, weil es zum Flackern des Kaminfeuers so gut paßt, nehmen, was ihnen zwischen die Finger kommt, also was ihnen von den Anbietern als besonders geeignet empfohlen wird. Aber was paßt denn zum abendlichen Plausch am Cheminée? Die Firma Philips schlägt unter dem Titel »Musik am Kamin« vor: »Themen aus Albinoni: Adagio, Pachelbel: Kanon, Boccerini: Menuett, Mahler: Symphonie Nr. 5, Sibelius: Valse triste, Der Schwan von Tuonela, Beethoven: Violin-Romanze Nr. 2, Brahms: Haydn-Variationen, Rodrigo: Concierto de Aranjuez«.

Die Titel der »Stimmungsplatten« sind so abenteuerlich wie die Auswahl der Stücke. »Traum durch die Dämmerung«, »In mir klingt ein Lied«, »Kuschelklassik« oder einfach nur »Ich liebe Dich« heißen die Scheiben, und man fürchtet sich zu glauben, daß solche Produkte großen Umsatz erzielen. Doch je dämlicher der Titel, desto teurer die Ware und desto mehr verkaufte Exemplare. Gleichzeitig gibt es sehr gute Aufnahmen für wenig Geld, wie zum Beispiel in den Reihen »The Originals« der Deutschen Grammophon oder »Award Winners« von Emi. Galt Carlos Kleibers Einspielung der 5. und 7. Beethoven-Sinfonie bislang als eine der Referenzplatten aus dem Hause Deutsche Grammophon und damit als ein ordentliches Geburtstagsgeschenk, ist sie heute ein oft gekauftes Mitbringsel, und zwar nur deshalb, weil ihr Tauschwert gesunken ist. Vom Irrsinn der Unternehmer sollen auch die Hörer profitieren.

Konkret 07/96, S. 58

Michael Rudolf

Melodie & Rhythmus

Barry Miles (Hg.): Frank Zappa in eigenen Worten. Deutsch von Kathrin Razum. Palmyra-Verlag, Heidelberg 1996, 144 Seiten, 29,80 Mark; Frank Zappa: Zonx. Texte 1977-1994. Deutsch von Carl Weissner. Zweitausendeins, Frankfurt 1996, 646 Seiten, 30 Mark

Niemanden kann man leichter gegen sich aufbringen als den gemeinen Zappa-Fan. Ob das der Meister so gewollt hat? I wo. Ärgerlich ist ja weniger, daß er in den 80ern immer langweiligere Musik gemacht hat, sondern in zunehmendem Maße von Leuten (Bartmodul) verehrt wurde, die die eigentlichen Zielscheiben seines Spottes ausmachten. In der Folge seines Hinschiedes erinnern wir mit Unbehagen daran, wie uns vom großbürgerlichen Feuilleton bis zum Heimatboten ein Schwall mit keinerlei Kenntnis behafteter Kondolenzliteratur die schönen Seiten des Daseins vergessen ließ. Von Flachpfeifen wie Havel zum Freund erkiest worden zu sein, ist allenthalben schlimm; wenn 1994 zu allem Verdruß ein mindergroßer Asteroid zwischen Mars und Jupiter auf den Namen »Zappafrank« getauft wird, dann ist das lächerlich.

Wir aber wollen für das lustigste Karrieresprungbrett amerikanischer Elektromusikanten an dieser Stelle nahezu ungeteiltes Lob verschütten.

Primo gibt es seit neulich einen Interviewband (*In His Own Words*), der uns, von Barry Miles behutsam chronologisch sortiert, ein kurzweilig Lesen mit Frank Zappa beschert, als da sind die wichigsten Sentenzen zu seinen wichtigsten Selbstverständnisproblemen und zum Weltenlauf schlechthin. Der Fan erfährt hier gewiß kaum Neues, sondern hier sind kompakte Zappa-Gewißheiten kompiliert. In diesem Fall ein durchaus löbliches Unterfangen, da längst überfällig. Die Sache gewinnt fraglos an Spannung, weil wir anhand der gesammelten O-Töne so etwas wie eine Entwicklung seiner nicht eben an Widersprüchen armen Persönlichkeit erkennen können, die bei Autobiographien in der Regel leicht in den Unterschleif gerät.

Secundo: Nicht minder löblich geht es bei der Zweitausendeins-Edition der Zappa-Songtexte von 1977 bis 1994 zu. Wer den ersten Teil der Songs von 1966 bis 1976 (*Da Werdz*) schon in ichweißnichtwievielter Auflage gekauft hat, fiebert auch hier mit Recht einem schriftlich oder mündlich fixierten Kaufvertrag entgegen. Die Übersetzung besorgte Carl Weissner, dessen Reifung am Beispiel der in beiden Bänden enthaltenen Songs »Sharleena« und »Big Leg Emma« nachzuverfolgen ist. Sicher, manchmal gleitet er, um die Credibility oder Eigenheiten der Westcoastlangs nachzuempfinden, ein wenig zu sehr in die Hilfsverb-Untiefen ab. Auch darf gefragt werden, wer, zum Exempel, sich ernsthaft der Tortur unterzieht, die säuische Texteinfalt einer so gründlich mißlungenen Platte wie »Thingfish« auf 150 Seiten nachzulesen. Trotz alledem: ein unverzichtbares Dokument und, neben der klassischen Lehrvorführung »Was ist ein Protestsong?«, ein schöner Schnellkurs für Bedürftige an amerikanischen Kraftvokabeln.

Für Nichtfans sieht□s freilich zappaduster aus.

Konkret 07/96, S. 59

Kay Sokolowsky

Melodie & Rhythmus

Verschiedene: Taten statt warten – 25 Jahre Greenpeace – 5 Jahre Greenteams; Virgin

»Ob schwarz, ob weiß, rot oder gelb / Gebt alle Eure Tränen für diese eine Welt«, knödelt Wolf Maahn, daß man weinen möchte, müßte man nicht erst mal brechen gehen. Greenpeace wird 25, und obschon, nein: weil die Krieger des Regenbogens nicht viel mehr zu feiern haben als ein Vierteljahrhundert heroischer Niederlagen, spendieren sie sich zum Jubiläum eine CD, die mit großem Geräusch davon ablenkt, daß man eher gar nichts zu melden hat. »Wir müssen etwas tun, aber nicht mit Gewalt«, teutschrapt die Jazzkantine, die FDGO-Kommensurabilität des Vereins beschwörend; und Nena, die sich immer noch anhört, als habe sie 99 Luftballons in der Stirnhöhle, nölt die Formel, mit der Greenpeace das universale Kleinbürgertum betört hat: »Wenn viele kleine Leute... / Viele kleine Dinge tun / Ändern wir alles, was uns nicht gefällt.«

»Kleine Leute« meint auch: Kinder; hinter den Knirpsen, die in 1.500 »Greenteams« fürs Drei-Liter-Auto kämpfen, versteckt sich die rasende Infantilität der »16 engagierten Songs«. Aufgefordert, niederzudichten, was ihnen »unter den Nägeln liegt und am Herzen brennt« o.s.ä., lieferten sie bewährten Pop-Reaktionären wie Udo Lindenberg und Achim Reichel das Material, dank dem sie, die eigentlich immer schon 50 waren, sich nun als »Sprachor-gan der Kids« dicketun können. Freilich erst nach kräftiger Revision der Vorlagen. »Die Kinder durften ihre Musiker und Bands besuchen«, flötet der Waschzettel. *Durften.* Ohne »erwachsene Begleitperson« läßt der saubere Verein kein »Greenteam« zu, und auch in den Arrangements sind die Kinder bloß Staffage: Sie plärren im Chor nach, was die Alten vorjodeln. Einzig Ulla Meinecke läßt den Zwergen eine eigene Stimme, aber nach 60 Minuten Bevormundung und Notensirup fällt das kaum noch auf.

Es regiert der Gesinnungskitsch – auf »Treibhauseffekt« reimt sich »verreckt«, das Metrum holpert, die Metaphern hinken, man ist guten Willens bis zum Blödsinn: »Zuviel Kot bringt Atemnot«, schnarrt Fury In The Slaughterhouse, »Oh ich hab' davon geträumt / Die ganze Welt wär' unser Freund«, faselt Das Modul. »Natürlich entspricht die Verpackung der CD strengsten Richtlinien.« Die es für akustischen Sondermüll wie diesen leider noch lange nicht gibt.

Konkret 07/96, S. 60

Uli Krug

Aura des Tiefen

Romantik, Rockmusik und »Nationale Identität«: Das Musikmagazin »Zillo« □ »alternativ, individuell, independent« □ predigt den deutschen Sonderweg

Zum unveräußerbaren Grundbestand deutscher »Vergangenheitsbewältigung« zählt seit 1945 die Lüge, daß die an sich reine und unschuldige Gemütskultur deutscher Tiefinnerlichkeit den Gegenpol zum grobklotzig-raufboldigen Faschisten, dem jegliches Feinsinnige fremd sei, darstelle. Dieses Bild suggeriert, daß eine vorgeblich unpolitische Ästhetik, in welcher die kultivierte Bourgeoisie ihren Degout gegenüber »Nivellierungstendenzen der heraufkommenden mechanisierten Zivilisation« (T. Mann) pflegte, von profanen Politbarbaren wider die humanen Intentionen solcher Ästhetisierung links liegen gelassen oder schlimmstenfalls mißbraucht worden wäre – als ob die NS-Ästhetik sich im kruden Agitprop des Kinoflops »Hitlerjunge Quex« erschöpft hätte.

Dieser heuchlerische Scheingegensatz geistert nicht nur durch die von Bundespräsidenten zu jedem gebotenen Gedächtnistermin abgesonderten Predigten, sondern er wird auch im jüngsten Skandalrummel rund um die in circa 100.000er Auflage erscheinende Postille »Zillo«, ihres Zeichens popmusikalisches Zentralorgan muffiger Frühvergreisung, reaktiviert: Eine in der Februarausgabe geschaltete Anzeige des neurechten Sammlungsorgans »Junge Freiheit« (»JF«) hatte zu einigem Aufsehen in der Szene geführt, nicht zuletzt bei für »Zillo« lebenswichtigen Anzeigenkunden, wie dem Hamburger Label »Strange Ways«, deren Bands, wie »Goethes Erben«, allerdings häufig selber rührig in deutschen Gruften stochern. Ruchbar wurde dabei auch die ständige Autorenschaft Peter Boßdorfs (Dauerschreiber in der »JF« und ethnopluralistischer Fan flämischer Faschisten) im Lübecker Gruftieblatt. Statt aber nun mit der Entfernung Boßdorfs den Anzeigenkunden Genüge zu tun, polterte der »Zillo«-Herausgeber Rainer »Easy« Ettler – der Mann nennt sich tatsächlich so – zunächst im besten Kasernenhofton, daß er »von diesem verdammten Thema kein Wort mehr hören« wolle (»Zillo« 3/95). Als ihm dieser Gefallen aber nicht getan wurde, und sogar die bürgerliche Presse sich der Sache annahm, besann er sich des alten Bundespräsidententricks, Faschismus zur alleinigen Sache einiger (in diesem Falle kahlgeschorener) Rüpel zu deklarieren, die außerhalb des Kreises der Kulturmenschen und Demokraten ihr Unwesen trieben: »Bislang hat er (Boßdorf; U.K.) nirgendwo in politisch verwerflichem oder gar rechtsradikalem Stil geschrieben«. Zur Begründung dieses bodenlosen Unsinns gibt »Easy« in der Aprilnummer logischerweise folgendes von sich: »Oder schreibt der Boßdorf im Zillo etwa über Störkraft (neonazistische Skinband; U.K.) oder sonstwie entartete (!) Bands?«

Wer als bloße Unterwanderung präsentiert, daß sich die Neue Rechte an die »Dark-Wave Szene ranschmeißt« (»Taz«) oder »das Dark-Wave-Umfeld als Operationsgebiet entdeckt« hat (»spex«), verkennt, daß das, was sich im Popuniversum durch die Symbol- und Musiksprache der »Gothic«-Subkultur ausdrückt, zum originären Anliegen einer Neuauflage der konservativen Revolution à la »JF« gehört. Verabschiedet man sich indes vom lang gehegten Bild eines prinzipiellen Gegensatzes von Nach-Elvis-Subkulturen und faschistischer Ästhetik, erscheint es viel bemerkenswerter, daß der Flirt »Zillo«/«JF« nicht schon viel früher begann. Denn hier wächst nur wieder einmal zusammen, was seit bald zweihundert Jahren zusammengehört: die vorgeblich der profanen Sphäre der Politik entzogenene romantisch-mystische Gralssuche nach den wahren, unverfälschten, suprahistorischen Werten mit der völkischen Ablehnung oberflächlicher, amerikanisierter, universalistischer etc. Unkultur.

Ein Musterbeispiel für dieses Stereotyp bösartiger Unschuld lieferte »Easy« bereits zwei Monate vor der bewußten Anzeige, anläßlich der Verleihung des »Zillo-Preises für alternative Rockmusik« in der Dezembernummer 95. Teutonisch-heavy versucht er die Verdienste des Preisgewinners »Lacrimosa« alias Tilo Wolff zu würdigen. Bei letzterem handelt es sich um einen Düsterkitschier, dessen Aufmachung nicht von ungefähr an einen anämiegeschwächten SS-Offizier gemahnt und dessen Werke schon durch die Titel der LPs und ihrer einzelnen Tracks (»Angst«, »Einsamkeit«, »Clamor«) jene gefährliche Mischung aus pubertärem Selbstmitleid und Weltenläuterung via Seelenqual signalisieren, die einst Lebensreformer in die Schützengräben ziehen ließ, und die die Kompatibilität zivilisationsmüder Wandervögel mit HJ und BDM garantierte.

Getreu dem autoritären Syndrom, in welchem sich das Ressentiment der von aller Welt sich betrogen und verlacht fühlenden Deutschen verbindet mit dem Wunsch nach kollektiver Entmündigung, entringt es sich Ettlers Brust: Endlich »ein Aufschrei nach Hilfe, nach Halt, nach Leben, nach Geborgenheit«, ausgestoßen von einem »aus deutschen Landen« (nebenbei: Wolff ist Schweizer; U.K.), der nicht »vor lauter Minderwertigkeitskomplexen seine eigene Muttersprache verleugnet und mit seinem Schulenglisch klingen will wie ein internationaler Star, über den Engländer und Amerikaner sowieso nur lachen«. Aus der Ablehnung des internationalen Standards, wobei in früheren Zeiten »international« hätte auch durch »jüdisch« ersetzt werden können, speist sich nicht nur in Ettlers Augen die Berufung zur Rückbesinnung auf die identitäre National-Borniertheit, die die Pop-Welt am deutschen Wesen genesen lassen will. Sollte es dafür nicht langen, wofür zum Glück nahezu alles spricht, befriedigt doch das Insistieren auf der Exklusivität von Nationalcharakter und

subkulturell verbrämter Gruppenidentität eines der Grundbedürfnisse des autoritär-ichschwachen Charakters, daß nämlich die eigene Mediokrität zum Kriterium des Auserwähltseins erhoben wird.

So nimmt es nicht wunder, daß »Zillo« und die vom Magazin edierten »Indie-Klassiker«-Compilations von beschaulichen Widerlichkeiten der gemalten deutschen Romantik (hie und da wird auch mal ein Motiv der nahezu kongenialen britischen »Gothic«-Malerei aufgenommen) nur so voll sind. Ein besonders prachtvolles Exemplar stellt dabei der Romantic Sound Sampler III vor, auf dessen Cover C.D. Friedrichs »Der Morgen« prangt. Selten hat die mystische Aufklärungsfeindlichkeit wohl einen treffenderen Ausdruck erhalten, als in diesem frühen Blut-und-Boden-Ensemble: Verklärt durch den Sonnenaufgang liegt die von der verabscheuten Zivilisation ungeschändete Bergkette als Schutzwall vor dem einfachen und gerechten Idyll der Fischerkate, in deren Angesicht ein braver Fischersmann auf althergebrachte Weise seiner grundehrlichen Handarbeit nachgeht.

Derselben Spießbürgerlichkeit, mit der der Freund solch echten Malerhandwerks für gewöhnlich den »Kulturbolschewismus« konstruktivistischer Gemälde haßt, gehorcht auch die musikalische Ästhetik des »Dark Wave«, zu derem neuestem Vorreiter »Lacrimosa« mit vollem Recht auserkoren wurde. Den deutschen Sonderweg in der Rockmusik bejubelt Ettler dumpfbackig als Aura des Tiefen, Echten, die sich durch die stolz ausgestellte Langatmigkeit der von der rythmischen Struktur her bestenfalls drittklassigen Stücke auszeichnet: Basic-tracks, denen Breaks genauso fremd sind wie jener pathetischen Sorte Marschmusik, aus der sie offensichtlich heraussynthetisiert wurden. Den Restgroove gekillt zu haben, den man bei den Altheroen des aus dem Postpunk kommenden »dark wave« – beispielsweise den »Sisters of mercy« oder »Killing Joke« – noch mit einigem gutem Willen heraushören konnte, ist Markenzeichen Lacrimosas und anderer Epigonen, die »Zillo« mit seinen Samplern promotet (und deren Namen und Titel deutlich programmatischen Charakter tragen, wie: Echo »Blue Eyed Nation«, Printed At Bismarck□s Death, Blut und Eisen).

Über diese tumbe Grundlage ergießt sich obendrein »Geigenklang, harmonisch, lieblich«, welcher gesteigert durch »Oboen, Hörner« in »zauberhafte Melodien, einmalig melodisch« mündet, die schließlich in einer Art Generalmobilmachung des schlechten Geschmacks gipfeln, der »Erlösung« im »Totaleinsatz der Gitarren, des Orchesters«. Mit diesen wenigen Worten gelingt es der »Lacrimosa«-Laudatio, das Projekt einer Arisierung der Rockmusik zu umreißen: Nächstverwandt im Duktus sowohl der Musik, wie der sie beschreibenden Sprache gesellt sich der Ex-Punk »Easy« Ettler – pars pro toto für das von ihm herausgegebene Magazin und seine Schreiberlinge – zu den aufs Gemüt pochenden, in Wahrheit aber erfahrungsunfähigen Autoritären früherer Zeiten: jenen, die ihre Straf- und Verfolgungswünsche kultivieren in der geheuchelten Liebe zu Beethoven und im umso echteren Haß auf die Moderne, auf serielle »entartete« Musik und synkopierenden »Negerjazz«.

»Deutschland«, kann endlich auch der Jugendkulturbeauftragte des neudeutschen Akademikerfaschismus, Roland Bubik, über »Zillos« alternativen Rockpreis jubilieren, »ist das Zentrum einer Musikkultur geworden, die ihre Wurzeln im antimodernistischen Gestus der □Gothic□-Szene besitzt. Romantisierendes Pathos und archaische Gewalt, klassisch orientierte Melodik und brachialer Industrial sind die Pole dieser Musik.« (»JF« 4/96). Der Roland wittert sofort, daß langgehegte Herzenswünsche der »JF« hier in Vertonung gegangen sind, daß Laibach in Wirklichkeit nicht Ljubljana, sondern Lübeck heißt – und stößt mit aller Kraft in den Olifant: »Wenn das Mystische und Irrationale, der Wunsch nach anti-aufklärerischer Innenschau und gelebter Transzendenz ihre Stimme in der Jugendkultur finden, ist der ästhetische Konsens des Westens durchbrochen.«

Eine Romantik, welche die notwendige Aufklärung über die Aufklärung durch Gegenaufklärung ersetzt, wird so wieder zum gesellschaftlichen Programm erhoben: Rückkehr zu Natur und Selbstbespiegelung prägten bereits im 19. Jahrhundert die romantische Suche nach der mythischen Ganzheit (auf Neusprech: Identität) des Lebens – fetischistischer Reflex auf die Partikularität und existenzbedrohende Dynamik der marktgesteuerten Gesellschaft. In dem Maße, wie dieser Vergesellschaftungsmodus Individuum und Natur durchformt, werden aus den Essentials, auf die Romantik sich zu berufen meint, Chiffren eben dieses gesellschaftlichen Zwanges, der zur zweiten Natur sich verfestigt: Aus der Seelenbeschau erwächst der ethnische Nationalcharakter, aus der verabsolutierten Natur der dazu passende Biologismus. Von hier aus erhalten alle Symbolismen »reproduzierter Archaik« (Adorno) der Romantik ihre Weihen: Gotischer Ritteridealismus, Esoterik, Neuheidentum und Germanenkult. Sie gehen ein in die »nationale Identität«, die fortan alle essentialistischen Regungen als die naturhaft-charakteristische, wesenhafte Ganzheit schlechthin zu bündeln vermag.

Dieselbe Zwanghaftigkeit der »falschen Versöhnung mit der unversöhnten Welt« (Adorno) treibt auch die Neufaschisten der »«JF«« um: »Die Auflösung von Gemeinschaften zu bloßen Summen von Einzelelementen bestimmt wesentlich die Phase des degenerierten Spätliberalismus. Dispensive Kräfte scheinen die allein treibenden zu sein, sei es in der Zerstörung der Familie, der Entheiligung der Religion oder der Negierung des Nationalen.« Die ästhetischen Remedien, die Bubik in der »«JF«« vom Oktober □93 vorschweben, machen überdeutlich klar, was dem »revolutionären Konservativen« 1996 an Leuten wie »Lacrimosa« oder »Easy«-Ettler so lieb und teuer ist: Die »ästhetischen Figuren ... der Wiederkehr (Kreis) ... Erd- und Gottverbundenheit, Tragik und Bestimmung, Ehre und Glaube, Haltung von Geist, Seele und Körper ...« etc.

bezeichneten reale Defizite. »Solche Defizite, ungelöste Spannungen aufzugreifen ist Aufgabe des revolutionären Konservativismus.«

Noch sind allerdings nicht die allerletzten Schamgrenzen der Alt-BRD, wie die Hänschen-Rosenthal-Masche, gefallen; gern lassen die Deutschen nämlich sich die Berechtigung und trügerische Wohlanständigkeit ihrer Sehnsüchte (»Defizite«) von anderen bestätigen. Im Falle »Zillo«/»JF« darf den Part des Vorzeigejuden ein Brite übernehmen, Nick Fiend. Fraglich ist bloß, wann im Land der Poesiealben und Konzentrationslager andere als der abgehalfterte Düsterpunk der ersten Stunde dem romantischen Mob aus der Seele sprechen dürfen. Was er anläßlich der Feierstunde zur Verleihung des alternativen Rockpreises ins Mikro gestammelt hat? Natürlich das: »Every country should confess to its origins. You should be proud to be german.« Applaus.

Uli Krug ist Redakteur der in Berlin erscheinenden Zeitschrift □ Bahamas□

Konkret 07/96, S. 62

Martin Krauß

100 Jahre Olympia sind genug

In der Geschichte der Olympischen Spiele – die vornehmlich aristokratischen Zeitvertreib und Wehrertüchtigung, nationale Leistungsschau, Medienentwicklung und Kommerzialisierung beförderten – ist der Sport eine Randerscheinung

Richard von Weizsäcker und mit ihm alle guten Menschen waren empört. »Was seid ihr für Banausen«, soll der damalige Bundespräsident den deutschen Oberolympiafunktionär Willi Daume angeherrscht haben, als er erfuhr, daß die Olympischen Sommerspiele des Jahres 1996 nicht wie vor hundert Jahren an Athen, sondern ans amerikanische Atlanta vergeben wurden, »ihr laßt Coca-Cola gegen Olympia gewinnen«. So war das Stichwort gefallen: Coca-Cola-Spiele. Ein Konzern, hieß es bald, habe sich die hehre schöne Idee der Olympischen Spiele gekauft, der Kommerz über Ideale gesiegt, schnöder Mammon über wahre Tugend.

Die gute, weil olympische Idee ist nach neuerer Zeitrechnung kaum mehr als hundert Jahre alt. Ausgeheckt wurde sie vom französischen Baron Pierre de Coubertin, institutionalisiert im 1894 gegründeten Internationalen Olympischen Komitee (IOC) und zwei Jahre später in Athen in Anlehnung ans antike Vorbild erstmals der Weltöffentlichkeit präsentiert. Coubertin wollte die beim englischen Sport beobachtete Wehrertüchtigungsfunktion auch für die französische männliche Bürgerjugend nutzen. In seiner Schrift *Der Olympische Gedanke* notierte er unter anderem: »Den Verdiensten dieser Erziehung« – er meinte die als Geburtsstunde des Sports geltende englische Schulreform um 1840 – »muß man zum größten Teil die ungeheure Ausdehnung des Britischen Reiches und die hohe Machtentwicklung zuschreiben, welche die Engländer unter der Regierung der Königin Victoria erreicht haben. Es ist interessant festzustellen, daß diese Fortschritte mit der pädagogischen Reform zusammenfallen, welche in dem Vereinigten Königreich um 1840 vorgenommen wurde. In dieser Reform nimmt die körperliche Übung gewissermaßen die erste Stelle ein, man macht sie dem sittlichen Erziehungswerk dienstbar.«

Brauchbar ist sie also, die Olympische Idee. Daher wird sie auch im Olympischen Museum in Lausanne ausgestellt, sie wird erforscht im Deutschen Olympischen Institut in Berlin und auf den immer wiederkehrenden Olympischen Tagungen und Konferenzen stets erneuert. Aber was sie genau ist, weiß keiner. Zwischen citius-altius-fortius (höher-schneller-weiter) und Dabei-sein-ist-alles sind alle Deutungsmöglichkeiten erlaubt. »Statt auf inhaltliche Definitionen«, schreibt der Berliner Sportwissenschaftler Thomas Alkemeyer in seiner jüngst veröffentlichten Dissertation über Coubertin, legte der französische Baron »den allergrößten Wert auf eine exakte Regulierung des Zeremoniells.« Was sich zwischen Eröffnungsfeier und Abschlußzeremonie abspielte, wurde genau vorgeschrieben. Ein Sportler muß den olympischen Eid sprechen, die olympische Fahne wird durchs Stadion getragen und das jeweilige Staatsoberhaupt muß eine vorgeschriebene Formel sprechen, um das Spektakel zu eröffnen (nur zwei haben sich bisher in der hundertjährigen Geschichte versprochen: Adolf Hitler 1936 und Ronald Reagan 1984). Und seit 1936 wird das olympische Feuer in Athen entzündet und per Fackellauf zur Austragungsstadt gebracht. Die rituelle Praxis der »religio athletae« erschien dem Wehrertüchtigungs-Pädagogen Coubertin als wichtiges Instrument, die Jugend der Welt für spätere Aufgaben zu trimmen.

Doch das fein ausgetüftelte Programm taugte solange nichts, wie die Olympischen Spiele weiterhin nur eine großbürgerlich-aristokratische Veranstaltung blieben. Solange der Anspruch, die Jugend der Welt zu rufen, wozu ja auch die besten Athleten ihrer Zeit gehören, nicht eingelöst wurde, weil man am Amateurstatut festhielt (das allen, die ihr Geld mit körperlicher Arbeit verdienten, die Teilnahme am Wettkampf verbot, weil sie unfaire Vorteile gegenüber den bloß mit dem Kopfe arbeitenden Bourgeois besäßen), konnte nicht die richtige Stimmung aufkommen.

Jim Thorpe aus den USA, Olympiasieger im Zehnkampf bei den Spielen in Stockholm 1912 und von vielen Sporthistorikern als einer der besten Athleten dieses Jahrhunderts angesehen, wurde später disqualifiziert, weil er sich 1911 ein paar Dollar bei einem Baseballspiel verdient hatte. Noch 1948 bei den Spielen in London mußte die schwedische Dressurreiter-Equipe ihre Goldmedaille zurückgeben, weil sie mit Gehnäll Persson einen Feldwebel in ihren Reihen hatte – laut Amateurstatut war Pferdesport nur Offizieren erlaubt.

Erst in den zwanziger Jahren, parallel zur Durchsetzung des Achtstundentags, wurde der Sport Massensport, doch die Olympischen Spiele blieben zunächst Anhängsel der Weltausstellungen. Kurt Tucholsky, der 1924 während der Olympiade Paris bereist hatte, bemerkte dort lediglich, daß in den Cafés und auf den Straßen etliche Sportler zu sehen waren und daß die Mieten stiegen. »Schuld daran«, notierte er in der »Weltbühne«, »ist zur Zeit neben der Wohnungsnot wohl die Spekulation auf die Zureisenden zu den Olympischen Spielen.«

Im Jahr 1928, anläßlich der Spiele in Amsterdam, mußte er allerdings von schlimmeren Effekten des Olympismus berichten:

Heute ist infolge von Olympia-Siegen

unsere Flagge sieben Mal hochgestiegen!

Demzufolge laßt uns brüllen:

›Hoch ...!‹

(nach Belieben auszufüllen).

So heißt es im Gedicht »Olympiade«, das auch in der »Weltbühne« erschien.

Der Durchbruch zum offenen und institutionalisierten Sportnationalismus kam freilich erst später. 1936 veröffentlichten die Nazis täglich stolz den Medaillenspiegel, aus dem hervorging, daß Deutschland die beste aller Nationen war. Die Wirkung der Olympischen Spiele 1936 erschloß sich nicht zuletzt durch die technische Entwicklung. »Es ließe sich ein imposantes Stück Mediengeschichte schreiben, orientierte man sich allein an den neuzeitlichen Olympiaden«, notiert der Medienwissenschaftler Siegfried Zielinski, »die XI. Sommerolympiade von 1936 in Berlin steht nicht nur als hervorragendes Beispiel für die politische Ästhetisierungs-Praxis des deutschen Faschismus. Sie war auch eines der ersten gigantischen Medienereignisse, bei denen alle verfügbaren technischen und inszenatorischen Register gezogen wurden.«

In neuerer deutscher Darstellung erscheint das, was die Nazis aus den Spielen 1936 machten, als Mißbrauch der Olympischen Idee. Für diese These steht zunächst der erste Blick. Die sozialdemokratische Stadtregierung hatte sich für die Spiele beworben, und das IOC vergab sie 1931 an Berlin. Die Nazipartei hatte zu diesem Zeitpunkt die Spiele noch als »undeutsch« bekämpft. In ihren Blättern stand unter anderem, daß sie sich »politisch in einer Begünstigung des bolschewistischen Kampfes gegen die weiße Rasse auswirken«. Doch dieser erste Eindruck, der die These vom Mißbrauch so plausibel erscheinen läßt, täuscht. Bereits 1932 gab es seitens der NSDAP erste Anzeichen, daß man Interesse an einer Olympiade hatte.

Zum einen erkannten die Nazis sehr schnell, daß sich im Zuge der Weltwirtschaftskrise auch die Olympischen Spiele in einer tiefen Krise befanden und daher entweder untergehen oder rekonstruiert werden mußten. Zum anderen bemerkten sie, daß bestimmte Elemente des Olympismus mit ihrer Ideologie kompatibel waren: die schönen Körper des Arno Breker, der Gigantismus, die Überlegenheit bestimmter Rassen.

So nahm es auch nicht Wunder, daß die Spiele von 1936 bei den Herren vom IOC nur überschwengliches Lob ernteten. Große Teile des IOC wollten sie für das Jahr 1940 unbedingt wieder in Berlin sehen, und allein der Passus im Regelwerk, daß zu Kriegszeiten keine Spiele stattfinden, verhinderte dies.

Politökomisch betrachtet waren die Spiele 1936 in Berlin jedoch noch etwas anderes. Erstmals wurden sie mit massivem Einsatz von Staatsfinanzen bewußt als Mittel nationaler Außenpolitik eingesetzt. Austragungsland dieser durch Radio und Fernsehen zu Weltmedienereignissen erster Güte aufgestiegenen Spektakel zu sein, hieß: zwei Wochen im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit zu stehen, zwei Wochen die Vorzüge des Landes präsentieren zu können, zwei Wochen lang sich dank Heimvorteil als die stärkste, kräftigste und ergo überlegenste Nation präsentieren zu dürfen.

Je aufwendiger sich die Organisation der Olympischen Spiele gestaltete, desto schwieriger wurde es, Ausrichter zu finden. In den siebziger Jahren rutschten die Olympischen Spiele, erneut parallel zur Weltwirtschaft, in eine tiefe Krise. 1972 wollte sich die Bundesrepublik mit einem Konzept »heiterer Spiele« als zur normalen und zivilisierten Demokratie gereifte Nation präsentieren. Doch dies heitere Land schaffte es nicht, die Sicherheitsvorkehrungen den internationalen Standards so weit anzupassen, daß die israelische Mannschaft geschützt werden konnte. Es kam zum Massaker des Kommandos »Schwarzer September«, das elf israelische Sportler ermordete. Die Rolle der deutschen Polizei, gewarnt vom israelischen Geheimdienst Mossad, wurde nie vollständig aufgeklärt. Ein Schadensersatzersuchen der Hinterbliebenen wurde von deutschen Gerichten abgeschmettert.

Im Jahr 1976 fanden die Olympischen Spiele im kanadischen Montreal statt – danach war die Kommune pleite. Die weltweite Krise der jeweiligen Staatsfinanzen erschwerte es, Ausrichterstädte zu finden, zumal der staatliche Versuch, die Spiele zum Beispiel mittels Boykotten zu instrumentalisieren, überhandnahm.

Waren aus Montreal 1976 bloß einige afrikanische Länder wegen der Sportkontakte Neuseelands zum ausgeschlossenen Südafrika wieder abgereist, so kam es 1980 bei den Spielen in Moskau zum ersten großen Boykott. Wegen der sowjetischen Intervention in Afghanistan verbot das Gros der Nato-Staaten seinen Sportlern, an den Spielen teilzunehmen.

Die Kassen leer, die Möglichkeit, durch den hohen Finanzaufwand international zu glänzen, eher unwahrscheinlich geworden – bei dieser Bilanz war es naheliegend, daß sich für die Spiele der Jahre 1980 (Moskau) und 1984 (Los Angeles) jeweils nur noch eine Stadt fand, die bereit war, das Spektakel auszurichten. Los Angeles forderte vom IOC, daß nicht die Stadt die Gelder bereitstellt, sondern ein Firmenkonsortium, das auch die Gewinne einstreicht. So hieß dann zum Beispiel die Schwimmhalle *McDonald's Swim Stadium*.

Los Angeles wurde trotz des Boykotts der sozialistischen Länder (nur Rumänien nahm teil) ein ökonomischer und sportlicher Erfolg. Es war eine Zäsur in der olympischen Geschichte: Das von Pierre de Coubertin ausgetüftelte spirituelle Ritual, das von den Nazis grandios inszenierte Spektakel – sie gehorchten ganz banal dem Trend der Subsumtion aller

gesellschaftlichen Bereiche unters Kapital. War das Weltereignis Olympiade bisher lediglich ein Ort für Warenwerbung gewesen, die Sportler und ihre Trikots nur Träger von Werbebotschaften, so warendie Spiele nunmehr selbst verwertbar geworden. Mit Fernsehrechten, mit offiziellen Ausrüsterverträgen, mit dem Bau von Sportstätten und mit dem Verkauf der olympischen Ringe zu Werbezwecken ließ sich Geld machen.

Im Grunde genommen sind mit dieser Zäsur die Olympischen Spiele zu einem Beispiel für die zivilisatorischen Effekte des Weltmarktes geworden. Das ganze ideologische Brimborium wird unwichtiger, und wo es sich noch besonders aufdrängt, erscheint es in wachsendem Maße als anachronistisch. So hätte alles seine Ordnung, wäre da nicht die Aufregung über die »Coca-Cola-Spiele«, der Zorn darüber, daß ein Konzern, der seit Jahrzehnten Limonade produziert und sehr erfolgreich verkauft, Hauptsponsor der Olympischen Spiele des Jahres 1996 ist – genau hundert Jahre nach der Wehrertüchtigungsidee des Barons de Coubertin und genau sechzig Jahre nachdem die Nazis die Olympischen Spiele mit rituellem Beiwerk und ungeheurem Finanzeinsatz rekonstruiert hatten. Mit Bestechung und unlauteren Tricks hätten die bösen Amis die guten Griechen, per se wahre Olympioniken, ausgestochen und die heilsbringende olympische Idee verraten und verkauft.

Von allen Argumenten, die sich gegen das IOC vortragen lassen, ist, daß die Herren Geld mit ihrer Tätigkeit machen, das abgeschmackteste. Von allen Forderungen, die sich gegen die kapitalistische Durchdringung aller Lebensbereiche vortragen lassen, sind die nach mehr staatlicher Durchdringung plus ideologischem Brimborium die unappetitlichsten. Und von allen Getränken, die auf dem Weltmarkt zu kaufen sind, ist Coca Cola nicht das schlechteste.

Martin Krauß schrieb in KONKRET 4/96 über Doping und Sport

Konkret 07/96, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

Total Eclipse

Regie: Agnieszka Holland; mit Leonardo Di Caprio, David Thewlis, Romane Bohringer, Dominique Blanc; Polen/Frankreich 1996; 110 Minuten; seit 13.6. im Kino (Senator Film)

Dem Produktionsleiter (Dan Weil) gehört auf den Kopf gepißt; dem für Maske und Kostüm Verantwortlichen erst recht. Gäb's doch heute einen Rimbaud, der sein Ding herausholt und auf die erlauchte Dichtergesellschaft, die zutiefst von sich selbst überzeugt ist, uriniert. Arthur Rimbaud war 16, als er den Lyriker-jour-fixe aufmischte, damals 1871, in Paris. Paul Verlaine, in diesem Jahr noch formstreng-parnassisch reimend, goutierte diesen unverschämten Verstoß-gegen-alle-Regeln und entbrannte in maßloser Liebe zum zehn Jahre Jüngeren. Regisseurin Agnieszka Holland (»Hitlerjunge Salomon«) inszeniert in ihrem Film den urinösen Formverstoß in allen Einzelheiten, aber wie: förmlich-theatermäßig, verstaubt und bieder; die Großaufnahmen zeigen Schauspieler, deren Schminke und Maske besser vom vierten Rang in Augenschein zu nehmen wären; auch werden die Texte so überdeutlich prononciert und abgefeiert, daß nie und nimmer der Vorwurf erhoben werden könnte, es habe einer den Endkonsonanten verschluck-t. Drum soll in diese erlauchte Theatergesellschaft der hl. Urian dreinfahren, z. B. vom Rang des Erstaufführungskinos aus.

»Total Eclipse« ist die Verfilmung des gleichnamigen Theaterstücks, das Drehbuchautor Christopher Hampton 1968 geschrieben hatte (Royal Court Theatre London). Und jeder der an der Filmproduktion Beteiligten hat wie bescheuert das seine getan, daß es gewißlich beim artigen Theater bleibt. Bei diesem Thema! Dem Wahnsinn einer Liebe! Dem Bruch mit der herrschenden Dichtkunst! Dem Laster, dem Verfall, dem genialen Aufblitzen, dem Vorbild dann für eine neue dichtende Generation! – Die äußerst unerträgliche Konventionalität des Films straft den Rimbaud-Darsteller Lügen, wenn er, was brav gezeigt wird, seinen Satz »Das einzig Unerträgliche ist, daß nichts unerträglich ist« aufsagt und, wusch, ein spitzes Messer durch die Hand seines Liebhabers sticht. Ja, Schmerz ist süß, sagt uns die altbackene Inszenierung, und Verlaine (Leonardo Di Caprio), der eh reichlich tuntig spielt, schaut süßlich lächelnd nach oben, ganz Madonna, so daß es keinen überrascht, daß der poète maudit später gut katholisch wird. Das hat mit seinem Messer der Bursch' Rimbaud getan. – Verpiß Dich, Agnieszka Holland!

Die Filmregisseurin mag es geahnt haben, daß des Theaters genug ist. Wir werden daher mit einigen Einlagen erfreut, wie wir sie aus den aktuellen Mainstream-Beziehungsdrama-Filmen kennen, nämlich ein wenig Sex und Gewalt. Also wird in die abgezirkelten Bühnendialoge eine Szene reingeknallt, in der Bi-Ehemann Verlaine seine wunderschöne sowie im neunten Monat schwangere Gattin schlägt und tritt und gegen die Wand knallt, auch ihre prächtigen langen Haare in Brand setzt, daß die Flammen ihr Haupt umlodern, während wir noch in der Großaufnahme ihres Bauches sahen, wie der Fötus sich reckt & räkelt und von innen her mit spitzem Finger die Bauchdecke hebt. Verlaine zieht sich aus und spielt einige Szenen nackt, aber da ist er schon bei seinem jungen Freund Rimbaud, von dem er ausführlich in den Arsch gefickt wird, keuch, aber wir kennen die gängigen Softporno-Einlagen ja sowieso. Also Einlagen da, wo's im Theater früher das Ballett gab. Zwar könnte man vermitteln, wie bei Verlaine und Rimbaud Gewalt und Liebe zusammenkamen. Aber die Regisseurin muß gedacht haben, lassen wir das beim straight-forward-Beziehungs-Plot, sonst müßten wir auch noch etwas von der Commune erzählen (wir zählen das Jahr 1871) und von der Zeit danach, gar von der Revolution der Künste.

Also erfahren wir in diesem Film mitnichten, daß Rimbaud am Commune-Aufstand teilnahm und mit dem »Bateau ivre« nicht nur gegen die herrschenden lyrischen Kunstformen des Parnaß, sondern gegen die bürgerliche Ordnung insgesamt revoltierte. Wir erfahren auch nicht, warum Verlaine »in die Wirren der Commune verwickelt« war. Meyers Konversations-Lexikon wußte schon vor hundert Jahren zu berichten, daß Verlaine als Verwaltungsangestellter der Commune nach deren Niederwerfung als politisch Verfolgter nach Brüssel floh. In »Total Eclipse« wird daraus: Verlaine besinnt sich auf seine Pflichten als Ehemann, zitiert seine Gattin, der die Haare inzwischen nachgewachsen sind, in ein Brüssler Hotel, dort lagert sie sich nackt in freudiger Erwartung des ehelichen Ficks aufs Bett, den Arsch bildfüllend in die Kamera gestreckt. – Soviel zu den Zusammenhängen.

Ach ja, eins noch dazu. Warum schreibt Rimbaud in seinem heimatlichen Charleville im Hühnerstall? Warum posiert seine Familie in biblischer Einfalt und Größe vor Ochs und Esel, oder wie die Tiere heißen, bei der Niederschrift des einzigen Werks, das er selbst veröffentlichte (*Une saison en enfer*, Ein Sommer in der Hölle, 1873)? War nicht das Wohngebäude zerstört? War im Ardenner Wald nicht ein Krieg gewesen? – Ein grandios-zerstörerisches Werk, – gibt's da wirklich nichts weiter zu inszenieren als einen zickigen Abgang? Rimbaud zu Verlaine: »Es ist sinnlos. Die Welt ist zu alt. Es gibt nichts neues. Alles ist schon gesagt worden«. Und tschüß. Und buh.

Konkret 07/96, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

Das kleine Fressen

Regie: Laurent B□ n□ gui; mit St□ phane Audran, Michel Aumont; Frankreich 1994; 95 Minuten; Start: 27.6.96 (TiMe)

Die befreiende Macht des Rituals: in einer der seltenen Rückblenden, die den Spielort, das Restaurant »Au petit Marguery«, verlassen, läuft der Chef als kleiner Junge auf einem Skateboard durch die Reihen einer Studentendemo; es ist der rituelle Moment der Omnipotenz, da die erste Reihe des Zuges die Arme verschränkt. Der kleine Skateboardfahrer teilt die Euphorie des öffentlichen Raums, auch wenn sein Ritual ein anderes ist.

Wer sich fühlen will, gehorcht dem Essens- und Familienritual. Die Großfamilie ist offen für Gleichgesinnte. Wir treffen daher beim Schmausen eine exemplarische Hure an, die freilich ein wenig überdeterminiert ist (schwarz und schwanger). Geladen ist auch ein Clochard aus der Nachbarschaft, der allerdings arg überzeichnet ist und grauenhaft klischeevoll chargiert. Aber grade deswegen ist der professionell-perfekte Auftritt des Semantologieprofessors (Féodor Atkine) völlig deplaziert. Der Vertreter der linguistischen Wissenschaft wird in einer exquisiten Sequenz des Films hochdramatisch des »Petit Marguery« verwiesen. Dem Professor bleibt die Kunst fremd, die in diesem kleinen Raum geübt wird.

Welche Potentiale ruft die Farbe rot ab? Blut tropft aus der Nase; Kleid und Haar der Chefin flammen rot; Mitterand steht am Grab von Jean Jaurès, die rote Blume in der Hand. Die schöne Geste, die einende Farbe, die stimulierende Eloquenz – sie brauchen Öffentlichkeit und Platz, sich zu entfalten und wahr zu werden. Da Rhetorik bei uns als Wert unbekannt, die Zeremonie kirchlich oder militärisch definiert ist, die Geste allenfalls als philosophische Kategorie akzeptiert ist, kommt uns »Das kleine Fressen« spezifisch französisch vor. Weswegen ich den Film liebe. Unangestrengt, bildhaft und plausibel macht er das kleine Restaurant zur Bühne, auf der der Alltag den Platz einnimmt, den die großen Entwürfe hinterlassen haben. Wir kennen die Szenerie aus Filmen von Resnais, Rohmer, Rivette. Regisseur Bénégui hält sich dank seines autobiografischen Ansatzes davon frei, etwas oder jemanden vorzuführen. Er gräbt in der Erinnerung, sucht und findet unvermutet, wie zufällig, eine Wahrheit – so wie die Kamera des Film-im-Film: die Videokamera, die Polaroidkamera. Sie fokussieren, was wir in der Szenentotale nicht sahen: ein Paar, einander abgewandt, ernst, nicht ins Spiel gebracht. Oder den Bruder allein und unglücklich bei der zweiten Flasche Wein – ein Judas, dem am selben Ort die Zukunft als Leiter der Bankfiliale bevorsteht.

Was fixiert wird, reizt dazu, wieder in Fahrt gebracht zu werden. Und wieder nimmt die Filmkamera die lange Fahrt an der Festtafel vorbei auf, musikalisch erhöht durch einen Chanson (Trenet) oder einen mönchischen Chor. Zuverlässig zieht sie sich dann wieder in die kleine Küche zurück, groß und schnell den Bewegungen der hyperaktiven Köche folgend. Ein wohlabgemessenes Bildzeremoniell, eine respektvolle Hommage an die Eltern des Autors (sie haben das Menu dieses Diners komponiert) und gleichzeitig die Befreiung von elterlicher Autorität: Der professionellen Kochkunst ebenbürtig ist das chef d'oeuvre, das dieser Film ist.

Ein Abgesang, leider, das große Finale des Familienbetriebs. Der letzte Abend, das letzte Essen vor der Umwandlung in eine Bankfiliale. Das »Au petit Marguery« hat es wirklich gegeben, in Paris, Avenue Trudaire; es gehörte den Eltern des Regisseurs, der über das autobiografisch beglaubigte Schlußmenu so viel zu sagen hatte, daß er nicht nur 1400 Romanseiten verfaßte (*Au petit Marguery*), sondern diesen Roman auch gleich selbst verfilmte. Wobei ihm das Kunststück gelang, die eigene Literatur zu vergessen und stattdessen eine Flut wahrer, weil persönlich autorisierter Bilder zu bändigen und in kulinarische Ordnung zu bringen.

Konkret 07/96, S. 65

Ren Martens

Film & Theater

Mississippi Delta

Regie: Phil Joanou; mit Alec Baldwin, Mary Stuart Masterson, Kelly Lynch, Eric Roberts; USA 1995; 132 Minuten; Kinostart: 27. Juni (CI)

Wer behauptet, die Verfilmung eines Romans sei dem Buch grundsätzlich unterlegen, kann nur ein kulturkonservatives Würstchen sein. Dennoch: In vielen Einzelfällen stimmt die These der Konservativen, und als bekannt wurde, daß Phil Joanou Regie führen würde bei der Kino-Adaption von James Lee Burkes Roman *Mississippi Delta*, war man geneigt, lauthals in die Jeremiade einzustimmen, ohne den Film überhaupt gesehen zu haben.

Es sprach von vornherein zweierlei dafür, daß »Mississippi Delta« im Kino nicht funktionieren würde: Erstens hat Regisseur Phil Joanou »Rattle And Hum« gemacht, eine Dokumentation über eine Tournee der Weihwasser-Rocker von U2, und wer mit denen kollaboriert, kann nichts taugen. Zweitens vermitteln Burkes in New Orleans und Umgebung angesiedelte Kriminalromane um den Polizisten und Bootsverleiher Dave Robicheaux mehr sinnliche Eindrücke, als der virtuoseste Filmbild-Komponist je vermitteln könnte: Wer sie liest, sieht die Bayous vor sich, spürt die stickige Luft und meint sogar genau zu wissen, wie Cajun food schmeckt, auch wenn er niemals in der Gegend gewesen sein sollte.

So richtig schlecht ist »Mississippi Delta«, der Film, dann aber doch nicht geworden. Gewiß, Joanou sowie die Drehbuchautoren Scott Frank und Harvey Peyton sind zwangsläufig daran gescheitert, die Charaktere so vielschichtig zu zeichnen wie Burke, und darüber hinaus spielt New Orleans hier keineswegs eine »Hauptrolle«, wie uns das Presseheft weismachen will. Dafür sind die Action-Sequenzen erstklassig inszeniert – besonders die Schlüsselszenen, die Dave Robicheaux (Alec Balwin) meistern muß, nachdem die Handlanger eines Drogendistributoren nicht nur ihm das Leben schwer gemacht, sondern seiner Frau Annie (Kelly Lynch) auch ihres genommen haben.

Robicheaux, der seinen Job bei der Polizei aufgegeben hat, um vom Alkoholismus loszukommen, gerät ins Visier der Geschäftsleute, weil er als Privatermittler die Hintergründe eines Flugzeugabsturzes allzu genau recherchiert. Alkoholismus, das macht schon die Anfangsszene deutlich, ist eines der tragenden Themen des Films. Und so wird hier mehr als zwei Stunden lang nicht nur viel getrunken und übers Trinken geredet. Joanou spielt das Thema auch auf metaphorischer Ebene an: Gläser und Flaschen dienen hier als Statussymbol, als kriminalistische Indizien und natürlich – aber stärker als gewohnt – als Schlagwaffe.

Mit der Glaubwürdigkeit – für ein paar Leser womöglich ein wichtiges Kriterium – ist es allerdings nicht so weit her: Als seine Frau quasi hingerichtet wird, beginnt Robicheaux erwartungsgemäß wieder zu saufen, und das tut dem Süchtigen offensichtlich so gut, daß er bei Verfolgungsjagden sportliche Höchstleistungen vollbringt und im Nahkampf gegen körperlich weitaus stärkere Gegner über sich hinauswächst. Was soll dem Kinobesucher damit gesagt werden: Daß Gerechtigkeitsfanatismus und der Wille zur Rache stärker sein können als der Teufel Alkohol?

Konkret 07/96, S. 65

Jan Pehrke

Film & Theater

Der Mann, der die Sterne macht

Regie: Giuseppe Tornatore; mit Sergio Castellitto, Tiziana Lodato; Italien 1994; Kinostart: 11. Juli (Prokino)

In »Der Mann, der die Sterne macht« bewegt sich nichts. Die Landschaft ist eine Fototapete, die Vergangenheit ein Museum, in dem man den süßen Schmerz nostalgischer Anwandlungen auskosten kann, und der Mensch lediglich Statist. Die Hauptrolle spielt das gute, alte Kintopp, dessen lebensspendender Kraft eine »liebevolle Hommage erbracht wird. Also alles recht übersichtlich, nette Schauwerte und ein Hauch Vergänglichkeit – ein Film, wie geschaffen für das Fernseh-Programm an einem christlichen Feiertag.

Joe Morelli fährt im Italien der 50er Jahre in einem klapprigen Lieferwagen über Land und gibt sich als jemand aus, der im Auftrag eines großen Filmstudios nach neuen Gesichtern sucht. Dabei hat er es nur darauf abgesehen, das Geld für die anstehenden Probeaufnahmen zu kassieren. Aber der Filou ist ein Geist, der Böses will und Gutes schafft, wie Hollywood Babylon im großen. Denn seine Kamera fungiert als Zauberstab, der aus gestandenen Ganstern linkische Poseure macht, einem verdrucksten Homosexuellen Selbstbewußtsein einhaucht und einen vormals großen Schweiger von seinen Erlebnissen im Spanischen Bürgerkrieg erzählen läßt. Eigentlich sollten jeweils nur zwei Dialogsätze aus »Vom Winde verweht« zum Vortrag kommen, aber keiner hält sich ans Drehbuch, so daß allmählich eine ganze »Ethnographie des Inlandes« entsteht.

Die unwissenschaftlichen Methoden bringen Morelli dann einen Gefängnisaufenthalt ein, und als er entlassen wird, hat bereits das Fernsehen Besitz von den Seelen der Menschen ergriffen. Der Transporter verrostet in einer Garage, die Filmrollen zersetzen sich, aber Regisseur Tornatore rüstet wie schon in »Cinema Paradiso« zur Apotheose und fügt die »großen 15 Minuten« der kleinen Leute zu einer Memorial-Rolle zusammen. Wem sonst als dem Kino, dem Subjekt der Geschichte, sollte die Funktion eines kollektiven Gedächtnisses schon zukommen, und wo sollten die Menschen sonst ihre Spuren hinterlassen?

Und da die jeweilige Konjunktur des Kinos auch immer der Gradmesser von Tornatores Kulturpessimismus ist, firmiert die vom Winde verwehte Zeit natürlich als die gute, alte. Gerade an ihr hatte sich damals ein ästhetisch weit avancierteres italienisches Nachkriegskino abgearbeitet. Aber auch wenn es momentan so aussieht, wird das »Kino der Qualität« für das »Der Postmann« derzeit das markanteste Beispiel darstellt, die Kino-Moderne nicht beerben können, zu sehr zieht es sich in Reservate der Vergangenheit zurück, zu sehr riecht es in seiner erstarrten Schönheit nach Verwesung.

Konkret 07/96, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Die Besten aus dem kleinen Kreis der Beamten, die lesen und schreiben können, wählt die Polizei zu ihren Pressesprechern. Werner Jantosch, der Pressesprecher der Hamburger Polizei, hat demgemäß ein Objekt, das bei Ermittlungen in einer Strafsache von Bedeutung sein konnte, in diesen Worten vorgestellt:

»Hüben und drüben«, von Karl Krause. Ich will dem Autor nicht zu nahe treten – aber das Buch liegt in den Regalen wie Blei.

Der Bulle und das Alphabet.

Ein arisch' Gesicht klagt:

Wenn Thierse oder ich in Bonn eine Pressekonferenz ansetzen, erscheinen nur ein paar Interessierte. Ich komme mir manchmal so vor, als wäre ich direkt aus dem Kongo eingeflogen.

Immer im Dienst des Glaubens an jenes höhere Wesen, das Manfred Stolpe heißt – ja, so ist er, der IM Neger.

Kapitalistische Verwandtschaftsverhältnisse zu *peanuts*, die im Juni-Heft Erwähnung fanden, haben, weil einer, der nichts taugt, immer einen zweiten braucht, der ihn lobt, dazu geführt, daß ein ehemaliger Autonomer, der aber jetzt ein Nazi-Sympathisant ist, stellvertretender Chefredakteur der ehemals sozialdemokratischen »Hamburger Morgenpost« werden konnte, die nämlich jetzt mit Bertelsmanns Hausbank verwandt ist. In der »Morgenpost« macht er nun dort weiter, wo er in der »Jungen Freiheit« aufgehört hat:

Italien hat heute eine starke, moderne, zentralistische Rechte, angeführt von Gianfranco Fini,

das ist der Parteivorsitzende der Faschisten,

und es hat eine noch etwas stärkere progressive Mitte, die ohne schlechtes Gewissen bürgerliche Politik machen will... Italien ist nach dem Umbruch so stabil wie nie zuvor.

Ein Vorbild für Deutschland, wo es auch moderne Rechte gibt und solche, die ohne schlechtes Gewissen bürgerliche Karriere machen wollen. Wie jeder, der seinen Aufstieg besonderer Geschmeidigkeit verdankt, ist auch dieser mit großem Eifer darauf bedacht, den Verdacht dadurch zu zerstreuen, daß er alle, die seinem Beispiel folgen möchten, strengster Gewissensprüfung unterzieht:

Allzu lange sind die Grünen vom Erfolg verwöhnt worden. Jede Wahl war ein Triumph, und Rot-Grün das heilige Ziel. Der unerwartete Erfolg der FDP sowie der Stillstand im rot-grünen Lager zwingen die Grünen jetzt zum Blick auf andere Ufer. Wenn sie das nur tun, um Mehrheiten zu finden, würden sie damit nur eines beweisen: Die älter werdenden Ex-Oppositionellen wollen endlich auch mal ein bißchen Macht in Händen halten. Überzeugender und für die Demokratie nützlicher wäre es, wenn die Grünen den rot-grünen Käfig aus Neugier auf Neues verlassen würden.

Wie der älter gewordene Thomas Schmid den Käfig des autonomen Maoismus keineswegs verlassen hat, um sich auch mal ein SAT.1-Jackett leisten zu können, sondern aus purer Neugier auf Neues, und sein ökolibertärer Kamerad, der grüne Bundestagsabgeordnete Rezzo Schlauch, der sich aus dem schlechten Alten, das die andern gekriegt haben, das Neue, das am andern Ufer auf ihn wartet, schon zusammengerechnet hat:

32 Millionen Mark an Übergangsgeldern und Ruhegehältern hat die Bundesregierung seit dem Amtsantritt von Helmut Kohl 1982 für vorzeitig aus dem Amt geschiedene Minister und Staatssekretäre ausgezahlt,

und nur der Rezzo steht mit seiner Neu-Gier immer noch auf dem Schlauch.

Seinen Leser scheint der neue Vizechefredakteur der »Morgenpost« von der »Jungen Freiheit« mitgebracht zu haben. Er heißt Hans R. Müller und schreibt:

Die Israelis verspielen langsam aber sicher den Bonus, der ihnen vom Schicksal zuerkannt ist.

Auch Deutschland hat eine starke, moderne Rechte.

Zu der auch die deutsche Frauenschaftszeitschrift »Emma« gehört, die über Proteste gegen den Auftritt des Euthanasie-Propagandisten Peter Singer schwadroniert:

Die Singers sind solche Behandlung gewohnt. Schon Peter Singers Eltern mußten als »Nicht-Arier« nach Australien fliehen. Drei seiner Großeltern wurden im KZ ermordet. Ein hoher Preis für das genaue Nachdenken des Enkels.

Was Frau Schwarzer uns damit sagen will, weiß ich nicht. Ich weiß nur, was sie uns damit sagt: daß die Vertreibung der Eltern und der Mord an den Großeltern sich doch noch bezahlt gemacht und also gelohnt haben.

Redaktion ist der Quatsch, der zwischen die Anzeigen muß, und wird deshalb von der Verlagsleitung auch »redaktionelles Umfeld« genannt. Wenn aber trotzdem kein Schwein inserieren will, macht man eine Beilage oder ein »Extra« oder ein »Thema«, in einer alternativen Tageszeitung also das alternative »tazThema: Geld & Versicherungen«, und schon melden sich viele alternative Inserenten, die im alternativen Umfeld alternative Geldanleger mit alternativen Dividenden umwerben:

Neue Wege entstehen, indem man sie geht. Werden Sie Partner der Natur auf einem Demeter-Hof. Erwerben Sie ein Rindfleisch-Abo durch Zeichnung von Kuh-Aktien. Investieren Sie in eine Ferienhaus-Anlage durch Erwerb von Wohnrechten in ökologischer Bauweise incl. Natural-Deputaten.

Oder:

Securvita bietet eine ethische Geldanlage: Möchten Sie bestimmen, wo Ihr Geld arbeitet? Vitarent ist ein Anlageservice der Securvita, der Ihnen klar sagt, welche Lebensversicherung Geld ethisch, ökologisch und sozial anlegt. Mit sauberem Gewinn.

Die Zeit der Volxküche ist vorbei. Jetzt ist die Zeit der Volxaktie.

In den Achtzigern druckte Augstein gern Martin Walsers völki-sche Essays ab. Dadurch ent-stand in dem Dichter eine Meinung:

Ich ziehe mich zurück auf das Beweisbare: Der »Spiegel« hat uns zu schützen versucht und hat uns oft genug geschützt vor den Anmaßungen des Offiziellen, vor dem Falschgeld der Autorität und vor den Peinlichkeiten des Personenkults. Dafür kann man dem Blatt ruhig dankbar sein.

Mitte der Neunziger machte sich der »Spiegel« über den »FAZ«-Herausgeber Schirrmacher lustig, der gerade Martin Walsers neuen Roman gepriesen und vorabgedruckt hatte. Dadurch entstand in dem Dichter noch eine Meinung:

Der »Spiegel« kann jetzt jede Person kaputtmachen, er braucht keine Fakten, der bloße Wille genügt. Da sehen wir wieder, was wir an so einem Medium haben. Einen Baum pflanzen kann es nicht, aber doch kaputtmachen, was es will.

Sängerkrieg für Tenor solo oder: Eines deutschen Mannes Wort sie sollen lassen stan.

Ein wahres Wort von Johannes Gross:

Das Leitungswasser in den meisten deutschen Städten ist so gut, daß mir unerfindlich bleibt, warum allenthalben Pinot Grigio angeboten wird.

Er ist und bleibt mein absoluter Lieblingsfaschist. Noch schöner wäre es, wenn er mit Biolek tauschte, das heißt: wenn Gross statt diesem nicht mehr kochte und jener statt Biolek nicht mehr schriebe. Aber man kann wohl nicht alles haben.

Was ist das?

Tief durchatmen. Grenzenlose Freiheit spüren. Tag für Tag, das ganze Jahr über. Starke innere Werte, außergewöhnlicher Charakter.

Der neue Mensch? Knapp daneben. Der neue Chrysler Stratos Cabrio.

Besuch bei einem langjährigen Weggefährten:

Der Wahlsieg Netanjahus hat Schockwellen ausgelöst, die über die Levante hinausreichen. Es herrscht also Alarmstimmung. Da mag es nützlich sein, daran zu erinnern, daß in der Politik nichtimmer alles so heiß gegessen wird wie gekocht... Netanjahu kann das Schwungrad vielleicht verlangsa-men. Verschleppt er die Dinge, riskiert er ein neuerliches Auflodern

der am schleppenden Schwungrad der »Zeit« zu heiß gekochten Schockwellen. Immer noch ganz der Alte, mein Theo.

Holderer Schwachsinn ist nirgends als in den Lebenshilfe-Kommentaren der »Bild«-Zeitung:

Typischer Büro-Alltag, alle arbeiten in trüber Montagslaune vor sich hin. Plötzlich kommt ein kleiner Hund durch die Tür, erst neun Wochen alt. Da ändert sich die Stimmung. Alle lachen, alle freuen sich. So einfach kann das mit der guten Laune

sein. Das sollten wir uns merken – auch ohne Hund.

Mein Lieblingswitz: Wie funktioniert eigentlich Telegrafie? Wie ein Hund – wenn du ihm hinten auf den Schwanz trittst, fängt er vorne an zu bellen. Und wie funktioniert drahtlose Telegrafie? Genauso – nur ohne Hund.